

Berlin
Einzelpreis 25 Pfennig.



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfälzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 15
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreis 5. 20) erdeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 98, Jenastraße 1. Anschrift: Amt Lünow 2000. — Bezugspreis monatlich: 20 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Post-Girokonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenstraße 6, Berlin SW. 17, Seite Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erdeten.

Berlin
1. August 1923

Frankreichs Saarpolitik im Spiegel des Saarzollabkommens.

Seit mehr als dreiviertel Jahren sind zwischen Deutschland und Frankreich Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ziele des Abschlusses eines deutsch-französischen Handelsvertrages geführt worden. Diese Verhandlungen sind am 9. Juli ergebnislos abgebrochen bzw. bis 15. September vertagt worden. Der Grund ist mancherlei Art. Hauptgesichtspunkt für die französischen Unterhändler war das Bestreben, die in dem Versailler Diktat niedergelegte Zwangsmeistbegünstigung für Frankreich gegenüber Deutschland nach Möglichkeit über die diktatorisch festgelegte Zeitgrenze hinaus nunmehr auch handelsvertraglich zu unterstützen. Wenn im Laufe der Verhandlungen mehrfach der Presse gegenüber erklärt wurde, daß auf beiden Seiten der Wille zur Verständigung vorläge, so traf das nur in ganz nebenstehlichen Fragen zu, die verallgemeinerte Formel bedeutete aber nichts weiter als eine diplomatische Floskel. Wer etwas näher hinter die Kulissen schauen konnte, wußte seit langem, daß von französischer Seite ernstere Zugeständnisse hinsichtlich gegenseitiger Meistbegünstigung niemals gemacht worden sind. Das unter Poincaré von Dariac aufgestellte Wirtschaftsprogramm zur Aufrichtung der französischen Wirtschaftsvo- macht auf dem europäischen Kontinent bildete auch bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen unausgesprochen, aber täglich feststellbar, die Richtlinien für die französischen Verhandlungsmethoden. Diese Tatsache erkennen wollen, heißt Vogel-Strauß-Politik treiben.

Mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ließen Verhandlungen über ein deutsch-französisches Saarzollabkommen nebenher. Sie gingen von dem Gesichtspunkt aus, daß das Saarzollabkommen ein Bestandteil des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens sein sollte. So schien mit der Vertagung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auch das Saarzollabkommen gefährdet und damit für das Saargebiet eine weitere Verschärfung der Wirtschaftslage einzutreten. Seit der vernünftigen und wirtschaftswidrigen Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollsystem sind die Regierungen von allen Wirtschafts- und politischen Kreisen des Saargebietes darauf hingewiesen worden, daß sich eine Wirtschaftskatastrophe nur vermeiden lassen würde, wenn dem Saargebiet für seine Industrie wenigstens teilweise die Absatzmärkte erhalten bleiben. Wenn es bisher zu einer Katastrophe nicht gekommen ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß sich die einzelnen Betriebe vor Stilllegungen und Arbeiterentlassungen durch die Übernahme großer Zollschulden bewahrten. Diese Summen sind unterdessen zu einer Höhe angewachsen, daß bei einer längeren Hinauszöggerung der Zollverhandlungen die schwerste Katastrophe droht, da-

Frankreich nicht in der Lage ist, für die Ausfuhrindustrie in Frankreich nennenswerte Absatzmärkte zu schaffen.

Angesichts dieser wirtschaftlichen Notlage des Saargebietes haben die deutschen Unterhändler für das Saarzollabkommen trotz der Schwierigkeiten bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen darauf gedrungen, daß unbeschadet dieses Verhandlungsabbruchs die Saarverhandlungen weitergeführt würden. Die Besprechungen, die in der Saarfrage zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chaumet und den beiderseitigen Delegationen geführt wurden, haben dann schließlich doch noch zu einem Teilergebnis geführt. Der Text eines Abkommens ist im Auftrage der beiden Delegationen von Geheimrat Dr. Friedberg und von Ministerialdirektor Serruys paraphiert und von Botschafter von Hoesch und Staatssekretär Dr. Trendelenburg und den Ministern Briand und Chaumet in deutscher und französischer Sprache am 11. Juli unterzeichnet worden. Da die Hauptverhandlungen unterbrochen wurden, mußte das Sonderabkommen über das Saargebiet, das, wie erwähnt, bisher als ein Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelvertrage gedacht war, in einen etwas engeren Rahmen gestellt werden. Dies gilt besonders für die Dauer des Abkommens, die in Erwartung der weiteren Verhandlungen nur auf vier Monate bemessen ist. Im übrigen besteht der wesentliche Inhalt darin, daß über die Ausfuhr gewisser Erzeugnisse des Saargebietes ins deutsche Zollgebiet und über die Einführung gewisser deutscher Rohstoffe und Fertigfabrikate ins Saargebiet Zollfreiheit oder Zollvergünstigungen gewährt werden. Die Gründe dafür liegen in den ganz besonders gearteten allgemeinen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Saargebietes, das, wie bekannt, nach dem Friedensvertrage von Versailles einen vorübergehend der Verwaltung einer Völkerbundskommission unterstellt und zugleich dem französischen Zollsystem eingegordneten Teil des deutschen Reichsgebiets bildet. Die Erwägung, daß die Wirtschaft des Saargebietes schwerste Gefahren laufen würde, wenn ihr nicht wenigstens bis zu einem gewissen Maße der deutsche Markt sowohl als Absatz wie als Bezugsgebiet gewahrt bliebe, hat die Einräumung dieser Vergünstigung nötig gemacht. Für die Ausfuhr gewisser deutscher Maschinen, die für die Inganghaltung der Produktion des Saargebietes unentbehrlich sind, ist ein besonderes Verfahren vorgesehen.

Die deutsche Regierung hat sich deshalb auf die Erklärung beschränkt, sie habe augenblicklich nicht die Absicht, eine Veränderung eintreten zu lassen. In dem ganz unwahrscheinlichen Falle, daß infolge nicht vorausgesehener Umstände eine Veränderung doch eintreten sollte, und Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich alsdann

nicht zum Ziele führen würden, würde entweder die Eisenabmachung außer Kraft gesetzt werden oder Frankreich könnte von einem besonderen Kündigungsrecht Gebrauch machen. Überdies ist das ganze Abkommen unter ein allgemeines beiderseitiges Kündigungsrecht gestellt.

Das Saarabkommen gewährt der Saarwirtschaft in gewissem Maße die Ausfuhr ihrer bedeutendsten Erzeugnisse nach dem deutschen Markt, auf den sie durch geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung von jener angewiesen war. Auf der anderen Seite sieht das Abkommen die Einfuhr deutscher Produkte ins Saargebiet vor, die für den mit deutschen Einrichtungen versehenen Produktionsapparat zur Aufrechterhaltung der Arbeit Voraussetzung sind.

So hat sich Deutschland insbesondere bereit erklärt, dem Absatzbedürfnis der saarländischen Industrie nach Deutschland zu entsprechen und für keramische Erzeugnisse, Glas, Produkte der weiterverarbeitenden Industrie, aber auch für eine Reihe von Nebengewerben — Tabak, Zigarren-, Zigarettenindustrie, Papierindustrie, Lebensmittelgewerbe, chemische Industrie, Lederindustrie usw. — zollfreie Kontingente zugestanden. Als Gegenleistung sind von französischer Seite für die wichtigsten industriellen, landwirtschaftlichen und häuslichen Bedarfsartikel Sonderzugeständnisse gemacht worden, bei denen jedoch weniger Zollfreiheit als die Gewährung von Minimaltarifen oder ermäßigte Zollsäben in Frage kommt. Für den besonders dringenden Bedarf des Saargebietes an deutschen Maschinen, Maschinenerzeugnissen und Werkzeugen sind besondere Vereinbarungen getroffen worden, die trotz ihrer recht umständlichen Form auch fernerhin die Aufrechterhaltung der saarländischen Industrie nach deutschem technischen Vorgehen ermöglichen.

In der bedeutendsten Frage — der saarländischen Eisenfrage — liegen endgültige Abmachungen oder Kontingentierungen noch nicht vor. In diesem Punkt werden noch privatwirtschaftliche Verhandlungen zwischen den Eisenerzeugern im Saargebiet und in Frankreich stattfinden, da von französischer Seite ein Ausgleich in den Interessen der Eisenindustrie des Saargebietes und Lothringens gefordert worden ist. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Ratifikationsurkunden des Saarabkommens zwischen der deutschen und französischen Regierung ausgetauscht werden, und ob das Abkommen damit tatsächlich in Kraft tritt.

Für die technischen Einzelfragen sind von der Regierungskommission des Saargebietes 200 saarländische Zollschverständige ernannt worden. Es wäre verfehlt, annehmen zu wollen, daß mit diesem Sonderabkommen die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz des Saargebietes vollkommen beseitigt wäre. Das Sonderabkommen ist nur ein Notbehelf und seine Bestimmungen bringen nicht in dem Maße Vergünstigungen für die Saarindustrie, wie sie im Interesse einer gesunden Prosperität und im Interesse der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung erwartet werden müssen. Das Saarabkommen stellt immer noch eine Einnahme- und ungesunde Abschöpfung der Saarwirtschaft von ihrem deutschen Mutterboden dar.

Aus Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wird uns hierzu noch mitgeteilt: Das Saarabkommen stellt im wesentlichen den Zustand wieder her, der vor dem 10. Januar bestanden hat. Die saarländischen Erzeugnisse kommen wieder zollfrei nach Deutschland herein; für die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse nach dem Saargebiet haben die Franzosen beträchtliche Zugeständnisse gemacht. Die Franzosen haben bei den Verhandlungen über das Saarabkommen von vornherein die Taktik verfolgt, hier Zugeständnisse nur gegen die Einräumung von Sondervorteilen für Elsaß-Lothringische Produkte zu gewähren. Hieran hatte aber die deutsche Delegation kein Interesse, und sie ist auch hier den französischen Wünschen nicht nachgekommen. Selbstverständlich mußten auf deutscher Seite Opfer gebracht werden. Sie liegen auf dem Gebiete des lothringischen Eisens, sind aber nicht so, daß man sagen kann, das Saarabkommen sei zu teuer erkauft. Das Saarabkommen ist insbesondere von großer politischer Bedeutung, insofern nämlich auch von Frankreich anerkannt worden ist, daß der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht abänderungsbedürftig ist. Durch das Saar-

abkommen ist der Versailler Vertrag in einem sehr wichtigen Punkte jetzt abgeändert.

Von welcher Tragweite im einzelnen dieses Abkommen für die Saarwirtschaft sein wird, läßt sich erst beurteilen, wenn die einzelnen Bestimmungen im Wortlaut genau vorliegen und wenn abzuwegen ist, welche Opfer von deutscher Seite für gewisse französische Zugeständnisse gebracht werden mühten. Es ist jedenfalls falsch und bezeugt die völlige Unkenntnis über die wirtschaftliche wie die politische Seite der Saarfrage, wenn auf gewisser deutscher Seite behauptet wurde, das Saarabkommen habe in deutschen wie in saar-deutschen Kreisen größte Befriedigung ausgelöst. Wenn auch zugegeben werden muß, daß das Abkommen, ideell gesehen, zweifelsohne als ein großer Erfolg zu werten ist, und daß das Ideelle eine Befriedigung auszulösen vermögt, so ist andererseits nicht zu verkennen, daß das praktische Ergebnis doch immerhin recht mager genannt werden muß, insofern, als kaum der vierte Teil der saarländischen Kontingentswünsche von der französischen Regierung anerkannt worden sind und selbst die noch bedingt. So z. B. wurde bei der Liste A (Einfuhrliste von Deutschland nach dem Saargebiet) lediglich nur bei Zuderrübenkraut (400 Tonnen), Spielwaren (120 Tonnen) und Albums ($2\frac{1}{2}$ Tonnen) zollfreie Einfuhr gewährt. Alle übrigen Artikel wurden zum Teil ganz (wie Textilien) gestrichen oder stark reduziert. Es sei beispielweise nur an die Position Medikamente erinnert. Abgesehen davon, daß bei diesen ein Gewichtskontingent gefordert war, und als sich die französische Delegation nur auf ein Wertkontingent einließ, ein solches von 12 Millionen Franken — erscheint die Position Medikamente mit ganzen 600 000 Franken Wertkontingent. Alle in Liste A verzeichneten stark reduzierten Positionen sind dabei keineswegs zollfrei, sondern diese werden samt und sonders mit dem Minimalzoll belegt. Dazu ist zu berücksichtigen, daß die Kontingente jährlich gerechnet sind — praktisch also in 4 Monaten — nur der dritte Teil zur Einfuhr in Frage kommen kann. In der Theorie verhältnismäßig gut weggekommen sind die Maschinen und ihre Teile, für die die sogenannte „Maschinenformel“ gilt. Bei diesen wurden die Kontingente fast restlos bewilligt. Da aber das ganze Abkommen nur 4 Monate gilt, ist die praktische Auswirkung (man denke nur an die an große Lieferzeit gebundenen Anlagen) ebenfalls minimal. Diese Maschinenformel ist daher auch nur mit Rücksicht auf die spätere Revisionsmöglichkeit tragbar. Erfreulicherweise weist die Liste B (Ausfuhrliste vom Saargebiet nach Deutschland) auf. Das Deutsche Reich war grundsätzlich bereit, alle saarländischen Erzeugnisse zollfrei in sein Wirtschaftsgebiet aufzunehmen. Frankreich schützte Elsaß-Lothringisches Interesse vor, so daß einzelne Artikel keine Vergünstigung, andere nur stark reduzierte Kontingente aufweisen, an und für sich ein Widerstand, denn Frankreich mühte, da das Saargebiet doch zu seinem eigenen Wirtschaftsgebiet gehört, alles Interesse daran haben, sich und damit auch dem Saargebiet die vom Deutschen Reich gebotenen Vorteile zu verschaffen. Daß dies nicht geschehen, ist, wie schon erwähnt, auf Elsaß-Lothringischen Einfluß zurückzuführen. Den Kernpunkt des Abkommens, mit dem es steht und fällt, bildet jedoch die Regelung der Eisenfrage. Das wesentliche ist die Kontingentierung der Einfuhr nach Deutschland, deren Verschleiß lediglich durch die deutschen Syndikate und die Preisfrage. Deutscherseits hat man sich zur Übernahme von jährlich 1 750 000 Tonnen bereit erklärt. Hiervon entfallen 742 000 Tonnen auf das Saargebiet, wovon 53 000 Tonnen Roh-eisen- und Halbzeug und 636 000 Tonnen Fertigfabrikate; auf Lothringen 530 000 Tonnen, wovon 212 000 Tonnen Roh-eisen und Halbzeug und 106 000 Tonnen Fertigfabrikate; auf Luxemburg 477 000 Tonnen, wovon 74 000 Tonnen Roh-eisen, 190 000 Tonnen Halbzeug und 212 000 Tonnen Fertigfabrikate. Die Ziffern dieses Kontingents sind jedoch auf der Basis der Vollbeschäftigung der Rohstahlgemeinschaft festgesetzt, und da deren Quote zurzeit sich nur auf 75 Prozent beläuft, so würde sich im Augenblick das Kontingent wie folgt stellen: 557 000 Tonnen für das Saargebiet (anstatt 742 000 Tonnen), 397 000 Tonnen für Lothringen (anstatt 530 000 Tonnen) und 358 400 Tonnen für Luxemburg (anstatt 477 000 Tonnen). Völlige Einigkeit über die Einfuhrquote der verschiedenen Erzeugnisse herrscht übrigens noch nicht. So erhebt sich deutscherseits noch Widerspruch gegen die genannte Menge von Roheisen, wofür man lieber Halbzeug übernehmen würde.

Völlig zollfrei soll nur das Saarcontingent sein, während die Lothringer und Luxemburger den halben Zoll zahlen mühten und die andere Hälfte desselben von der Rohkahlgemeinschaft übernommen würde. In Abetracht der staatsrechtlich verbliebenen Zugehörigkeit des Saargebietes zum Deutschen Reich soll die Zollfreiheit der Saarreisen-ausfuhr in den Text des künftigen deutsch-französischen Handelsvertrages selbst ausnahmsweise einverlebt werden. Andererseits besteht jedoch für die Saarhütten die Verpflichtung, den Lothringer zu für die Ausfuhr lothringischen Eisens nach Deutschland eine Vergütung zu bewilligen, über welche jedoch die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Von diesem günstigen Abschluß der Verhandlungen hängt nun das Inkrafttreten des Saarabkommens ab. Scheitern diese, so ist das Abkommen ebenfalls gescheitert.

Einen Beweis dafür, daß Frankreich bei diesen Saar-zoll-Abmachungen nicht zu kurz gekommen ist, liefert die französische Kammer, die noch in der Nacht nach Abschluß dieser Verhandlungen den Text des Saarzollabkommens guthieß. Auch der französische Senat hat das Abkommen gutgeheißen, nachdem Senator Bompard aufgetretene Bedenken damit zerstreut hatte, daß die Interessen der lothringischen und elsässischen Industrie durchaus gewahrt seien. Dagegen haben sich die deutschen Parlamentarier nicht ohne weiteres davon überzeugen können, daß in diesem Abkommen die deutschen Interessen in gleichem Maße berücksichtigt wurden wie die französischen. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages konnte sich jedensfalls für glatte Annahme desselben nicht entscheiden, sondern überwies es zur weiteren Prüfung dem handelspolitischen Ausschuß. Über die Beratungen im Auswärtigen Ausschuß berichtete die „Köln. Ilt.“ folgendes:

„Das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen über das Saargebiet (Saarabkommen) wurde heute im Auswärtigen Ausschuß beraten und fand, wie wir hören, heftigen Widerspruch durch die zum Wort gekommenen Vertreter der Regierungsparteien, denen sich in einem wichtigen Punkt auch der Vertreter der Demokratischen Partei anschloß. Ein volksparteilicher Abgeordneter machte geltend, daß man mit einem derartigen Abkommen dem Saargebiet nicht Hilfe leiste, sondern nur die Verdauungsbeschwerden Frankreichs erleichtere. Tatsächlich sind die sämtlichen Verbrauchswaren, welche Deutschland seitdem in das Saargebiet geliefert hat, wie Textilien, Schuhe, Bier, Tabak, Zuder, Haus- und Küchengeräte, in Zukunft von der Einfuhr ins Saargebiet ausgeschlossen. Dafür muß Deutschland ein gewaltiges Kontingent schwerindustrieller Erzeugnisse, aber auch Produkte von Industrien aufnehmen, welche erst neuerdings im Saarrevier mit Rücksicht auf die bevorstehende Zollrennung entstanden sind. Ein anderer volksparteilicher und ein deutschnationaler Abgeordneter schlossen sich dem Angriff auf das Abkommen vom Standpunkt der allgemeinen deutsch-französischen Handelsbeziehungen und insbesondere von dem Gesichtspunkt der elektrischen und eisen-erzeugenden Industrie an. Die Regierung, durch Staatssekretär v. Trendelenburg und Ministerialrat v. Friedberg vertreten, wies auf die Notwendigkeit hin, der schwerbedrängten saarländischen Industrie zu Hilfe zu kommen. Die Opponenten betonten demgegenüber, daß durch den Vorbehalt einer privatwirtschaftlichen Abmachung zwischen der

saarländischen und lothringischen Industrie, der Hauptvorteil des Abkommens unbedingt der lothringischen Zukunft zu kommen werde. Uebereinstimmend wurde erläutert, daß unter diesen Gesichtspunkten ein deutsch-französischer Handelsvertrag nicht abgeschlossen werden könne. Die Sozialdemokratische Partei erklärte, ihre Stellung erst im handelspolitischen Ausschuß nehmen zu können. Diesem Ausschuß wurde das Abkommen überwiesen, wobei der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Abgeordneter Müller-Francken, hervorhob, daß die Regierungsvertreter den durch den Besuch ausländischer Botschafter abgehaltenen Minister des Neuherrn über die schweren Bedenken unterrichten würden.“

Die hier geäußerten Bedenken sind um so verständlicher, wenn man nicht nur die rein wirtschaftliche, sondern die politische Seite der ganzen Frage betrachtet. Frankreich will mit dem Saargebiet nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Geschäft machen. Dementsprechend sind seine Forderungen und Wünsche, die es in mehr oder weniger deutlicher Form in diesem Abkommen zum Ausdruck gebracht hat. Solche Erwägungen waren es auch, die den Auswärtigen Ausschuß ernste Bedenken gegen die Saarzoll-abmachungen hatten äußern lassen. Sie konnten auch im handelspolitischen Ausschuß nicht völlig zerstreut werden. Dieser hatte es für notwendig gehalten, zur Besprechung des Zollabkommens eine Abordnung des Saar-gebiet heranzuziehen, mit der am 27. Juli der ganze Fragenkomplex erörtert wurde. Diese Saarabordnung setzte sich zusammen aus den Vertretern der politischen Parteien, der drei Gewerkschaftsrichtungen und der saarländischen Wirtschaftskreise, der Handelskammer und der Handwerkskammer. Trotz schwerster Bedenken des handelspolitischen Ausschusses wurde eine Einigung dahin erzielt, daß das Saarabkommen einstimmig gebilligt wurde. Einstimmigkeit herrschte auch darüber, daß bei Abschluß eines endgültigen Abkommens volle Gegensetzung gewahrt werden müsse, und daß das gegenwärtige Abkommen nur deshalb tragbar sei, weil es nur auf vier Monate als Übergangsregelung gedacht sei.

In politischen Kreisen läßt sich die Befürchtung nicht beseitigen, daß Frankreich auch bei Abschluß dieses vorläufigen Saarzollabkommens nur das politische Ziel der endgültigen Abtrennung des Saargebiets von Deutschland vor Augen hatte. Hätte es sich hierbei für Frankreich nur um eine wirtschaftliche Frage gehandelt, dann hätte Frankreich erklären müssen: Die Verhältnisse seit dem 10. Januar d. J. haben bewiesen, daß das Saargebiet wirtschaftlich aufs engste mit dem deutschen Wirtschaftskörper verwachsen ist, so daß seine gewaltsame Lösung nur eine Verkümmерung des Wirtschaftslebens an der Saar herbeiführen müßte. Lassen wir es daher im Interesse der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft bei den natürlichen Zusammenhängen.

Das hat Frankreich nicht erklärt und damit erneut bewiesen, daß es politische Ziele an der Saar verfolgt, die gegen Recht, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft gehen.

Generalstreik der Saarbergleute.

Wie es im Herrn Rauls „Arbeiterstaat“ aussieht.

Um 27. Juli sind die Bergleute der französischen Saargruben geschlossen in den Generalkreis getreten, nachdem die französische Grubenverwaltung keine Neigung bekundet hat, der wirtschaftlichen Notlage der Bergleute durch entsprechende Lohnnerhöhungen Rechnung zu tragen.

Die Hoffnung, daß die Anfang dieses Monats in Saarbrücken in Gegenwart eines Vertreters des französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten zwischen den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen und der französischen Bergverwaltung geführten Verhandlungen zu einem Ausgleich der Gegensäye führen würden, hat sich nicht erfüllt. Das ganze Verhalten der Vertreter der französischen Saargrubenverwaltung bei allen Besprechungen mit den Arbeitervertretern ließ deutlich erkennen, daß sie den Bergarbeitern ihre Macht fühlen lassen wollten. Wenngleich sie sich

von der Notlage der Bergleute wie auch von der Teuerung an der Saar durchaus eine richtige Vorstellung machen, führten sie die Verhandlungen in einem Geiste, der deutlich erkennen ließ, daß sie sich wegen der vor aller Welt durch die Jahrtausendfeiern an der Saar festgestellte Niederlage der französischen Propaganda rächen wollten. Sie wollten den verhafteten „Boches“ keinerlei Recht zugestehen, auch nicht das auf ein menschenwürdiges Dasein. Die sozialdemokratische „Volksstimme“ hatte in diesem Falle die Lage richtig gekennzeichnet als sie nach den Verhandlungen Anfang Juli mit einem Hinweis auf die Verhältnisse in Lothringen schrieb: „Auch an der Saar steht der französische Arbeitgeber zum Sprunge bereit. Seine Treiber sind am Werke. Täusche dich nicht, Saarbergmann, du bist das Wild, das hier gejagt wird. Deshalb, organisierter Kamerad, in letzter Stunde: Besinne dich und schaue dich um deinen Organisationsturm, der heute mit

raffinierter List berannt werden soll. Hunderte von bezahlten Hegen und Lumpen sind in diesem Moment deiner höchsten Not auf die spontan aufgebrachten Saarbergleute losgelassen, um in raffinierter Weise die überladenen Gemüter von der Organisation abzusprengen."

Bei den Verhandlungen in Gegenwart des Vertreters des französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten hatten die französischen Grubenvertreter erklärt, daß sie bereit seien, mit den Organisationsvertretern auch über die Lohnfrage zu verhandeln, falls die Belegschaften wieder eine geordnete Förderung vornehmen würden. Auf Anregung der Gewerkschaften wurden auch normale Förderungsverhältnisse wieder hergestellt, so daß es Sache der französischen Generaldirektion der Saargruben gewesen wäre, ihr gegebenes Wort einzulösen.

Welche Gründe die Erbitterung unter den Saarbergleuten hervorgerufen haben, ergibt sich aus zwei von der „Volksstimme“ mitgeteilten Beispielen. In dem einen wird dem Arbeiter von seinem Gesamtlohn von 671,30 Franken die Summe von 628 Franken in Abzug gebracht. In einem anderen Fall erhält der Arbeiter zum Lebensunterhalt für 10 Tage noch 75,85 Franken nach allem Abzug. Es versteht sich von selbst, daß ein Arbeiter mit Familie bei den hohen Lebenshaltungskosten im Saargebiet bei einer solchen Entlohnung der bittersten Not, nämlich der Hungersnot ausgesetzt ist. Verschärft wurde die Notlage der Arbeiter noch durch die in provozierender Weise eingelegten Feierschichten.

In den erneuten Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern und denjenigen des französischen Grubenfiskus teilte die Direktion der Saargruben mit, daß der französische Arbeitsminister eine Lohnerhöhung im Saargebiet um 5 Proz. zugesagt. Die Organisationen lehnten das Angebot als ungenügend ab. Sie ersuchten die Generaldirektion, dem Minister davon Mitteilung zu machen, daß die Teuerung im Saargebiet eine höhere Lohnerhöhung erfordere. Die Lohnforderung der über 70 000 deutschen Bergarbeiter der seit 1920 in französischen Besitz übergegangenen Saargruben stützt sich im wesentlichen auf das "in Januar d. Js. von dem französischen Arbeitsminister gegebene Versprechen, daß die Löhne „bei einem weiteren Anziehen der Teuerung entsprechend erhöht“ werden sollten. Diese Zusage ist, obwohl die Teuerung infolge der starken Entwertung des Franken in den letzten Monaten starke Fortschritte gemacht hat, noch nicht eingelöst worden. Die zunehmende Erbitterung der Bergleute ist angefischt der ablehnenden, ja geradezu höhnenden Haltung durchaus begreiflich.

Der Streikbeschluß.

Am Sonntag, den 19. Juli, nahm der Sechzehnerausschuß, die gewählten Vertreter der christlich-organisierten Bergleute, gemeinsam mit der Revierleitung zum Lohnangebot der Bergwerksdirektion Stellung. Der Sechzehnerausschuß kam nach eingehender Prüfung der Lage und nach reiflicher Überlegung zu folgendem Beschuß:

Das Angebot einer fünfprozentigen Lohnerhöhung wird für unannehbar erklärt, weil es weder den tatsächlichen Lohnverhältnissen im Saarbergbau, noch der seit Januar ds. Js. in Erscheinung getretenen Teuerungssteigerung gerecht wird. Der Sechzehnerausschuß erklärt, daß das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, in Anwendung kommt, sofern die Bergwerksdirektion im Laufe dieser Woche kein weiteres Entgegenkommen in der Lohnfrage zeigt. Die Lage der Bergleute erfordert dringend eine höhere Lohnausbesserung, die den Verhältnissen einigermaßen gerecht wird. Notwendig ist, daß die Lohnarbeiter eine Verminderung erfahren und jedem Gedingerbeiter die Möglichkeit gegeben wird, durch entsprechende Vereinbarung der Gedingerbeiter durchschnittslohn zu verdienen. Zeigt die Bergwerksdirektion wider Erwarten kein Entgegenkommen, erlost der Sechzehnerausschuß die für Sonntag, den 26. Juli, einberufene Revierkonferenz gemäß seiner Stellungnahme um Entscheidung,

den Streik ab 27. Juli zu beschließen.

Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband des Saargebietes beschloß in seiner Konferenz vom 19. Juli in Saarbrücken ebenfalls den Streik mit 40 gegen 29 Stimmen für den 27. Juli.

Bischof Bornewasser an die Bergwerksdirektion.

Den sehr ernsten Charakter der Lage kennzeichnete ein Schreiben, das der Trierer Bischof Dr. Bornewasser an die französische Bergwerksdirektion in Saarbrücken richtete. Darin sagt der Bischof u. a.: „Es scheint, daß die Absatzkrise im Bergbau in Verbindung mit der immer ungünstiger werdenden Währung in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Verhältnisse geschaffen hat, die zu Schwierigkeiten in der Lebenshaltung geführt haben. Die natürliche Folge davon ist Unzufriedenheit und geistige Verbitterung... Ich wende mich deshalb vertrauensvoll an die Bergwerksverwaltung mit der Bitte, den Wünschen der Arbeiter soweit entgegenzukommen, als es die Lage der Gruben gestattet.

Es bedarf wohl keiner Versicherung, daß ich weder gewillt noch in der Lage bin, sachlich zu den einzelnen Differenzpunkten zwischen der Grubenleitung und der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Dieser Schritt ist nur von dem Wunsche diktiert, auf friedliche Einigung und Ausgleich der Gegenstöße hinzuwirken.

Und die französische Antwort? — Panzerwagen!

Angesichts des nicht mehr zu vermeidenden Bergarbeiterstreiks auf den Saargruben und als bezeichnende Antwort auf den vermittelnden Schritt des Trierer Bischofs wurde am 20. Juli in Saarbrücken bekannt, daß zur Niederkämpfung des Streiks eine Abteilung französischer Panzerautos auf dem Saarbrücker Bahnhof angekommen waren — als neues Zeichen dafür, wie Frankreich und Regierungskommission vertragliche Bestimmungen achteten. Wie unsinnig diese französische Maßnahme ist, hat der 100-tägige Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1923 gezeigt, in dem sich die deutschen Bergleute keine einzige Ausschreitung, die französische Schuhtruppe und ihre sie begleitende Verrätergarde aber eine ganze Reihe von Übergriffen und Morden haben zuschulden kommen lassen.

Weitere französische Provokationen!

Die außerordentliche Erregung unter der Bergarbeiterchaft hat neue Nahrung dadurch erfahren, daß die Bergwerksdirektion ohne Angabe von Gründen auch für eine große Reihe von Gruben, darunter auch „Jägersfreude“ und „Reden“ eine sechstägige Feierlichkeit verlangt hat, obwohl die Förderung normal war.

Die gerechten Forderungen der Saarbergleute.

Angesichts der großen Notlage, in der sich bei der steigenden Teuerung die saarländischen Berg- und Industriearbeiter befinden, hat sich die katholische Geistlichkeit des Saargebiets in einem Schreiben an die Regierungskommission gewandt, in dem um Vermittlung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung gebeten wird. Der Appell weist auf die verzweifelte Stimmung hin, die in vielen Familien infolge Armut und Entbehrung herrscht. Die Regierungskommission müsse — so heißt es weiter — daran interessiert sein, daß die von ihr betreute Bevölkerung sich des notwendigsten Auskommens erfreue. Sie möge daher ihren großen Einfluß auf die in Frage kommenden Verwaltungen und Verbände in erster Linie (dabei wohl an die französische Bergwerksdirektion gedacht!) zur Herbeiführung befriedigender Lebensbedingungen des Arbeiterstandes geltend machen. Ferner wandte sich die Zentrumspartei mit einer Eingabe an die Saarregierung, in der u. a. gesagt wird: Die Notlage sei auf das höchste gestiegen, so daß der Streik und damit die tiefste Erschütterung und Schädigung des Volkslebens in bedrohlicher Nähe stehen. Die von der französischen Bergwerksdirektion vorgeschlagene 5 prozentige Lohnerhöhung wird angesichts der im Zusammenhang mit der Entwertung des Franken viel stärker gestiegenen Teuerung als ungeeignet bezeichnet, zum sozialen Frieden zu führen, um die Lohnansprüche der Saarbergarbeiter zu befriedigen. Die Regierungskommission, der bekanntlich das Wohl der Bevölkerung zu treuen Händen anvertraut ist, wird aufs neue um ihre Vermittlung ersucht. In einer Entschließung der Vertrauensmänner der Deutsch-Saarländischen Volkspartei heißt es u. a.: Die Lohnverhältnisse im Saarbergbau bedürfen einer dringenden Verbesserung. Die Lage der Bergarbeiter ist eine verzweifelte. Not und Elend stehen vor der Tür. Trotz der allgemeinen Krisis, von welcher der Weltkohlenmarkt betroffen worden ist, hat die Aufnahmefähigkeit des französischen Marktes noch nicht gelitten.

Von der französischen Regierung und der Bergwerksdirektion muß daher verlangt werden, daß sie der schweren und gefährlichen Arbeit der Bergleute durch eine gerechte Anpassung der Löhne an die Teuerungsverhältnisse Rechnung tragen. Das Versprechen welches der franz. Arbeitsminister im Januar 1925 den Saarbergarbeiterorganisationen gab, muß gehalten werden.

Von der Regierungskommission wird erwartet, daß sie durch vermittelndes Eingreifen die gerechten Forderungen der Bergarbeiter unterstützt und mit allen Kräften bestrebt ist, weiteres Unheil zu verhüten.

Die Bergarbeiter aber werden aufgefordert, treu und vertrauensvoll zu ihren Organisationen zu stehen und sich nicht durch die Ungeduld einzelner Außenseiter zu unbesonnenen Handlungen, die letzten Endes nur zu ihrem Schaden ausschlagen werden, hinreihen zu lassen.

Die ganze öffentliche Meinung des Saargebietes unterstützt die gerechten Forderungen der Bergarbeiter. Der Erfolg aller Bemühungen aber ist nur dann sicher, wenn die Bergarbeiterchaft Einigkeit und Geschlossenheit wahrt.

Die Saarregierung lehnt ein Eingreifen ab!

Angesichts des völlig passiven Verhaltens der Saarregierung weist die „Volksstimme“ darauf hin, daß die im Versailler Vertrag dem Völkerbund zur Aufgabe gemachte Sicherung der Wohlfahrt der Bevölkerung und die Frankreich zugestandene Ausbeutung der Saargruben zwei gleichwertige Vertragsbestimmungen

darstellen. Es würde allen Ideen der Zivilisation, allen Fortschritten der Kultur und allen Grundanschauungen des Völkerbundes direkt ins Gesicht schlagen, wenn der Versuch geduldet werden sollte, die Ausbeutung der Saargruben ohne weitersgehende Rücksicht auf die Bevölkerung, wie es gegenwärtig geschieht, zur Durchführung zu bringen. Das Blatt appelliert daher an den Völkerbund, über der Ausbeutung der Saargruben die Wohlfahrt der Bevölkerung nicht auszuhandeln werden zu lassen. Insbesondere aber wendet es sich noch einmal an die Regierungskommission, die anscheinend wieder mit verschrankten Armen dem großen Konflikt zwischen Bevölkerung und französischer Bergverwaltung zufiebt, und fordert sie auf, mit aller Energie in Genf wie in Paris auf die Verhütung der Katastrophe zu dringen.

In der gesamten Saargebietbevölkerung ist die Erbitterung über die völlige Untätigkeit der Saarregierung groß. Diese Untätigkeit kommt einer Stellungnahme für die Bergverwaltung gleich, was allerdings niemand überraschen wird. Die Stadtverordnetenversammlung von Neunkirchen, der zweitgrößten Stadt des Saargebietes, hat in ihrer letzten Sitzung zur gegenwärtigen Krise im Saargebiet eine Entschließung angenommen, in der dagegen protestiert wird, daß die Regierungskommission als verantwortliche Vertreterin der Saarbevölkerung nicht energisch genug alle Mittel und Wege versucht hat, um der Saarbevölkerung den aufgeworfenen Wirtschaftskampf zu ersparen. Bereitstellung und Verbreitung seien, so heißt es in der Entschließung, bis zum Neuersten gestiegen. Wenn eine Einigung jetzt bei den in Frage kommenden Instanzen (französische Bergwerksdirektion und Gewerkschaften) nicht erzielt wird, drohe die Not zur Katastrophe für die gesamte Saarbevölkerung zu werden.

Beginn des Streiks!

Am 26. Juli nahm der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in einer Revierkonferenz nochmals zu dem Lohnangebot der Bergwerksdirektion Stellung. Die Konferenz war von 600 Delegierten besucht. Alle Ortsgruppen und Gruben waren vertreten. Nach der sachlichen Berichterstattung durch die Gewerkschaftsführer Kuhnen und Kiefer, die insbesondere auf die ungünstigen Verhältnisse im Bergbau der ganzen Welt hinwiesen, sprachen Vertreter aller Gruben. Alle Sprecher waren einmütig der Meinung, daß es in Anbetracht der Notlage der Saarbergleute keinen anderen Ausweg gebe, als von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen. In der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, am 27. Juli geschlossen auf allen Gruben in den Streik zu treten. Die Organisationsleitung wurde mit der Führung des Streiks beauftragt. Die Delegierten beschlossen weiter, die Notstandsarbeiten durchzuführen. Sie erklärten ferner, daß sie selbst für Ruhe und Ordnung sorgen und unverantwortliche Elemente fernhalten würden.

Ein entsprechender Aufruf der beteiligten Organisationen wendet sich an die Bergleute, Ruhe und Disziplin zu halten.

Damit ist — so schreibt die „Saarbr. Ztg.“ — der notwendige Abwehrkampf der deutschen Bergarbeiterchaft an der Saar gegen brutale Willkür Wirklichkeit geworden. Wir brauchen kaum zu betonen, daß die Sympathien der gesamten Bevölkerung restlos auf der Seite der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiterschaft sind, der nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten jede Unterstützung zuteil werden muß. Der Ausbruch des Bergarbeiterstreiks ist eine scharfe Anklage gegen die Regierungss-

Kommission, die es bewußt an dem guten Willen zur Bewältigung der schweren wirtschaftlichen Erschütterung hat fehlen lassen.

99 Prozent aller Bergarbeiter des Saargebietes sind der Streikparole gefolgt, so daß am 27. Juli sämtliche französischen Gruben des Saargebietes stillgelegt wurden und jegliche Kohlenförderung aushörte. Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Notstandsarbeiten werden verrichtet. Vertreter der vier Tarifgewerkschaften haben sich nach Paris begeben, um dort mit dem französischen Arbeitsminister zu verhandeln, nachdem alle Versuche, mit der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken zu einer Einigung zu kommen, gescheitert sind. Der französische Arbeitsminister empfing am 27. nachmittags eine Abordnung der saarländischen Grubenarbeiter, mit der er sich lange Zeit unterhielt. Da der Gesprächsstoff während der Unterredung nicht erschöpft werden konnte, wurde beschlossen, erneut zusammenzukommen.

Anlässlich der jüngst in Paris stattfindenden Lohnverhandlungen des französischen Arbeitsministers mit den Vertretern der im Ausland befindlichen Belegschaften der Saargruben hat sich auch die katholische Geistlichkeit des Saargebietes telegraphisch an den französischen Arbeitsminister gewandt und ihn gebeten, durch Aufbesserung der Löhne die sonst so ruhige Bevölkerung vor Verzweiflung zu bewahren.

Ahnliche Telegramme wurden auch von verschiedenen Berufsorganisationen sowie dem Landesrat abgesandt.

Die Hungerlöhne der Saarbergarbeiter.

Angesichts des harten Existenzkampfes, den gegenwärtig 74 000 Arbeiter der französischen Saargruben führen, wird von gewerkschaftlicher Seite scharfe Kritik an der ~~verrichtenden~~ ~~verrichtenden~~ Verwaltung sowie an dem mächtigen Beamtenapparat der Gruben geübt. Vor allem wird auf die enormen Gehälter der oberen Beamten hingewiesen, von denen beispielsweise ein Grubendirektor nach dem Budget der Gruben für 1925 außer Gratifikationen und freier Wohnung monatlich 5233 Franken bezahlt, während verheiratete Bergleute einschließlich der sozialen Zugaben für Frau und zwei Kinder stellenweise nur 487,50 Franken verdienen. Selbst Grubeninspektoren beziehen außer ihren sehr bedeutenden Nebeneinnahmen das Fünffache der Bergarbeiter. Zudem wird die Erbitterung der Bergleute immer wieder aufs neue genährt durch die menschenunwürdige Behandlung seitens der Beamten. Fälle, wo Bergleuten tatsächlich Schläge verabfolgt wurden, sollen in der letzten Zeit nicht mehr zu den Seltenheiten gehört haben. Dazu treten willkürliche Maßregelungen auf den einzelnen Schachtanlagen, die zum größten Teil auf Denunziation dunkler Elemente zurückzuführen sind. Die Stimmung in der Bergarbeiterchaft ist daher aufs äußerste gereizt, und es wird immer wieder die Frage aufgeworfen, warum die Regierungskommission, der die Fürsorge für das Wohl der Bevölkerung zu treuen Händen anvertraut ist, nicht einschreitet und die Bergverwaltung zu einer entgegengesetzten Haltung in der Lohnfrage veranlaßt.

Die Landesfraktionen des Zentrums und der Deutsch-Saarländerischen Volkspartei fordern angehört der Notlage der Bergarbeiter die Regierungskommission auf, für die zahlreichen Heimatkämpfen der letzten Wochen Erwerbslosenunterstützung zu gewähren und die Unterstützungsätze zu verdoppeln.

Zum Bergarbeiterstreik an der Saar.

Von Karl Ollmer - Frankfurt a. M.

Am Montag, den 26. Juli, trat die Belegschaft der Saargruben geschlossen in den Streik. Mehr als 72 000 Saarbergleute blieben der gewohnten Beschäftigung fern. Die Saargruben ruhen vollständig, denn es sind rund 99 Prozent der Bergarbeiterchaft, die der Vorsitz der gewerkschaftlichen Organisationen, die Arbeit niedergelegen, folge leisteten. Selbst die „Saarbündler“ — die übrigens zahlenmäßig gar nicht ins Gewicht fallen — sind durchweg nicht zur Arbeit gegangen, obwohl ihre Organisation, der „Saarbund“, eigens als Schutzbund der Franzosen und namentlich der französischen Bergverwaltung gegründet wurde. Obwohl die gewerkschaftlichen Organisationen den Streik nicht wollten und alle nur irgendwie geeignet erscheinenden und mit der gewerkschaftlichen Ehre in Einklang zu bringenden Versuche machten, um auf dem Wege der Verhandlungen zu einem einigermaßen ausreichenden Lohn für die Belegschaftsmitglieder zu kommen, war doch seit Wochen ziemlich klar zu erkennen, daß der Streik nicht zu vermeiden sein werde, weil die französische Bergverwaltung es immer wieder ablehnte, die Löhne auch nur halbwegs mit der gestiegenen Teuerung für die Lebenshaltung in Einklang zu bringen. Dabei stieg die Not der Saarbergleute andauernd; denn ihr Lohn blieb gegenüber den stark anziehenden Preisen für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs von Woche zu Woche weiter zurück. Schon im Mai war der Durchschnittslohn der Saarbergleute in Mark umgerechnet 27 Prozent niedriger als der Durchschnittsverdienst der Bergarbeiter des Ruhrreviers.

Im Juni und Juli ist der Abstand noch größer geworden. Hierbei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß auch der Lohn im Ruhrbergbau infolge der außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Lage anerkanntermaßen zu gering ist und die Preise für Lebensmittel und Kleidung usw. an der Saar sicher nicht niedriger sind wie an der Ruhr. Not und Elend der Saarbergleute nahmen in folgedessen in der letzten Zeit einen bisher nie gekannten Umfang an. Es ist daher ganz erklärlich, wenn auch die Unzufriedenheit stieg und seit Wochen ein Beben durch die Reihen der Saarbergleute ging, wie es früher kaum für möglich gehalten wurde und das immer mehr einer Verzweiflung ähnlich sah.

Wer den Saarbergmann näher kennt, weiß, daß er ruhig und besonnen, arbeitsam und pflichttreu ist. Auch von seinem früheren Arbeitgeber, dem preußischen und bayerischen Bergfiskus, ist er in keiner Weise verwöhnt worden. Er liebt den Streik nicht, geht am liebsten regelmäßig zur Arbeit und ist zufrieden, wenn er einigermaßen anständig bezahlt und gerecht behandelt wird. Hieran ließ es die französische Bergverwaltung aber in zunehmenden Maße fehlen, so daß selbst die vielfach bewunderte große Geduld der Saarbergleute zu Ende ging, gehen mußte. Hinzukam, daß es im Laufe der Zeit sozusagen dem legendären Saarbergmann klar geworden ist, daß es die französische Regierung und die vom Rat des Völkerbundes ernannte Regierungskommission des Saargebietes darauf abgesehen haben, die gewerkschaftlichen Organisationen au-

der Saar zu zerschlagen; einmal, um mit der Arbeiterschaft auf dem Gebiete des Lohn- und Arbeitsverhältnisses nach Willkür und Laune verfahren und noch mehr als bisher ausbeuten zu können und zum anderen, um die stärksten, erfolgreichsten Gegner der Verwelschungsbestrebungen los zu werden. Die stetigen Angriffe auf die Führer der Gewerkschaften, wobei insbesondere das Franzosenblatt des Saargebietes nicht vor den niederträchtigsten Verleumdungen zurückstehen und die fortwährenden Versuche (wenn auch vergebliche) die Verbindungen der Gewerkschaften an der Saar mit ihren deutschen Zentralorganisationen zu zerstören und Saarverbände zu gründen, zeigen mit aller Deutlichkeit, was man wollte und will. Auf diese Einstellung ist auch das sonst ganz unverständliche und geradezu herausfordernde Verhalten der Franzosen und die Untätigkeit der Regierungskommission des Saargebietes (3 ihrer Mitglieder, darunter Präsident Rault, sind schon längere Zeit verreist, obwohl es seit mindestens sechs Wochen bei der Arbeiterschaft stark gährt und brodelt und die Saarwirtschaft, mit Ausnahme des Saarbergbaus, sich in den größten Schwierigkeiten befindet) bei der jetzigen Lohnbewegung

zurückzuführen. Und wenn, was die Saarregierung anbetrifft, in den letzten Tagen von den beiden anwesenden Mitgliedern auch zu vermittelns versucht worden ist, so fällt dies gegenüber der Haltung ihres Präsidenten und der von ihr stets beliebten Grundstellung nicht in Gewicht.

Der Kampf auf den Saargruben ist daher ganz anders zu bewerten als sonstige Lohnkämpfe. Die Saarbergeleute sollen nicht nur kuscheln und darben, damit Frankreich in der Lage ist, hohe Gewinne aus den Saargruben einzustreichen, wie das bisher der Fall war, sondern sie sollen in erster Linie auch bühen für ihre treudeutsche Haltung und für die gleiche deutsche Einstellung der übrigen Bevölkerung, die erst kürzlich aus Anlaß der Jahrtausendfeier ein so einmütiges und überwältigendes Treugelöbnis für ihr deutsches Vaterland ablegte, daß alle Welt aufhorchte und auch der zuversichtlichste Franzose eingesehen haben wird, daß Frankreich mit all seinen Verwelschungsbestrebungen bis jetzt nichts erreicht hat und nie Aussicht erhalten wird, etwas zu erreichen.

Abbruch des Streiks!

Trotz aller Bemühungen der Führerschaft der Arbeiter, trotz der Sympathien aller Klassen und Stände des Saargebietes für den gerechten Streik der Bergarbeiter, um eine menschenwürdige Existenz zu erreichen, mußte der Streik abgebrochen werden. Die Bergarbeiter und ihre Führer überzeugten sich, daß von den französischen Behörden nichts zu erreichen war und daß die Fortführung des Streiks, wozu keine Mittel vorhanden waren, nur zu einer wirtschaftlichen Katastrophe der ganzen Bevölkerung führen müsse. Die Revierkonferenzen der christlichen Bergarbeiter und des freien Bergarbeiterverbandes beschlossen deshalb, nicht ohne gewichtige Widerstände, den Streik abzubrechen und die Arbeit am 3. August wieder anzunehmen. Das Ergebnis des Streiks ist eine 5 proz. Lohnausbesserung, Neueinteilung der Lohnklassen, ein Vorschuß für die bisherigen Feierschichten und Streitäge. Maßregelungen dürfen nicht erfolgen.

Sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit werden die Gewerkschaften neue Verhandlungen mit der französischen Grubenvorwaltung aufnehmen. Denn die neue Lohnregelung entspricht nicht im entferntesten den Bedürfnissen des Bergarbeiters. Infolge der mangelnden Kaufkraft des Arbeiters, nicht nur des Bergarbeiters, sondern sämtlicher Lohnempfänger, liegt das ganze Wirtschaftsleben des Saargebietes zur Zeit brach. Der tiefste Grund der Not ist die Bezahlung in Franken, während der größte Teil des Lebensunterhalts trotz der eingeführten Frankenwährung faktisch nach der Mark bestritten werden muß. Wenn im Inneren Frankreichs deshalb der Frankenlohn des Bergarbeiters noch einigermaßen zum Leben ausreicht, so ist dies im Saargebiet nicht der Fall. Von der Kaufkraft des Arbeiters hängt aber das ganze Wirtschaftsleben des Saargebietes ab.

Niederlage der Saarregierung im Falle Dr. Neikes.

Freispruch im Disziplinarverfahren gegen den Saarbrücker Bürgermeister.

Nach fünfjähriger Verhandlung im Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Dr. Neikes-Saarbrücken sprach der Verwaltungsausschuß des Saargebietes den beschuldigten Bürgermeister in allen Strafpunkten frei. Damit werden die von Dr. Neikes gegen den französischen Leiter der Schulabteilung des Saargebietes, Prof. Dr. Nottou, erhobenen Vorwürfe wegen seiner ordnungswidrigen, die Französierung des saardeutschen Schulwesens fördernden Maßnahmen und Verordnungen auch gerichtsnotorisch.

Der Verwaltungsausschuß des Saargebietes verhandelte als Disziplinargericht am 13., 14., 15., 17. und 21. Juli gegen Bürgermeister Dr. Neikes wegen der bekannten Pressefehde mit Ministerialdirektor Dr. Nottou und Studienprofessor Dr. Krautwanger. Das Disziplinarverfahren war von der Saarregierung mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden, da ihr das rücksichtlose Verhalten Dr. Neikes in der Verteidigung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts nicht paßte. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Oberregierungsrat Dr. Schlottmann; Beisitzer waren Regierungsrat Knipper, Regierungsrat Dr. Barth und die Laienrichter Redakteur Wirth-Neunkirchen, Bergmann Hild und Bürgermeister Weber aus Medelsheim. Die Anklage vertrat Generalstaatsanwalt Berg. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Steegmann. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich.

Vor dem Eintritt in die Verhandlungen des dritten Tages, am Mittwoch, erklärte der Vorsitzende Dr. Schlottmann, daß ihm vom Kabinettschef Heimburger nach Schluß der Dienstagssitzung vorgehalten worden sei, er habe die Mitteilung erhalten, daß von ihm (Dr. Schlottmann) die Verhandlung parteilich zugunsten des Angeklagten geführt werde. Der anwesende Generalstaatsanwalt habe jedoch erklärt, daß er diesen Vorwurf nicht mache. Daraufhin habe er (Schlottmann) sich unter der Bedingung bereit erklärt, die Verhandlung weiter zu leiten, wenn ihm das Gericht einmütig das Vertrauen bekunde. Zu seinem Bedauern habe er jedoch in der gerade abgehaltenen Beratung des gesamten Gerichts erfahren müssen, daß das Gericht

nicht einmütig dieses Vertrauen gefunden wolle. Unter diesen Umständen legte er den Vorsitz nieder. Darauf erklärte Rechtsanwalt Steegmann, daß er über den Vorgang maßlos erstaunt sei. Er müsse feststellen, daß der Vorsitzende sein Amt unparteiisch und objektiv ausgeführt habe. Nach Lage der Sache bleibe unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als die Verhandlungen zu vertagen. Daraufhin erfolgte die Vertagung auf unbestimmte Zeit.

Am 17. Juli wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Zwischenfall in der Sitzung vom 15. Juli, in der Oberregierungsrat Schlottmann den Vorsitz niedergelegt hatte, wurde durch die Erklärung des Justizdirektors Heimburger beigelegt, daß er den Vorwurf der Parteilichkeit gegen den Vorsitzenden weder erhoben noch beabsichtigt habe. Die Veranlassung zur Niederlegung des Vorsitzes sei daher, so erklärte Oberregierungsrat Schlottmann, für ihn in Wegfall gekommen.

Jedoch wurde die Verhandlung auch am 17. Juli nicht zu Ende geführt. Erst am 21. Juli wurde nach ziemlich ausgedehnten Verhandlungen

das Urteil

gesprochen, das in der Bevölkerung nicht nur Saarbrückens und des Saargebietes, sondern weit darüber hinaus bei allen Freunden des Rechts mit großer Genugtuung begrüßt wird.

Der Antrag der Regierungskommission, Herrn Neikes seines Amtes als Bürgermeister zu entziehen, ist abgelehnt und der angeklagte Bürgermeister von sämtlichen gegen ihn erhobenen Anschuldigungen freigesprochen worden. Die Kosten des Verfahrens sind der Landeskasse auferlegt worden. Das Verfahren wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Trotzdem ist die Öffentlichkeit über die Einzelheiten durch die Auslassungen in der Presse, die zu der Einleitung des Verfahrens erst den Anlaß gegeben haben, ziemlich genau im Bilde. Schwere Anschuldigungen wurden dabei gegen den Ministerialrat Dr. Nottou gerichtet, der von einer Feststellung vor dem öffentlichen ordentlichen Gericht bekanntlich Abstand

nahm und seine Rechtfertigung in dem Disziplinarverfahren zu erreichen suchte. Wenn sich die gegen den Bürgermeister von Saarbrücken erhobenen Anschuldigungen in dem Disziplinarverfahren als nicht stichhaltig erwiesen haben, so daß das Gericht zu einem Freispruch kam, so sind damit auch die Anklagen erhardtet, die gegen Dr. Nottton erhoben wurden, und seine Rechtfertigung im Disziplinarverfahren muß als mißlungen erscheinen. An dieser Tatsache ändert auch nichts die Tatsache, daß der Generalstaatsanwalt im Auftrage der Saarregierung gegen das freisprechende Urteil Berufung einlegte. Dr. Neikes steht vor aller Welt als in jeglicher Beziehung gerechtfertigt und als gewissenhafter Beamter da, der sein Recht und seine Befugnisse und damit das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verteidigte. Dafür gebührt ihm der Dank der gesamten Saargebietsbevölkerung wie auch der Dank aller Rechtsfreunde. Erneut gerichtet und an den Pranger gestellt aber wurde Dr. Nottton und die Schulabteilung und die Saarregierung, soweit sie für die Maßnahmen Notttons verantwortlich ist. Wenn Dr. Nottton das Odium, das durch das Urteil des Verwaltungsgerichts er-

neut auf ihn fällt, nämlich ein Französling und Franzosen diener zu sein, von sich genommen zu sehen wünscht, bleibt ihm nur ein Weg, nämlich von seinem Posten je eher je besser zurückzutreten und zu erklären: Deutsche, ich habe gesündigt vor Gott und meinem Vaterlande, ich bin nicht wert, daß ich noch ein Deutscher heiße!

Wir kennen den Saarbrücker Bürgermeister Dr. Neikes zu gut, als daß wir nicht wüssten, daß er keinen Dank wünscht: er tat, was sein Amt und sein Gewissen von ihm forderte. Und dennoch verdient seine Haltung die gleiche rückhaltlose Anerkennung wie die seines Vorgängers, Oberbürgermeisters Dr. Mangold, weil er in so aufrichtigem deutschen Stolze jeden Angriff auf seine Befugnisse und auf sein Recht zurückwies! Wir beglückwünschen ihn auch an dieser Stelle, daß seine Haltung durch das Gerichtsurteil eine so rückhaltlose Anerkennung gefunden hat und daß ihm sein Recht und seine Gesinnung noch ausdrücklich durch die Regierungskommission dadurch bestätigt wurde, daß sie durch Anmeldung der Berufung und Verweisung an das französische Oberste Gericht in Saarlouis versucht, sein gutes Recht dem Machtrecht zu unterwerfen!

Wie Herrn Raults Neutralität aussieht.

Bei der Jahrtausendfeier antideutsch — am französischen Nationalfest provokatorisch profranzösisch.

Dah Herr Rault, der vom Völkerbund eingesetzte Präsident der Saarregierung, sonderbare Begriffe von der Neutralität hat, hat er schon mehrfach bewiesen. Nach unparteiischer Beurteilung versteht Herr Rault unter „Neutralität“ Förderung der französischen Interessen und Unterdrückung alles Deutschen. Das ist keine einseitige Auslegung, sondern eine von Herrn Rault durchaus geübte Präzis. Die neuesten Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung haben Herr Rault und seine Vasallen im Verlaufe von drei Wochen geliefert: während und vor der Jahrtausendfeier im Saargebiet und dem französischen Nationalfest.

An dieser Stelle ist mehrfach mitgeteilt worden, in welcher Weise Herr Rault und seine Getreuen durch Verfügungen und Verordnungen die Jahrtausendfeiern an der Saar zu verhindern bzw. zu beeinträchtigen versuchten. Herr Rault schob scheinbar seine ihm verpflichtende „Neutralität“ vor, um der Bevölkerung im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit die Bekundung ihrer deutschen Gesinnung und Treue zu erschweren. Herr Rault, der angeblich sich nur von Rechtsbegriffen und Vertragsbestimmungen leiten läßt, sind angeblich die Bestimmungen und Festlegungen des Saarstatuts nicht bekannt, die der Bevölkerung an der Saar ihre Staatsangehörigkeit, ihre Sprache, ihre Schulen und ihre sonstigen Gewohnheiten, also auch ihre politische Überzeugung beläßt. Herr Rault würde es sicherlich mehr denn eigenartig vorkommen, wenn ein französischer Staatsangehöriger sich antifranzösisch betätigte. Er würde ihn einen Landesverrätern nennen, und mit Recht. Von den deutschen Staatsangehörigen an der Saar aber verlangt er, daß sie an den deutschen Gedenk- und Erinnerungstagen sich so stellt, als würden sie nichts von Deutschland, vom deutschen Vaterland und von deutscher Treue. Und weil sich diese Bevölkerung an der Saar gar nicht so anschickte, als kennten sie das deutsche Vaterland und seine Geschichte nicht, deshalb versuchte er die nationalpolitische Einstellung der Bevölkerung auf dem Verordnungsweg zu korrigieren.

Es ist vielleicht, aber wirklich nur vielleicht, ein Zufall, daß die nachfolgende Verfügung ausgerechnet am Tage vor der französischen Nationalfeier an die Schulleiter erlassen worden ist, kein Zufall aber ist, daß sie den Geist atmet, das deutsche Empfinden der Schüler zu bestrafen, die sich trotz der unsinnigen Verbote der Schulverwaltung von einer Beteiligung an der Jahrtausendfeier nicht haben abhalten lassen. Der Saargebietsbevölkerung ist in dem sog. Versailler Vertrag die Erhaltung der deutschen Schule ausdrücklich garantiert worden. Und diese deutsche Schule darf auch die Schulverwaltung der Regierung nicht versäumen. Hat doch selbst Herr Rault bei seinem Regierungsantritt der Bevölkerung in seiner Proklamation versichert, daß die Bevölkerung „ihre Schulen“ behalten könnte. Mit dem Charakter dieser deutschen Schulen aber war es unvereinbar, die deutsche Schuljugend an der Saar von einer Feier hermetisch isolieren zu wollen, die zur Schule gehörte und mit ihr untrennbar verbunden war. Die Verordnungen der Schulverwaltung anlässlich der Jahrtausendfeier verstößen zweifellos gegen den Versailler Vertrag und entsprechen auch nicht der ausdrücklichen Zusicherung des Präsidenten Rault.

Ist es etwa der Geist des Versailler Diktats, der Bevölkerung an der Saar bis zur Abstimmung ihr Vaterland zu nehmen? Mit nichts, sie hat ihre Staatsangehörigkeit behalten, wie auch

das Gebiet an der Saar selbst Bestandteil des Deutschen Reiches geblieben ist. Herr Rault möge sich gesagt sein lassen, daß seine Versuche, das Saargebiet als französisches Mandatsgebiet gelten zu lassen, oft genug von der Bevölkerung zurückgewiesen, und daß das Maß seiner Französierungsversuche übergenug voll ist. Er wird dafür seine Früchte ernten, andere allerdings, die er exträumt hat. Wie es ihm niemand verargen wird, daß er sich als Franzose bei geeigneter Gelegenheit — aber eben nur bei solcher — als Franzose fühlt — nach seinen eigenen Worten vor fünf Jahren hat er durch seine Berufung zum Präsidenten der Saarregierung aufgehört, Franzose zu sein und nur noch als Vertreter des Völkerbundes zu gelten —, so hat er kein Recht und keine Macht, den Deutschen des Saargebiets zu verbieten, sich als Deutsche zu fühlen und zu betätigen. Mit welchem Rechte will daher die Schulverwaltung die Teilnahme deutscher Schüler an einem Feiertage deutschen Gedanken unter Strafe stellen? Daher diese Absicht aber hat, beweist die folgende Verfügung, die unter dem 13. Juli an die Schulleiter erlassen worden ist:

Wir ersuchen Sie hiermit, eine Liste der Schüler und Schülerinnen an uns einzureichen, die in den Tagen vom 19. bis 23. Juni d. J. im Unterricht gelehrt haben, etwaige Entschuldigungen der Erziehungsberechtigten sind beizufügen. Fälle von Beurlaubungen aus dringlichen Anlässen (Krankheit usw.) sind besonders anzuführen.

Ferner wollen Sie die Namen der Vorsitzenden der Schülervereinigungen (Rudervereine und Riegen) angeben, soweit sie an den offiziellen Veranstaltungen anlässlich der Jahrtausendfeier teilgenommen haben, ebenso ersuchen wir um Angabe der Namen der über die genannten Schülervereinigungen die Aufsicht führenden Lehrer (Lehrerinnen).

Sie wollen des weiteren berichten, welche Anordnungen Sie getroffen haben, um das Fernbleiben Ihrer Schüler vom Unterricht und deren offizielle Teilnahme an der Jahrtausendfeier zu verhindern, und welche Strafen Sie in Fällen der Übertretung unserer Verfügungen vom 15. und 17. Juni d. J. ausgesprochen haben.

Falls der durch Verfügung vom 15. Juni d. J. Nr. 11 482 geforderte Bericht dorthin noch nicht abgesandt ist, wird er hiermit in Erinnerung gebracht. Fehlanzeige erforderlich. Frist 20. Juli. (gez.) Dr. Bezenstein.

Hier wird also verlangt, daß die Schulleiter allerlei Schnüsseleien anstellen sollen, um festzustellen, an welchen offiziellen Veranstaltungen der Jahrtausendfeier sich die Schüler beteiligt haben. Das greift über den Rahmen der Schule hinaus und kann auch nicht die Aufgabe der Lehrerschaft sein, die es hoffentlich ablehnen wird, ihr nicht anstehende Spieldienste zu leisten. Was deutsch ist, haben auch Herr Rault und seine Trabanten deutsch zu lassen, das erfordert die Neutralität, mit der er sein Amt verwaltet soll.

Und nun die andere Seite der Neutralitäts-Medaille des Herrn Rault! Am 14. Juli beginnt die französische „Garrison“ — lies Besatzung — den französischen Nationaltag mit Tsching und Bum und großer Paule. Während in Frankreich selbst die Paraden abgesagt waren, mußten sie im Saargebiet selbstverständlich stattfinden, denn wann bietet sich sonst eine derart gü

stige Gelegenheit für die französischen Truppen, in aller Dejektion dafür den Dank abzustatten, daß sie sich — entgegen dem Versailler Vertrag — noch immer hier aufzuhalten dürfen? So ein militärisches Schauspiel gehört nun einmal zum Militarismus, der nur bei den Deutschen verdammenswert ist, aber beliebt nicht bei den Franzosen! Auch Herr Präsident Rault hat in Begleitung zweier Mitglieder der Regierungskommission, der Herren Lambert und Bezensky, wieder an der Feier teilgenommen, und zwar offiziell. Wenn das auch mit seiner streng neutralen Haltung, die er gegenüber der deutschen Fahrt aufwendet einzunehmen sich gezwungen sah, nicht ganz im Einklang steht, so hatte Herr Rault in diesem Falle gar keine Gewissensnöte. Er nahm an diesem militärischen Schauspiel teil, und zwar nicht als Privatmann, wie man hätte glauben sollen, sondern als höchster anwesender Beamter, also als Präsident der Saarregierung, denn er nahm die Parade über die französischen Truppen ab.

Über diese unglaubliche Neutralitätsverleugnung besteht im Saargebiet um so größere Erregung, als Herr Rault bzw. sein beauftragter Basall gerade am Tage vorher die oben mitgeteilte Verfügung gegen die deutschen Schulkinder herausgab.

Die Regierungskommission stellt damit für welche Kreise der Bevölkerung unter Verbot, was sie für sich ohne weiteres beansprucht: das Recht des offenen Bekennnisses zu dem angestammten Volkstum. Es ist also nicht verwunderlich, wenn angesichts dieser doppelten Neutralitätsauffassung der Regierungskommission ihr Ansehen bei der gesamten Bevölkerung im Saargebiet in die Brüche geht. Denn dieses Verhalten steht zu sehr im Widerspruch mit der Weisung des Völkerbundes, daß die Regierungskommission keine andere Aufgabe als die Fürsorge für die Wohlfahrt der Bevölkerung habe. Aber es ist schon so, Herr Rault versteht unter Neutralität Förderung der französischen Interessen und Unterdrückung alles Deutschen. Und der Völkerbund schweigt dazu!

Völkerbundsverwaltungsmethoden.

Herr Rault läßt Kohlensätze des Saargebiets unversteuert von Lothringen aus abbauen.

Das Oberbergamt Saarbrücken, erste Instanz für die Ausführung der deutschen Berggesetze im Saargebiet, die Überwachung der Ausbeutung der Saargruben, besonders hinsichtlich des Schutzes für Leben und Gesundheit der Belegschaft ist unter Beseitigung der deutschen bergpolizeilichen Organe von der französischen Militärgewalt im Saargebiet errichtet worden. An die Spitze dieser Behörde setzte man Franzosen, denen später noch die Sozialabteilung unterstellt wurde. Die Regierungskommission hat durch Erlass vom 17. 3. 1920 diese Einrichtung sanktioniert. Der Erlass betreffs Errichtung des Oberbergamts ist veröffentlicht, dagegen der Erlass betreffs finanzielle Organisation des Oberbergamts nirgends bekannt geworden. Im Amtsblatt findet er sich nicht. Es wird die breite Öffentlichkeit interessieren, daß das Oberbergamt, das unter allen Umständen von Inhabern der Saargruben, der französischen Staatsgrubenverwaltung, unabhängig sein soll, von letzterer direkt finanziert wird. Ist es schon an sich für die sachliche Aufgabe des Oberbergamts unzuträglich, daß französische Beamte, die in enger Verbindung mit der Grubenverwaltung stehen und die deutsche Gesetzgebung erst kennen lernen müssen, dieser wichtigen Behörde vorstehen, so ist es mit der Neutralität dieser Behörde unvereinbar, von der französischen Bergverwaltung finanziell abhängig zu sein. Dies ist aber der Fall. Das Oberbergamt wird nicht aus den allgemeinen Mitteln des Saargebiets unterhalten, sondern infolge der geheimen Verordnung aus „Abgaben der französischen Bergverwaltung“.

Zu der Auffassung, daß das Oberbergamt eine französische Einrichtung sei, muß man auch kommen, wenn man die Verwaltungspraxis näher betrachtet. Sonst hätten vielfach durchaus ungeeignete Elemente nicht die nach §§ 73, 74 und 75 des Preußischen Berggesetzes erforderliche Anerkennung zu Auffichtspersonen der Grubenverwaltung von der Bergpolizei erhalten können, welche als einzigen Nachweis ihrer Tüchtigkeit die Mitgliedschaft zum Saarbunde oder Saarzentralverband besaßen. Auch die Besoldungsregelung für die deutschen Beamten des Oberbergamts spricht für die obige Auffassung. Es wäre anders nicht denkbar, daß man die deutschen Beamten des Oberbergamts (Einfahrer und Sekretäre) durch Verfügung um 2 oder 3 Besoldungsgruppen zurücksetzt, ebenso wenig, daß man ihnen die aus der neuen Besoldungsregelung sich ergebende Nachzahlung verweigert. Unterliegen diese Beamten nicht den allgemeinen Besoldungsrechtlichen Bestimmungen oder ist es richtig, was vereinzelt zum Ausdruck kam, man betrachte diese Beamten als Beamte der französischen Grubenverwaltung, welche auch ihr Gehalt zahle? Es hat den Anschein, als ob die Grubenverwaltung ihren Einfluß auf die Besoldung der deutschen Beamten des Oberbergamts geltend mache, um unliebsame Vergleiche zu den miserablen Gehältern der Grubenangestellten zu vermeiden. Hier ist eine Aufgabe des Landesrates, die Neutralität und Objektivität dieser wichtigen Behörde einmal einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen.

Dies ist auch besonders notwendig wegen der vielen Bergschäden und wegen eines neueren Falles, der ein eigenartiges Licht auf die Neutralität des Oberbergamts und der Regierungskommission wirft.

Wir haben eine neue Grube im Saargebiet, Grube Karlsbrunn, deren Bestehen bisher wohl nicht bekannt geworden. Bergbauliche Anlagen über Tage befinden sich allerdings dort nicht. Die französische Saar-Moselgesellschaft baut von Grube Merlenbach, also von Anlagen in Frankreich ausgehend, kostbare Bodenschäden des Saargebiets ohne Rücksicht auf die Lands-

grenze unter der Tagesoberfläche des Saargebiets mit Einwilligung und Zustimmung der Regierungskommission ab. Für diesen Raub schändlicher Kohlensätze werden aber mit der Zustimmung der Regierung und des Oberbergamts keine Abgaben oder Steuern an das Saargebiet entrichtet, sondern leichte flichten auch für die Ausbeutung unserer wertvollen Bodenschäden in französische Kassen. Die Neutralität geht aber noch weiter. Die Baue unter der Erdoberfläche des Saargebiets unterstehen selbstverständlich den deutschen Gesetzen und der Bergaufsichtsbehörde des Saargebiets. Letztere hat die Verantwortung für die Sicherheit der Baue, für Leben und Gesundheit der Arbeiter, den Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs und den Schutz gegen gemeinschaftliche Einwirkungen. Dieser Pflicht und Verantwortung aus § 196 des Berggesetzes wird sie durch eine Verfügung gerecht, in der den Bergpolizeibeamten die Beaufsichtigung dieser im Saargebiet gelegenen Grubenbau unterstellt wird. Die Saar-Moselgesellschaft braucht also keine Rücksicht auf das Gemeinwohl des Saargebiets zu nehmen, kann Raubbau treiben, ohne beaufsichtigt oder gestört zu werden. Nur bei Unfällen darf eine Besichtigung der Unfallstelle erfolgen und dann nur unter Begleitung eines leitenden Beamten (Franzose) des Oberbergamts. So liegt die oberste Bergbehörde des Saargebiets, gegen das Gesetz verstörend, ihre Aufgabe zum Wohle und Schutz der Bevölkerung aus, indem sie die Interessen der französischen Grubenbesitzer allem voran stellt.

Das ist die Auswirkung der „Neutralität“ des Oberbergamts und die Auswirkung der Tatsache, daß dieses Amt von Franzosen geleitet wird und nicht aus allgemeinen steuerlichen Mitteln des Saargebiets unterhalten, sondern von der französischen Grubenverwaltung finanziert wird.

Videant consules!

Betrüger und Urkundensäfischer werden belohnt.

Wie haben im März ds. Js., als infolge der bekannten Kennelischen Enthüllungen die Herren Adler und Rollin von der Obersten Polizeiverwaltung vor ihrem Ausscheiden standen, auf eine geheimnisvolle Geschichte hingewiesen, über die in unterrichteten Kreisen viel gesprochen wird. Die Behauptungen gingen dahin, daß im Amtsreich der früheren Obersten Polizeiverwaltung zwei nicht vorhandene Polizeibeamte jahrelang in etatsmäßigen Stellen geführt wurden und daß über deren Gehälter von irgendeiner Stelle monatlich Quittung geleistet wurde, — das nach an strafbaren Handlungen vorlagen: Betrug, Urkundensäuschung und Verbrechen im Amte. Wir haben damals weiter darüber hingewiesen, daß aller Anlaß vorlag, hierüber die Herren Adler und Rollin um Aufklärung zu ersuchen. Wenn man schon gegen Adler und Rollin aus Anlaß des Falles Kennel nicht disziplinarisch vorgehen wollte (ein Verhalten, das auf das schärfste zu mißbilligen ist), so hätten unsere sehr deutlichen Anschuldigungen gegen die Herren Adler und Rollin genügender Anlaß sein sollen zu einem unverzüglichen Eingreifen.

Wie wir hören, hat auch der Staatsanwalt sofort eingegriffen und bei der Landeskasse die gefälschten Gehaltsquittungen beschlagnahmt. Dann aber hat der Generalstaatsanwalt in Saarlouis die Akten eingefordert, und seitdem ruht die Sache. Die Regierungskommission dagegen hat den genannten Beamten nicht allein die sogenannte Pecule, d. h. die Pensionsabfindung, sondern auch noch ein volles Jahresgehalt auszahlen lassen. In-

folgedessen haben Herr Rollin 70 000 Fr. und Herr Adler gar 100 000 Fr. in bar erhalten. Diese Belohnungen aus den Mitteln des Saargebietes berühren eigentlich, da doch die Genannten schwere disziplinarische und gerichtliche Strafen verwirkt haben. Herr Adler hat inzwischen das Saargebiet verlassen, während Herr Rollin im ehemaligen Café Maurice eine französische Buchhandlung betreibt. Auffälligerweise steht Herr Rollin auch heute noch in engsten Beziehungen zur Obersten Polizeiverwaltung. Auch hat er immer noch eine beschlagnahmte Privatwohnung inne, auf die er jetzt nach seiner Dienstentlassung keinen Anspruch mehr hat.

Das Verhalten der Regierungskommission und des Generalstaatsanwalts ist für die saarländischen Verhältnisse außerordentlich bezeichnend. Was wäre wohl deutschen Beamten geschehen, die sich in solcher Weise vergangen hätten? Aber hier handelt es sich wieder einmal um Franzosen, denen gegenüber eine recht merkwürdige „Neutralität“ geübt wird. Sollte unser heutiger Hinweis nicht dazu führen, dass das Versfahren seinen Fortgang nimmt und Aufklärung geschaffen wird, so wird wohl oder übel die Saarbevölkerung den Völkerbund mit diesen unerhörten Zuständen befassen müssen.

*

Die Saarregierung als Schrittmacher des französischen Militarismus.

Das Saarstatut des Versailler Friedensvertrages besagt im § 30: „Im Saargebiet besteht weder allgemeine Wehrpflicht noch freiwilliger Heeresdienst; die Anlage von Festungen ist verboten. Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet.“ Auf Grund dessen kann gar kein rechlicher Zweifel darüber bestehen, dass das französische Militär und die französische Gendarmerie im Saargebiet grundsätzlich keine Existenzberechtigung hat. Wenn der Völkerbundsrat für die Übergangszeit die Anwesenheit französischer Truppen in dem ihm zeitweilig unterstellten Saargebiet duldet, so geschah dies nur wegen der von dem französischen Saarpräsidenten betonten Notwendigkeit ihres vorübergehenden Gebrauchs als „Polizeitruppe“. Nun ist schon ein Drittel der Zeit verstrichen, während der das Saargebiet der unmittelbaren Ausübung der nach wie vor ausdrücklich verbliebenen deutschen Souveränität entzogen sein soll; und immer noch steht französisches Militär als „Saartruppe“ oder „Garnison“ fristiert, im Lande, weil der französische Saarpräsident die völlige Räumung bei jeder Generatagung mit dem stets wiederkehrenden Vorwand hinauszögerte, die für das Saargebiet erforderlichen Polizeimannschaften seien noch nicht in der benötigten Anzahl zu beschaffen. 1. Weil die Finanzen ihre Rekrutierung nicht erlaubten, 2. weil die Anwärter, gleich wie die bereits engagierten Landjäger, für den Ernstfall von Unruhen wegen ihres familiären Zusammenhangs mit der Arbeiterschaft unzulässig seien. Wenn man natürlich behauptet, für das Saargebiet mit seinen kaum ½ Million Menschen seien mindestens 3000 Gendarmen erforderlich, so erscheint eine solche, wie jeder Vergleich mit ähnlich gelagerten Verhältnissen ergibt, unerhörte Kalkulation als ein Ausfluss der nachgerade im Saargebiet sprichwördlichen französischen „Angstneurose“, wenn sie nicht ursprünglich sich auf dem Hintergedanken erhöbe, dass solche Verschiebungen in steter Wiederholung von einem zum anderen Jahresterminal saniert werden sollen, um im Abstimmungsjahr 1935 die französischen Truppen de jure als Pressionsmittel zur Verfügung zu haben.

Die Regierungskommission hat sich bekanntlich nicht geniert, ihren lächerlichen und so läufiglich gescheiterten Feldzug gegen die Teilnahme des Saargebietes an der rheinischen Jahrtausendfeier mit der angeblichen „peinlichen Wahrung“ der „Neutralität“ zu begründen. Während sie mit dieser Nadelstichpolitik sich des Glücks der Lächerlichkeit nicht schämte und sich ungeschaut eine ganze Serie von Rechtsbeugungen und widerrechtlichen Eingriffen in ihr verschlossene Sphären herausnahm, wollte es der Zufall, dass ihr ein paar Tage später Gelegenheit erwuchs, ihre ganz fadöscheinige und vorgesetzte „Neutralität“ selbst zu demaskieren.

Dem französischen Militär im Saargebiet fehlt die Rechtsunterlage. Infolgedessen darf das widerrechtlich anwesende ausländische Militär auf dem Boden des „neutralen“ Saargebietes auch keine Amtshandlungen zur Verfolgung von Vergehen gegen die Militärjustiz ausüben. Die internationale Rechtslage ist völlig klar. Auch Frankreich ist an den Versailler Friedensvertrag durch seine Unterschrift gebunden. Die zur „Wohlfahrt der Bevölkerung“ bestellte und einzige zu

diesem Zwecke aus deren Steuermitteln hochbesoldete Regierungskommission bzw. ihr Präsident, der — wenn auch französischer Staatsbürger und einmal Präfekt — jetzt Verwaltungsbamier des Völkerbundes ist, hat dieser Tage nicht nur geduldet, sondern die französische Gendarmerie sogar ermächtigt, eine Menschenjagd auf einen geborenen Saarländer vorzunehmen, der, wegen der lothringischen Geburt seines Vaters als Franzose „reintegrirt“, die Freiheit seiner Berufssarbeit den Vergnügungen französischen Kasernenlebens im Saargebiet vorzog. Dass der französische Saarpräsident mitsamt dem französischen Garnisonkommando sich auch in diesem Falle nur dem öffentlichen Gespött aussetzte, weil bei der „Belagerung von Süddingen“ der Delinquent unbemerkt den einkreisenden Gendarmen entwischte, erhöht die Tragikomik des Falles, vermindert jedoch nicht den Ernst des neuen Verstoßes gegen das Völkerrecht.

Wie weiter bekannt wird, enthalten französische Militärpässe für im Saargebiet wohnhafte Elsaß-Lothringen die Ordex, im Mobilmachungsfalle sich in Kasernen des Saargebietes zu stellen. Ist schon das französische Militär selbst im Saargebiet nachweislich nicht existenzberechtigt, so darf es noch viel weniger in unserer „neutralen“ Zone rekrutieren und hierzu über Gebäude, welche zurzeit der Regierungskommission unterstehen, verfügen! Auch bei diesem Rechtsbruch besteht die Vermutung, dass die Saarregierung ausdrücklich oder unter der Hand, in der Annahme, dass es niemand merkt, einer fremden Militärmacht Befugnisse und Erleichterungen gewährt, die sich keinesfalls mit dem unzweideutigen Wortlaut des Friedensvertrages, zu dessen Hüter sie bestellt sind, vereinbaren lassen. Es kann darüber gar kein Zweifel bestehen, dass ein einziger sich im Saargebiet aufhaltender Franzose hier gezwungen werden kann, französischem Einberufungsbefehl Folge zu leisten, und auf keinen „Deserteur“ darf, so lange er sich auf dem Boden des Saargebietes bewegt, von Rechts wegen Jagd gemacht werden. Im Gegenteil, die Regierungskommission ist dem Völkerbunde, dem sie Rechenschaft schuldet, gegenüber verpflichtet, um ihrer „Neutralität“ willen und zu deren Selbstschutz verpflichtet, etwaigen Übergriffen französischerseits entgegenzutreten.

Die Saarregierung ist tatsächlich jedoch weit entfernt, dem französischen Militarismus in den Arm zu fallen. Sie liefert ihm sogar Material auf die Schlachtfahrt. Unter den sehenden Augen der Regierungskommission wurde Jahre hindurch eine skandalöse und offene Werbung für die Fremdenlegion mit all den hierfür üblichen Mitteln im Saargebiet entfaltet, bis die Bevölkerungsvertretung durch ihren wiederholten energischen und dokumentierten Einspruch erreichte, dass die Arbeit der Agenten sich mehr ins Zwielicht vertriebt. Vor allem verhinderte die Saarregierung ausdrücklich, dass die zahlreichen aus Elsaß-Lothringen kommenden und durch den Friedensvertrag zu französischen Staatsangehörigen gewordenen Einwohner des Saargebietes für ihre Familie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Auch diese Taktik, die nur dem französischen Militarismus sein Shylockrecht auf Blutopfer sichern will, steht in eindrucksvollen Widerspruch zum Saarstatut des Versailler Friedensvertrages, das im § 27 ausdrücklich bestimmt: „Niemand ist gehindert, eine andere Staatsangehörigkeit zu erwerben; in solchem Falle soll der Erwerb der neuen Staatsangehörigkeit den Verlust jedes anderen zur Folge haben.“

Diese systematische Sabotierung der Versailler Vertragsbestimmungen durch die Saarregierung selbst oder französischerseits mit deren Genehmigung oder Duldung, wäre es an der Zeit, nicht nur für den Völkerbund, die Verwaltungsmethoden eines bissigen Unterorgans zu kontrollieren, sondern energischen Einspruch im Interesse der mishandelten Saarbevölkerung zu erheben.

Im Versailler „Vertrag“ ist es uns Deutschen verboten — irgendwie Militärdienste zu leisten nur nicht in der Fremdenlegion; dafür sind wir Deutsche ja gut und — dumm genug.

Junge Volksgenossen, Eltern und Vormünder! Hütet Euch mehr denn je vor den gewissenlosen Menschen, die strupellost Material für die Fremdenlegion suchen. Laßt Frankreich mit seinen eigenen Söhnen für die Freiheit und Kultur in Marokko kämpfen. Was sich dort unten ereignet, ist die Saat, welche Frankreich im letzten Weltkrieg selbst gesät hat. Bleiben wir abseits und bleiben wir auch in diesem Punkt nicht mehr weiter der deutsche Michel!

Im übrigen wäre es zu begrüßen, wenn sich die deutsche Presse besonders in der jetzigen Zeit mit dieser Angelegenheit reichlicher aufklärend befassen würde.

Der deutsche Bischof Korum.

Von Pfarrer Jakob Treitz-Trier.

Die Zeitungskorrespondenz „Das Rheinland“ gibt aus dem Jocben im Theatiner-Verlag, München-Rom, erschienenen Buch „Michael Felix Korum, Bischof von Trier, 1840—1921, ein Lebens- und Zeitbild“ von Jakob Treitz, Pfarrer an der Liebfrauenkirche in Trier, einen Auszug wieder, der auch für die Leser des „Saar-Freund“ vieles Interessante bietet. Wenn wir nicht irren, amtierte Pfarrer Treitz früher im Saargebiet, so daß seine Ausführungen über den Bischof Korum für uns um so größere Beachtung verdienen, als ja die Person des Bischofs Korum in der Frage der Zugehörigkeit des Saargebiets zum Bistum Trier eine große Rolle gespielt hat, was Treitz in seinem Buche sehr deutlich zu erkennen gibt. Wir haben bereits anlässlich des Todes des Bischofs Korum darauf hingewiesen, was das kirchliche Leben des Saargebiets dem verstorbenen Trierer Bischof zu danken hat. Er verdient mit Recht den Ehrennamen „Der deutsche Bischof“, da er sich mit der ganzen Kraft und der ganzen Würde seiner Persönlichkeit für die deutschen Interessen nicht nur des Saargebiets, sondern für die deutschen Interessen, für das deutsche Recht überhaupt gegenüber den Machtbestrebungen und dem Machtwillen der französischen Bestrebungen auf deutschem Gebiet einzusetzte.

Es ist daher mit Genugtuung zu begrüßen, daß es Pfarrer Treitz unternommen hat, in einem Buch Leben und Wirken des verstorbenen Bischofs Korum nicht nur in kirchlicher, sondern auch in politischer Beziehung zu würdigen. Wir begrüßen das um so mehr, weil aus diesen Ausführungen Treitzes hervorgeht, wie sehr sich Bischof Korum gerade auch für die kirchlichen Interessen des Saargebiets eingesetzt hat.

Wir geben aus dem trefflichen Buche einige Stellen wieder, die Bischof Korum als deutschen Mann in Zeiten deutscher Not zeigen. Sie geben dem Leser zugleich einen kleinen Einblick in das Leben eines Mannes, der über 40 Jahre als deutscher Bischof in Trier wirkte.

Bischof Korum war ein Sohn des Elsäss und liebte seine schöne Heimat bis an sein Lebensende, wie nur ein edler Mensch das Land lieben kann, in dem seine Wiege gestanden hat. In seinem Geburtsort Witterschweier sprachen seine Landsleute die deutsche Sprache bzw. das Elsässer „Ditsch“; der Bischof war aber schon in frühester Jugend nach Colmar gekommen, wo die französische Sprache vorherrschte. Er übte also während seiner Gymnasialjahre hauptsächlich dieses Idiom — in seiner Familie sprach man Französisch und Deutsch —, und es war für seine spätere Wirksamkeit in einer deutschen Diözese eine gnädige Maßnahme der Vorsehung, daß er seine theologischen Studien bei deutschen Lehrern in Innsbruck mache und diese wichtigen Jahre in deutscher Umgebung verbrachte.

Korum hatte die ersten dreißig Jahre seines Lebens unter französischer Herrschaft gelebt. Dass er für französisches Geistesleben Sympathien hatte, ist wahrlich zu verstehen, wenn man bedenkt, wie er mit Frankreichs großer Vergangenheit, der Kultur des Landes und hervorragender Persönlichkeiten derselben vertraut gewesen ist. Wer das als eine minderwertige Note im Charakter des Bischofs glaubt ansprechen zu sollen, der beweist schon damit, daß er sich über Dinge ein Urteil anmaßt, die über seine Kompetenzen hinausgehen. Der Bischof hat gelegentlich durchaus keinen Zweifel gelassen, daß er an dem Pariser Regime nicht alles bewundernswert gefunden hätte. War er doch selber mit seinen Konfratres einmal gegen die französische Regierung aufgetreten, um die Einführung des Religionsunterrichtes in französischer Sprache für die deutschsprechenden Gegenden des Elsass zu verhindern. Das verlangte sein Gewissen ebenso gut, wie es später ihn nötigte, nach der Besetzung des Saarreviers gegen einzelne Maßnahmen der Saarregierung sich zur Wehr zu setzen. Nach 1871 aber hat Korum sich auch mit den Veränderungen abgefunden, wie die Vorsehung sie zugelassen hatte, und im Kreise seiner Mitbrüder dafür gewirkt, daß sie sich in die Verhältnisse fügen und in Ruhe und ohne Polemik arbeiten möchte.

Die Berufung nach Trier traf den jungen elsässischen Geistlichen schwer; sein ganzes Wesen bäumte sich dagegen auf. Aber nicht etwa, weil er deutsches Wesen hasste, in den Grundzügen seines Wesens war er demselben vielmehr sehr verwandt. Man braucht nur an sein tiefes, echtdeutsches Gemüt, seine deutsche Gründlichkeit, an seine Schlichtheit, an sein stilles, wortloses Tragen, seine vornehme, beherrschte Ruhe in allen Lebenslagen, an die ihm innenwohnende Poesie, an seine Bewunderung für Görres, an sein tiefes Eindringen in die geistliche Mystik Susos, Taulers, Brentanos zu denken.

In seiner Schlussansprache anlässlich der Feier seines 80. Geburtstages am 2. November 1920 führte Bischof Korum aus:

„Es ist ein Teil der Geschichte, eine große Kundgebung, die dadurch gekennzeichnet wird, daß der Herr Präsident den Bischof öffentlich begrüßt und ihm so liebevolle Worte gewidmet hat.“

Der preußische Regierungspräsident Fuchs des Bezirks Trier, der die Glückwünsche seines Bezirkes überbrachte, hatte die Befürwortung gefaßt, ob er

„die Gefühle der Dankbarkeit und Liebe, der Ehrerbietung und Hochachtung der gesamten Bevölkerung gegenüber dem Oberhaupt der Trierer katholischen Kirche in die Worte zu kleiden vermag, die der ganzen Tiefe des Empfindens den vollen Ausdruck verleihen“, und hatte erklärt:

„Mehr als je sind geistliche und weltliche Macht aufeinander angewiesen. Mehr als je sind wir geeint durch gemeinsames Ziel und gemeinschaftlichen Weg zum Ziel. Das Ziel ist die Wiederauferstehung des Volkes.“

Bischof Korum brauchte zum Schluß seiner Ansprache die Worte, die zeigten, wie und was er als deutscher Bischof empfand:

„Man hat einmal von mir gesagt, die Taube habe sich umgewandelt und kriegerisch gezeigt, aber das habe ich nie gewollt, ich wollte nie jemand verletzen. Wenn ich mich aber nicht beugen konnte, dann tat ich das, weil ich ein katholischer Bischof bin, und ein katholischer Bischof ist nicht in sein Land gekommen, um es zu verraten.“

Er hat denn auch nach Kriegsende angesehene Vertreter des französischen Volkes mehr als einmal bei Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß die Behandlung, die man dem deutschen Volke zuteil werden lasse, indem man seine Gefangenen zurückhalte, die Auslieferung verdienter Kämpfer fordere, ihm schwarze Soldaten ins Land lege, kein Volk auf die Dauer ertragen könne und daß das sich zur gegebenen Zeit rühen müsse. Durch seine katholische Auffassung vom Vaterland und Staatsgewalt war der Bischof zeitlebens geschützt vor der Versuchung zum Chauvinismus nach der einen und zum Nationalismus nach der andern Seite. Bereits im Jahre 1900 hatte er einmal die Neuzeitung getan:

„Für mich ist der Nationalismus Europas größte Gefahr, er ist die schlimmste Häresie, er ist Abfall vom Christentum. Vor viele Jahre des neuen Jahrhunderts vorüber sind, wird Europa dies in bitteren Heimsuchungen erkennen.“

Seine Worte haben sich leider als nur zu richtig erwiesen durch den Ausbruch des Weltkrieges. Er war fest überzeugt, daß Deutschland keine direkte Schuld am Ausbruch des furchterlichen Krieges trüge, und daß es für eine gerechte Sache zu den Waffen gegrieffen habe. Der Bischof trug schwer daran, wie während des Krieges die ganze Welt mit planmäßigen Lügen und Entstellungen über das deutsche Volk und seine Führer bearbeitet wurde, und wie selbst Menschen, mit denen ihn lebenslange Freundschaft verband, ihm fremd begegneten, weil sie überzeugt waren von den Greuelgeschichten, den abgehaßten Kinderhändchen und was man sonst alles den deutschen Soldaten nachlachte. Das berüchtigte Buch „La guerre allemande et le Catholicisme“ bezeichnete er als ein Pamphlet und beklagte es tief, daß bedeutende Männer mit dem Ansehen ihres Namens eine derartige Schmähchrift decken könnten. Der Bischof hoffte bestimmt auf den Sieg der deutschen Waffen:

„Denn wir sind eingetreten für Recht und Wahrheit, für Bundesstreue, für die edelste Tugend.“

Der Zusammenbruch des deutschen Volkes mit all dem, was darauf folgte, war für den Bischof eine furchtbare Heimsuchung. Er trug schwer mit seinem armen Volke.

Die elsässische Abstammung des Bischofs hatte auf französischer Seite wohl die Erwartung aufkommen lassen, man werde an ihm einen Befürworter ihrer politischen Ziele gewinnen. Gleich in den ersten Tagen der Besetzung Triers erklärte der Bischof aber einem hohen französischen Militär:

„Ich treibe keine Politik und trage mit meinem Volke das schwere Unglück, das die Vorsehung hat über uns kommen lassen.“

Am deutlichsten kam das edle Selbstbewußtsein des Bischofs zum Ausdruck bei einer Begegnung mit General Mangin, dem damaligen Oberbefehlshaber im Rheinland. Als dieser im September 1919 Trier besuchte, erging an alle Spitzen der Behörden die Aufforderung, sich im Kasino einzufinden, um dem General vorzgestellt zu werden. Die Besatzungsbehörde legte großen Wert darauf, daß Bischof Korum bei dieser Zeremonie nicht fehle. Nachdem verschiedene Versuche, den Bischof durch einflussreiche Mittelpersonen zur Teilnahme zu bewegen, fehlgeschlagen waren, begab sich ein höherer Offizier persönlich zu den Bischof, um ihn einzuladen. Dieser erklärte jedoch mit größter Entschiedenheit:

„Ich werde nicht im Kasino erscheinen.“

Als dann der Offizier sein Erstaunen über diese Weigerung äußerte und darauf hinwies, daß bei der hohen Stellung des Generals alle Behörden Triers vorgestellt werden sollten, wurde der Bischof deutlicher:

„Wäre ich der Abbé oder Curé Korum, so läge die Sache anders. Als Bischof von Trier bin ich aber kein Beamter, der sich zu einer solchen Veranstaltung beordern läßt. Ich habe nie einem deutschen General oder Minister Besuch gemacht, wenn sie

nach Trier kamen, nur zum Kaiser bin ich gegangen, und dann wurde ich nicht beordert, sondern in Audienz empfangen. Ich komme also bestimmt nicht ins Kasino. Wenn der General mich zu sprechen wünscht, so mag er mir zuerst einen Besuch machen. Das ist bei uns die Regel, daran halte ich mich."

Etwas eine Stunde vor dem Alt im Kasino überbrachte dann ein Wundant Mangins dem Bischof ein höfliches Schreiben, worin der General mit dem Ausdruck seiner Hochachtung dem Bischof erklärte, er würde sich glücklich schätzen, wenn er erfahren könnte, zu welcher Stunde Se. Gnaden ihm die Ehre geben wollten, ihn zu empfangen.

"So, jetzt ist die Sache in Ordnung," sagte der Bischof, "jetzt können wir miteinander verhandeln."

General Mangin war bei seinem Besuch im Bischofshof begleitet von mehreren hohen Offizieren. Das selbstbewusste Verhalten Korums nötigte dem Soldaten Achtung ab.

Dem General Caron, der in Begleitung eines katholischen Militärgeistlichen am 8. November 1919 dem Bischof seinen Dank abstattete für die Überlassung des Domes zu einem feierlichen Todesgottesdienst, und der sich als Elsässer vorstellte und dem Wunsche Ausdruck gab, es möge dahin kommen, daß die nächste Allerseelenfeier Deutsche und Franzosen um den Bischof vereinige, erklärte er:

"Das wünsche ich auch. Vor dem Kriege hätten wir die Franzosen nicht. Wir sind Franken wie ihr. Ihr seid keine edere Rasse als wir, und der Hass, der augendurchlich zwischen den beiden Volksstämmen herrscht, der würde nicht entstanden sein, wenn ihr Franzosen ihn nicht seit 1870 groß gezogen hättest."

Als der General darauf hinwies, daß die Spannung zwischen den beiden Nationen bestimmt nachgelassen hätte, wenn man 1880 aus Elsaß-Lothringen einen Freistaat gemacht hätte, und als er erklärte, wie bitter es ihm geworden sei, nach 1870 Straßburg verlassen zu müssen, erwiderte der Bischof:

"Frankreich darf allerdings nicht vergessen, daß Straßburg durch Ludwig XIV. geraubt worden ist."

Besondere Sorge machte nach der Besetzung dem Trierer Oberhaupt das Saarland. Diese Sorge um einen Teil seiner Diözese war mit einer Hauptverantwortung, daß er Anfang 1920, sobald Reisegelegenheit war, nach der ewigen Stadt eilte, wo er mit der Sicherung zurückkehrte, daß solange auf politischem Gebiete nur mit vorübergehenden Verhinderungen im Saarrevier zu rechnen sei, kirchlicherseits nichts geändert werden würde.

So ist Bischof Korum in der Tat ein treuer Paladin des deutschen Vaterlandes geworden; der treue Eckebard des deutschen Volkes in schweren Stunden nach dem Zusammenbruch! Seine Vaterlandsliebe, von ehrlicher Überzeugung getragen und von übernatürlich erleuchtetem Glauben veredelt, war nur die ganz natürliche Vollendung seines Charakterbildes.

„Was tut Herr Wellington Koo?“

Unter dieser Überschrift schreibt die „Saarbrücker Landeszeitung“ folgende beizende Epistel für die Völkerbundsanitäter:

Es schien lange Zeit, als sei das chinesische Reich bestimmt, aufgeteilt zu werden unter die Großmächte und als werde es vor diesem Schicksal einstweilen nur durch die gegenseitige Eifersucht der Fremdlinge geschützt. Der Weltkrieg hat diese Gefahr offenbar beendet. Die Herrschäften brauchten und mißbrauchten auch China als Werkzeug gegen uns, mußten dann aber die Erfahrung machen, daß es sich mit ihnen in dieselbe Front gestellt, durchaus nicht als Werkzeug, sondern als gleichberechtigtes Glied fühlt und aus diesem Verhältnis alle Konsequenzen zieht: China den Chinesen, China keine Kolonie, China Herr im eigenen Hause, fort mit den Vorrechten und Sonderrechten der Fremden!

Wir geben dem Chinesen recht, und das Deutsche Reich hat auf alle Sonderrechte verzichtet. Auch den übrigen Mächten gegenüber wird China seine Ansprüche durchsetzen, wenn auch die gegenwärtige fremdenfeindliche Bewegung nicht zum Ziele führen sollte. Die beste Waffe im Kampfe für dieses Ziel ist seine Mitgliedschaft im Völkerbund.

China im Völkerbund: Welche Erinnerungen tauchen da plötzlich bei uns Saardeutschen auf! Berichterstatter über die Tätigkeit „unserer“ Regierungskommission war wiederholt Herr Wellington Koo. Warum gerade der Chineser? Frankreich war die tonanggebende Macht im Völkerbund — also auf Veranlassung Frankreichs! Wollte Frankreich uns etwa dadurch besonders herabsehen und kränken, daß es dem von ihm selbst so gering geachteten Chinesen soviel Macht über uns gab? Dann könnten wir mit dem Erfolg zufrieden sein. Bravo, ihr Herren Franzosen, ihr sorgt dafür, daß die Herren Chinesen sich auch gegenüber Euch und den anderen Fremden immer mehr als gleichberechtigt fühlen lernen; die Früchte werden alle in China, Ihr im besonderen auch in Indochina ernten! So wollt Ihr uns auch mit Hilfe von Afrika niederhalten, aber Afrika wird einmal Euch niederhalten.

Um aber auf Herrn Wellington Koo zurückzukommen: Wie hat er seine Pflicht als Berichterstatter erfüllt? Herr Rault und seine Kollegen könnten tun, was sie wollten, Herr Wellington Koo lobte alles über den grünen Klee. Nach ihm hat nie ein Land sich einer besseren Regierung zu erschauen gehabt, als das Saargebiet. Wie oft mag sich Herr Rault in die seligen Zeiten des

Herrn Wellington Koo zurückträumen wie in ein verlorenes Paradies! Da konnte man sich doch noch etwas erlauben. Herr Wellington Koo war wie der Maulwurf als Amtsempfänger in der Fabel, er fand sie alle unsträflich verwaltet.

War er blind wie der Maulwurf? Sah er wirklich nicht, wie im Saargebiet die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden? O nein, er sah sehr scharf, wenn er wollte; aber er wollte nicht, er machte beide Schlühaugen fest zu. Warum? Erstens mußte er sich doch für die ihm erwiesene Ehre, die das Ansehen seiner Nation hob, erkennlich zeigen, indem er den Wünschen seiner Protestoren entgegentam. Dann aber war für ihn der Völkerbund eine Art Erwerbsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, wo alles nach der Regel des Doulbes — ich gebe, damit du gibst — gehandhabt wird. Deutschland lag am Boden und hatte nichts zu geben, Herr Wellington Koo hatte es wie die meisten seiner Landsleute völlig abgeschrieben. Wenn man dem Franzosen behilflich war, dem deutschen Volke die Haut abzuziehen, so konnte man von den daraus geschnittenen Riemen vielleicht auch welche abkriegen oder das Entgelt dafür. So dachten allerdings nicht nur das chinesische Mitglied des Völkerbundes und das französische. Es war die Zeit, da man den Völkerbund mit gutem Recht eine Spottgeburt nennen durfte.

Es ist anders geworden. Noch sind wir allerdings weit davon entfernt, im Völkerbund das zu sehen, was er sein könnte und sollte; noch spielen die Interessen der Großen eine viel zu große Rolle; noch werden wir Saardeutsche als Untertanen, ja als Knechte behandelt, die in ihren eigenen Angelegenheiten kaum ein Wort mitzusprechen haben; noch schlagen die Vertreter der demokratischen Völker dem demokratischen Gedanken, wenn es sich ums Saargebiet handelt, ins Gesicht — aber die Zeiten sind vorbei, wo ein Wellington Koo die Regierung des Herrn Rault als ein Muster hinstellte.

Herr Wellington Koo ist jetzt wohl in seiner Heimat. Wie verhält er sich in den Wirkten, von denen wir hören? Vertreibt er auch dort das Interesse der Fremden? Der Fremden, die sich in China eingenistet haben und seine Landsleute unter der Fuchtel haben. Singt er ihnen Lobsieder, er, der das Verhalten des Herrn Rault und der anderen Fremden in der Saarkolonie so vortrefflich fand?

Saarheimat.

Wo des Saarstroms Ufer grünen,
Meiner Väter Wiege stand.
Deutsche Scholle, herdbeschienen,
Sel begrüßt, mein Heimatland.

Deiner Grenzmark Heldenmale
Ragen auf in stolzer Sicht.
Hammerschlag und Glut im Tale
Künden uns von Treu und Pflicht.

Doch als Perle deiner Gauen
Grüßt das lichte Nebenland.
Waldumkränzte Höhen blauen,
Frohsinn schafft der Saaten Stand.

Schirmend reg' ich meine Arme:
Saarland, nimmer las' ich dich;
Deutsch im Glück und deutsch im Harne
Bist du unser ewiglich!

Deren Vaterland das Portemonnaie ist!

Die französischen Naturalisierungsgezüge im Saarbergbau.

Ein für die Verhältnisse auf den an Frankreich ausgelieferten Saargruben charakteristischer und des Reizes politischer Pikanterie nicht entbehrender Fall beschäftigte Anfang Juli das Saarbrücker Schöffengericht. Der Steiger Friedrich Even in Jägersfreude hatte gegen den Gewerkschaftssekretär und Landesratsabgeordneten Kratz Beleidigungsklage erhoben, um sich von der Behauptung seiner Bewerbung um die französische Staatsangehörigkeit zu reinigen. Dem Even war nämlich auf Grund dieser Mitteilung durch Verfügung der Oberbergdirektion Bonn der Anspruch auf preußische Pensionsbezüge gestrichen worden und das schmerzte diesen ehrenwerten Steiger mehr als der Vorwurf Französling zu sein und damit sein Vaterland zu verraten. Even bestritt entschieden, ein Naturalisierungsgeschick eingereicht zu haben. Die Verhandlung ergab jedoch ein Bild, das keinen Zweifel mehr darüber lässt, dass Even zu jenen „Charaktermännern“ gehört, die wirtschaftlicher Vorteile willen ihr Vaterland verraten und ihre Kollegen, deren Herz und Sinn deutsch blieb, schädigen.

Der beklagte Gewerkschaftssekretär und Landesratsabgeordnete Kratz führte vor Gericht u. a. aus:

„Im Juni oder Juli 1924 ist mir zu Ohren gekommen, dass der Steiger Friedrich Even, der mir persönlich nicht bekannt gewesen ist, einen Antrag auf Naturalisation gestellt hat. Im Nov. 1924 ist in derselben Angelegenheit ein Schreiben in meine Hände gelangt, das vom 30. Juli 21 datiert, die Mitteilung des damaligen Sekretärs der Grube Jägersfreude an den leitenden Ingenieur Eloy enthält, dass der Steiger Even mündlich den Wunsch geäußert habe, sich naturalisiert zu lassen. Einen schriftlichen Antrag habe ich nicht in die Hand bekommen und behaupte auch nicht, dass ein derartiger Antrag besteht. Ich habe mich weil der Steiger Even Pension aus der preußischen Staatsklasse erhält, daraus hin als Führer einer deutschen Beamtenorganisation verpflichtet gefühlt, der preußischen Bergwerksdirektion in Bonn Mitteilung zu machen. Dieser Bericht ist am 2. Februar 1925 abgeschafft und abgefandt worden. Außerdem habe ich dem Ingenieur Hofmeister als dem Vertreter der „Budab“ der Even als Mitglied angehört hat, Mitteilungen über meine Erfahrungen gemacht. Der Ingenieur Hofmeister hat hierauf den Steiger Even zur Rede gestellt und ihm geraten, da Even meine Behauptungen bestritten hat, die Angelegenheit gerichtlich zu erklären. Even ist darauf bei mir auf dem Bureau gewesen und hat mir gegenüber zugegeben, dass er zwar über eine evtl. Naturalisation als Franzose mit dem Sekretär der Grube Jägersfreude Bachier verhandelt habe, dass er aber bisher keinen diesbezüglichen Antrag abgeschafft oder unterschrieben habe. Dasselbe bestätigt er mir auch in einem Briefe, den ich dem Gerichte zur Verfügung stelle. Erst nachdem dem Kläger die Einstellung der Bezüge von Seiten der Oberbergwerksdirektion in Bonn auf Grund meiner Meldung mitgeteilt worden ist, hat Even die Klage gegen mich angestrengt.“

Auf Antrag des Vertreters des Klägers wird zuerst der Ingenieur Hofmeister aufgerufen. Seine Aussage deutet sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Gewerkschaftssekretärs Kratz, jedoch ist auffallend, dass er sich über die Mitgliedschaft eines naturalisierten Franzosen innerhalb der Budab nicht klar ausdrückt. Er betont lediglich, dass nach Vorlage der Mitteilung über den mündlich gestellten Naturalisations-Antrag seine Organisation der Auffassung gewesen sei, Even sei Mitglied des „Saarbundes“. Er nennt den „Saarbund“ eine gelbe Organisation und macht darauf aufmerksam, dass nach dem Grundsatz der Budab Mitglieder des „Saarbundes“ nicht in ihre Reihen aufgenommen werden können. Er habe deshalb dem Kläger geraten, vor Gericht den Nachweis seiner Mitgliedschaft zu führen, da man seinen Angaben nach dem vorgelegten Beweismaterial nicht mehr ohne weiteres Glauben schenken kann.

Als zweiter Zeuge wird der Steiger Schleiden aufrufen, der angeblich die Mitteilung des Sekretärs Bachier an den Ingenieur Eloy gesehen hat. Der vereidigte Zeuge erklärt, dass er eines Tages auf dem Büro der Grube Jägersfreude einen französisch abgeschafften Brief gesehen habe, in dem dem Ingenieur Eloy mitgeteilt wird, dass Even den Wunsch geäußert habe, auf die Liste der Kandidaten, die sich zur Naturalisierung gemeldet haben, geetzt zu werden. Auch habe der Kläger ihm gegenüber verschiedentlich geäußert, dass sein Vaterland das Portemonnaie sei. Der Zeuge bestätigt außerdem, dass die durch den Angeklagten Kratz vorgelegte Kopie des mehrmals abgezogenen Schreibens echt sei und er auf Grund dieses Beweismaterials keine Aussagen mache.

In Verfolg der weiteren Vernehmung lässt der Vorsitzende nunmehr als Zeugen den französischen Sekretär Leo Bachier aufrufen.

Auf einige Bemerkungen des Angeklagten Kratz hin, sieht sich plötzlich Herr Rechtsanwalt Wenderoth veranlasst, darauf auf-

merksam zu machen, dass von Seiten des Klägers der Prozeß unter keinen Umständen zu Ende geführt werde. Es werde lediglich Wert darauf gelegt, die eidlichen Aussagen sämtlicher Zeugen zu hören, um feststellen zu können, ob von Seiten Evens tatsächlich ein Naturalisationsantrag gestellt worden ist oder nicht. Auf eine Bestrafung des Angeklagten Kratz werde keinen Wert gelegt und nach der Zeugenerhebung werde er die Klage zurückziehen.

Der französische Sekretär Leo Bachier gibt interessante Aufklärungen über die Art und Weise, wie Naturalisierungsanträge der französischen Bergverwaltung behandelt werden. Er erzählt, dass eine große Anzahl von Beamten und Bergleuten im Jahre 1921 an ihn herangetreten seien und sich erkundigt hätten, unter welchen Bedingungen die französische Nationalität erworben werden kann. Er habe darauf in den Dienstanweisungen seiner vorgesetzten Behörde, der französischen Bergwerksdirektion nachgeschlagen und darin den Passus gefunden, dass vorläufig schriftliche Anträge nicht angenommen werden können, jedoch sollten die Namen der betreffenden Personen notiert und an die Direktion weiter gegeben werden. Auch Even habe sich verschiedentlich mit dieser Frage an ihn gewandt und ihn schließlich gebeten, ihn nach Saarbrücken zu melden, mit dem Bemerkung, dass er ja durch diese Meldung in keiner Weise gebunden sei.

Der nächste Zeuge, Ingenieur Raul Eloy, der Vizegesteckte Bachiers gibt zu, dass das von dem Angeklagten Kratz vorgelegte Dokument echt sei. Sowohl aus seinen Mienen als auch aus seinen Worten kann man das Erstaunen sehen, dass ein derartiges Dokument dem Gericht vorgelegt wird. Er erklärt ausdrücklich, dass auf Befehl seiner vorgesetzten Behörde derartige Schreiben als geheim zu behandeln sind.

Bemerkenswert ist noch, dass der Zeuge Eloy offen zugibt, dass Even sich lediglich in die Liste hat aufnehmen lassen, um bezüglich seines Dienstverhältnisses zur französischen Bergverwaltung, Vorteile erhaschen zu können.

Nachdem die Vernehmung der Zeugen beendet ist, erklärt Rechtsanwalt Wenderoth, dass der Kläger die Klage zurückziehe. Die Verhandlung wird daraus hin vom Vorsitzenden geschlossen.

Für uns ist bei der ganzen Angelegenheit folgendes unzweifelhaft klar. Der Kläger, Steiger Even aus Jägersfreude ist einer jener Beamten, die ihre Nationalität um geringer Vorteile willen verkaufen. Er muss deshalb unter allen Umständen der Berachtung jedes anständigen Deutschen anheimfallen. Es ist eine tief betrübende Tatsache, dass Beamte, die von der deutschen Regierung zur Dienstleistung bei den Franzosen beurlaubt oder zur Verfügung gestellt sind, sich soweit vergessen können, wie es der Steiger Even getan hat. Rein moralisch genommen ist sein Bleiben innerhalb des deutschen Beamtenkörpers unmöglich.

Es mag auch im deutschen Lager Leute geben, die den Fall juristisch nicht für so weit gellässt halten, dass die preußische Bergverwaltung zur Einstellung der Pensionszahlungen schreiten könnte. Wir sind anderer Meinung. Wenn z. B. in einem anderen Fall nachgewiesen wird, dass jemand alle Vorbereitungen getroffen hat, um die Sicherheit eines Betriebes zu gefährden, so ist schon die Absicht, die sich durch Vorbereitungen nachweisen lässt, strafbar. Dasselbe ist in diesem Falle nachweisbar. Even hat zu verschiedenen Personen seine Absicht bekundet, sich aus Gründen materieller Vorteile naturalisieren zu lassen. Diese geäußerte Absicht hat ihm Vorteile in seinem dienstlichen Werk zuungunsten seiner Kollegen eingetragen. Die preußische Bergverwaltung war daher nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, Even aus die Liste der preußischen Bergbeamten zu streichen, wollte sie nicht einen Korruptionsherd von unberechenbaren Grenzen für die Zukunft schaffen.

* Berufsverband der saarländischen Bergbeamten angestellten.

Eine Neu-Ausgabe des Saarbundes.

Aus dem Saargebiet erhalten wir folgende Zuschrift:
„Nachdem der „Saarbund“ und seine wirtschaftlichen Hilfsabteilungen, die Saarzentralverbände auf den Gruben, vollständig zusammengebrochen sind, ehemalige Führer derselben den Mangel an „Nebeneinnahmen“ durch Verkauf des in der Zeit ihrer Beträtertätigkeit gesammelten Materials auszugleichen suchen, kommt die Nachricht der Gründung eines neuen Verbandes „Berufsverband der saarländischen Bergbeamtenangestellten“. Da die Angestelltenchaft der Gruben in ersterlichem Maße geschlossen ist und ein Bedürfnis zu „Gründungen“ nicht vorliegt, eine Satzung noch nicht bekannt wurde, wird man die neue Gründung am besten nach ihren „Führern“ beurteilen.“

Zum 1. Vorsitzenden wurde der Fahrsteiger Jakob Ackermann, Maybach, der Führer der Micum-Beamten, gewählt.

Wer ist Herr Ackermann?

Im Ruhrgebiet längere Zeit in fulminanten Reden den unentwegten Klassenkampf und den unüberbrückbaren Gegensatz von Kapital und Arbeit predigend, zulegt berufsmässiger Führer einer freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisation, hat er nach dem widerrechtlichen Einbruch der Franzosen als „Positivist“ die grundsätzliche Abneigung gegen den Militarismus sehr schnell beiseite gelegt und fand schnell Verbindung mit der französischen Herrschaft im Ruhrgebiet. Gegen die Einstellung der Gesamtbevölkerung und ihren spontanen Widerstand gegen die Ausbeutung des größten deutschen Wirtschaftsgebietes hat Herr Ackermann bei der Micum schnell eine lohnende Stelle als „Personaldirektor“ der Zeche „Viktoria“ gefunden. Dort warb er Personal für die französischen Dienste auf den Gruben in seinen Bekanntenkreisen, mit Erfolg für sich und die Franzosen, so dass er sich in einem Presse-Artikel als der Sieger des passiven Widerstandes — im Volksmund hat man einen anderen Ausdruck dafür — den hiesigen Gewalthabern anprries. Seinen Micumkollegen, die er mit ins Saargebiet brachte, hat der Herr „Personaldirektor a. D.“ Ackermann sehr gute Zeugnisse ausgestellt. Hier erkannte man in ihm auch sofort eine sehr wertvolle Kraft — weniger für die Ausbeutung der Saargruben, als für andere Zwecke — die sich nicht in dienstlicher Tätigkeit erschöpfen darf. Sein Fahrsteigerrevier, das ihm auf Grube Maybach angewiesen wurde, besteht aus drei Betriebspunkten, welche früher ein Steiger neben einer großen Abbauabteilung zu beaufsichtigen hatte. In diese riesige Berufsatrat, die Beaufsichtigung von drei Betriebspunkten, teilt er sich noch mit einem Micumkollegen. So ist es auch erklärlich, dass Herr Ackermann genügend Zeit behält zu aufallend häufigen Besuchen bei Herrn Personaldirektor Massing und zum Schreiben großer Zeitungsartikel im Sinne der umgehenden französischen Bestrebungen. Zunächst produzierte er sie in der Volksstimme, dann leuchtete sein Geist in den Spalten des „Saarbundblättchen“ mehrmals; zuletzt räumte ihm das Organ für Westpropaganda, der „Neue Saarkurier“ sogar die Titelseite für Leitartikel ein. Darin versuchte er auch sein Talent in der Beritungslimpfung und Herabsetzung der Jahrtausendeier im Saargebiet, welche jedem Deutschen im Saargebiet ein erhebendes unvergeßliches Erlebnis durch das einheitliche Treuekenntnis zum Vaterlande war und bleibt.

Damit ist die geistige Einstellung dieses hervorragenden Mitarbeiters des „Saarkuriers“ und der Saarbundzeitung genügend gekennzeichnet und damit auch die grundsätzliche Richtung des neuen Verbandes, dessen Gründer und Vorsitzender Herr Ackermann ist. Nach diesen Besprechungen mit dem Personaldirektor

Massing, die vorausgegangen waren, ist anzunehmen, dass dieser der Taufpate war und sein spiritus rector sein wird. Herr Ackermann wird seinen Auftraggebern wenig Freude machen, denn gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Bis jetzt sind auch nur ein Teil der Micumangestellten und einige Ruinen des Saarbundes dieser Gründung beigetreten.

An Herrn Ackermann aber darf man wohl die Frage richten, in welchem Auftrag er als ehemaliger radikaler Führer von Grubenangestellten versucht, die zur Erringung menschenwürdiger Gehalts- und Arbeitsbedingungen mühsam geschaffene Front der Grubenangestellten zu durchbrechen? Wie mag die Brücke aussehen, die Herrn Ackermann, den unentwegten Vertreter des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit so oft zu dem Vertreter des reichlich rücksichtslosen französischen Grubekapitals führte? Anscheinend gilt bei Herrn Ackermann der unüberbrückbare Gegensatz nur dem deutschen Unternehmer, wie auch andere Stellen im Saargebiet die praktische Auslegung des Klassenkampfgedankens handhaben.

Die Angestellten der Saargruben sind gewarnt. Sie werden es ablehnen, einem Saarbund mit anderem Namen anzugehören und werden insbesondere einen Führer ablehnen, der an Ruhr und Saar es außerordentlich verstanden hat und versteht, zu seinem Vorteil die politische Konjunktur auszunutzen, wenn auch gegen die Interessen des Vaterlandes. Hoffen wir, dass Herr Ackermann, wenn es ihm auch nicht gelingt, an die Krippe der Personaldirektion zu kommen, er bald zu denen gehören wird, von denen das französische General-Budget der Saargruben für 1925 berichtet, „daß verschiedene Persönlichkeiten, welche nicht oder nicht mehr zu den Gruben gehören, von den letzteren beträchtliche monatliche Zuwendungen erhalten, die nicht gerechtfertigt erscheinen, aber vermuten lassen, daß die Grubenverwaltung ihre Freunde nicht vergessen will“ — damit er nicht wie sein Vorgänger Egel und andere sein Material gegen seine jetzigen „Freunde“ an den Mann zu bringen versuchen muss.

Wie aus St. Ingbert mitgeteilt wird, wurde auch dort der mißlungene — Versuch unternommen, den zusammengeschlossenen, mit französischen Mitteln ins Leben gerufenen separatistischen „Saarbund“ unter der Flagge „Neuer saarländischer Beamtenbund“ wieder auflieben zu lassen. Die vier Einberüster, darunter drei von der französischen Bergverwaltung übernommene Micum-Steiger, mussten dabei die betriebliche Erfahrung machen, dass nach Darlegung ihrer Ziele — die offensichtlich auf eine Zerschlagung der beiden großen deutschen Beamtenverbände hinauslaufen — die versammelten Grubenbeamten geschlossen das Lokal verließen, so dass der „Saarbund“ in splendid isolation zurückblieb.

Französierung der Halbergerhütte.

Wir finden in der Saarpresse folgende Ausführungen: Wir wissen nicht, wie die Saarregierung es zu rechtfertigen vermag, in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage der einheimischen Arbeiterschaft der Halbergerhütte in Brebach die Erlaubnis zur Anwerbung von mehreren hundert Russen, ausgezahlt solchen zu erteilen, die im Interesse und Auftrag der Entente den Bürgerkrieg gegen ihre „rechtmäßige“ Regierung geführt haben. Die Wangelaarmee erscheint im Saargebiet! Von den durch Vermittlung eines französischen Büros Angeworbenen sind, wie wir zuverlässig hören, bereits 85 auf dem Werke, zum Teil noch in ihrer revolutionären Uniform tätig, an ihrer Spitze ein ehemaliger General, der jetzt als Aufseher und Dolmetscher fungiert. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, dass dieses Russenengagement ins Saargebiet angeregt und genehmigt worden ist unter Mitwirkung des Geschäftspunktes, den französischen Staat von seiner mindestens moralischen Verpflichtung diese für lediglich seine Interessen einst kämpfenden Abenteuerern an ihren jetzigen Zukunftsstätten unterhalten zu müssen durch Abschiebung aus Belgrad sowie französischen Aufenthaltsorten, zu entlasten. Für die trotz noch vorhandener 40prozentiger deutscher Beteiligung (Erben Stumm) rein französische Leitung der Halbergerhütte bedeutet der Russenimport zugleich den ersten markanten Schritt zur Verwirklichung ihrer Drohung, einheimische Arbeiteropposition durch ausländischen Ersatz niederzuhalten. Seit Mitte Mai streikt, was seltsamerweise in der saarländischen Öffentlichkeit kaum bekannt, jedenfalls auch durch die Gewerkschaften nicht genügend bekannt gemacht ist, auf der Brebacher Hütte die gesamte Schreiner-Baulegenschaft. Ursache zu diesem Ausstand war eine geringfügige und durch den Frankfurter bzw. die gestiegene Teuerung jetzt weit überholte Forderung der Modellschreiner, die sich aber noch nicht bis zur vollen Tarishöhe der in Saarbrücken bezahlten Bau- und Möbelschreinerlöne erhob. Selbstverständlich leidet unter dem Streit der Modellschreiner die gesamte Produktion; denn

wenn auch alte Meister jetzt zur Arbeit herangezogen werden und verschlussweise — bis zur Weigerung von Streikarbeit — auswärtigen Schreinereien Aufträge überwiesen werden, so ist dies für einen der bedeutendsten kontinentalen Gießereibetriebe ein völlig ungünstiger Notbehelf. Lieber jedoch noch als die Produktionsinteressen wahrnehmen will die von dem Generaldirektor Cavallier in Poni-a-Mousson inspirierte Werksdirektion den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ herausföhren und festhalten, und die französische Oberleitung versteigt sich zu der Drohung, die Aussändigen aus den Werkwohnungen herauszuwerfen und französische Modellschreiner hierher zu holen. Dieser Tendenz, die Saarländer im Interesse des französischen Kapitals auszubauen und die Widerpenstigen auf die Straße zu werfen, entspricht auch die Behandlung der deutschen Beamtenchaft. Den deutschen Betriebshess, ja Direktoren werden in sämtlichen Abteilungen neuerdings Franzosen zur Seite gestellt, die vermutlich tatsächlich viel höher bezahlt werden, und den deutschen Beamten ist die Pflicht auferlegt, diese französischen Aufpasser und Wettbewerber, die natürlich für den Fall ihrer „Unmöglichkeit“ als ihr Ersatz geplant sind, einzulernen! In den Rahmen dieser brutalen Ausbeutungspolitik paht es auch, dass auf den französisch kontrollierten Saarhütten ein jugendlicher Nachwuchs in den produktiven Betrieben mehr herangezogen wird; denn erstens kommt der übliche Stamm aus der Nachbarschaft des übrigen Deutschlands in Anbetracht der schäbigen Frankenlöne nicht mehr herein, zweitens denken die französischen Hüttenherren: „Après nous (1935) le déluge!“

Die Maßnahmen der französischen Werksleitung der Halbergerhütte sind ersichtlich Ausfluss eines Systems. Auffällt nur, dass bisher über die raffinierten Ausbeutungsmethoden kaum etwas in die Öffentlichkeit gedrungen ist, und seltsam, dass u. a. auch die Gewerkschaften noch keine Veranlassung genommen haben, gegen

dieses rücksichtslose Gebaren des französischen Kapitals auf saar-deutschen Boden Einspruch zu erheben.

Der französischen Auszugungspolitik im Saargebiet sind und werden Grenzen gesetzt! Ganz besonders

„unverschäflich“ erscheint das Gebaren der Halberghütte, ausgerechnet eines Werkes, das für den Absatz seines Röhrenausgusses wesentlich auf Deutschland, auf das kaufmännische Wohlwollen deutscher Stadtverwaltungen angewiesen ist ...

Eine Abordnung des „Bundes der Saarvereine“ - Berlin beim Reichspräsidenten.

Bekanntlich hatte Generalfeldmarschall von Hindenburg mehrere Wochen vor seiner Wahl zum Reichspräsidenten das Protektorat über die 5. Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover, verbunden mit einer großen Saarkundgebung anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande, in dankenswerter Weise übernommen. Ihm hierfür besonderen Dank aller Teilnehmer auch persönlich abstatzen zu können, ist am 24. Juli, mittags, gelegenlich des Empfangs einer Abordnung des Bundes der Saarvereine durch den Herrn Reichspräsidenten möglich gewesen. An dem Empfang nahmen teil: der Vorsitzende des Beratungs- und Aussichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Bergassessor und Bergwerksdirektor a. D. Dröge-Berlin, der Vorsitzende des Bundes der Saar-Vereine, Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg Saale, jerner Regierungspräsident Dr. von Halsen-Hildenheim, Frau Geheimer Oberbergrat Hues-Berlin und der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin. Beim Empfang entbot Bergwerksdirektor a. D. Dröge dem Reichspräsidenten herzliche Grüße, indem er darauf hinwies, daß die Aufklärungsarbeit des „Saar-Vereins“ die Fortsetzung der Tätigkeit des sogenannten „Saar gebiets schuhs“ welcher während der Friedensverhandlungen möglichst günstige Friedensbedingungen bezüglich des Saargebietes zu erreichen gesucht habe, sei. Er gab sodann seinem Dank für Ausdruck, daß der Reichspräsident dem Vorsitzenden des Bundes der Saar-Vereine, Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres, Gelegenheit gegeben, ihm in aller Kürze über die Aufgaben und Arbeiten des Bundes der Saarvereine, der von der Geschäftsstelle geschaffenen Organisation, berichten zu dürfen. Darauf brachte Oberlandesgerichtsrat Andres den Dank für die Übernahme des Protektorats über die letzte Bundestagung in Hannover zum Ausdruck und berichtete über die Ziele, die sich der Bund gesetzt habe, und die in der Förderung der Befreiung des Saargebietes bestanden. Der Verlauf der Bundestagung in Hannover und die Wirkung, die mit ihm erzielt worden sei, habe gezeigt, welch unentbehrliches Hilfsmittel im Kampf um die Befreiung der Bund der Saarvereine, der immer wieder das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärke und das Verständnis für die Saarfrage wesse, sei.

Der Herr Reichspräsident antwortete in herzlichen Worten, indem er betonte, daß er die treudeutsche Haltung der Saarbevölkerung und all das, was im Saargebiet vorgehe, mit warmem Interesse verfolge. Als ehemaliger Chef des Generalstabs des 8. Armeekorps sei er viele Jahre hindurch ins Saargebiet gekommen, so daß er Land und Leute sehr gut kenne. Die treudeutsche Gesinnung der Saarbevölkerung sei ihm wohlbekannt, aber auch die große Aufgabe, die der Bund der Saarvereine sich gestellt habe, um dem treudeutschen Saarvolle in seinem schweren Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebietes zur Seite stehen zu können, wisse er wohl zu schätzen. Die Abordnung des Bundes der Saarvereine möge deshalb die Überzeugung mitnehmen, daß er dem Saargebiet stets warmes Interesse entgegenbringe und die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine jederzeit nach Kräften zu fördern bereit sei. Hierauf unterhielt sich der Herr Reichspräsident in liebenswürdiger und ungezwungener Weise mit den einzelnen Mitgliedern der Abordnung, welche im Laufe der längeren Unterredung auf diesbezügliche Fragen des Herrn Reichspräsidenten immer wieder auf den erhebenden Verlauf der gewaltigen Rheinlandkundgebung im Saargebiet hinweisen und dabei mitteilen konnten, daß die Saarbevölkerung selbst diese überwältigende Kundgebung als den Tag der Abstimmung des Saarvolles erkläre. Diese Kundgebung hätte gezeigt, wofür das Herz des Saarvolles schlage und wem es gehöre: Deutschland. Mit freundlichen Worten verabschiedete sich dann der Reichspräsident von jedem einzelnen mit der nochmaligen Versicherung, daß dem Saargebiet und dem Bunde der Saarvereine stets sein volles Interesse gehören werde.

*

Die deutsche Presse und das Saargebiet.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat sich an die Schriftleistungen der deutschen Presse mit folgendem Schreiben gewandt:

Nachdem wir das Material über unsere Bundestagung in Hannover eingehend geschaut haben, stellen wir mit Genugtuung fest, daß abweichend von der bisherigen Gepflogenheit die deutsche

Presse der Bundestagung die Beachtung geschenkt hat, die sie ihrer politischen Bedeutung nach verdient. Der Kampf um die Deutscherhaltung des Saargebietes kann erfolgversprechend überhaupt nur geführt werden, wenn die deutsche Presse sich der Saarfrage in weitgehendstem Maße annimmt. Nur dann werden die Vorgänge an der Saar auch in der großen Öffentlichkeit die Beachtung finden, die notwendig ist, um das Unrecht zu erkennen, das dem Saargebiet mit der Regelung in Versailles und seiner Handhabung zugefügt wurde.

Die seit Jahren regelmäßigt zu den Völkerbundtagungen erscheinenden Saardelegationen der politischen Parteien des Saargebietes haben durch ihre bisherigen Beobachtungen in Völkerbundskreisen den Eindruck gewonnen, daß die Saarfrage eins für Deutschland und damit das Saargebiet eine günstigere Wendung nehmen wird, wenn die deutsche Öffentlichkeit mehr als bisher die Aufmerksamkeit der Welt auf die Saargebietserhältnisse hinlenkt.

Deshalb begrüßen wir es mit besonderer Genugtuung im Interesse des Deutschumkampfes an der Saar, daß die deutsche Presse in zunehmendem Maße mit Aufmerksamkeit die Dinge an der Saar verfolgt und in Nachrichten, Kommentaren und Aufsätzen immer wieder auf die Unhalbarkeit der Saarstatutbestimmungen und ihrer Handhabung hinweist. Wir verzeichnen es auch mit Genugtuung, daß die deutsche Presse der politischen Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine ihr Interesse in steigendem Maße zugewendet hat und damit das Verständnis des deutschen Volkes für die Arbeit an und für die Saar in den weitesten Volkschichten geweckt hat.

Für all diese Unterstützung, die die deutsche Presse dem Deutschumkampf an der Saar und unserer Arbeit gewidmet hat, gestatten wir uns, unseren ganz ergebensten Dank auszusprechen. Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, wenn fürzlich ein führender Politiker des Saargebietes der Meinung Ausdruck gab, daß die Saarfrage wahrscheinlich eine andere Regelung erfahren hätte, wenn die deutsche Presse von Anfang an auf die Bedeutung der Saarfrage in politischer, wirtschaftlicher und völkerrechtlicher Beziehung hingewiesen hätte. Nur mit der deutschen Presse sei der Kampf an der Saar und um die Saar zu gewinnen. In diesem Kampf muß, wenn er Erfolg haben soll, jede parteipolitische Sondereinstellung wegs fallen und nur der einheitliche Wille des deutschen Volkes und der einzigen deutschen Saarbevölkerung zum Ausdruck kommen.

*

Für Revision des Rheinlandabkommens.

Der Westausschuß für Rhein, Ruhr, Saar und Pfalz hat folgende Entschließung gefaßt:

Der Westausschuß für Rhein, Ruhr, Saar und Pfalz, der die großen landsmannschaftlichen Verbände des besetzten Westens in freier politischer Arbeitsgemeinschaft umfaßt, gedenkt mit innigem Dank der begeisterten Treuekundgebungen des gesamten Rheinlandes anlässlich der Tausendjahrfeier. Er erinnert aber auch zugleich das deutsche Volk an die Notwendigkeit, die ihm bestandene Liebe der Rheinländer mit dem Bemühen zu bewahren, die Lasten der Besetzung nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Quelle aller Leiden der rheinischen Bevölkerung ist das Rheinlandabkommen in seiner jetzigen Fassung. Denn es lädt der absolutistischen Willkür der Rheinlandkommission und ihrer Unterorgane gegenüber der nur dem Namen nach vorhandenen Souveränität des Reiches und gegenüber den Staatsbürger- und Menschenrechten der Privatpersonen unbeschränkten Spielraum. Der Westausschuß bittet die zuständigen Behörden, die Parlamente und Parteien, sowie die Presse, ihre Anstrengungen zu vereinen, um das jetzige Rheinlandabkommen durch einen anderen, dem sittlichen Gefühl der Gegenwart mehr entsprechenden Vertrag zu er setzen: Die Rheinlandkommission und ihre Organe müssen künftig gehalten sein, ihre Verordnungen und Verfügungen nicht ohne Ahörern der deutschen Regierung zu erlassen und bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung einem neutralen Schiedsgericht zu überlassen.“

Wir hätten es begrüßt, wenn der Westausschuß seine Entschließung auch auf das Kerngebiet erweitert hätte dergestalt, daß er verlangt: Die Regierung des Saargebietes muß endlich dem Geist des Saarstatuts entsprechend, nämlich unparteiisch, gerecht und von Neutralen ausgeübt werden, was jetzt geschieht, ist nichts anderes als die Vorbereitung der Annexion!

Wie die Kohlen verteuft werden.

Unter dieser Ueberschrift besaß sich die „Saarzeitung“ mit der Kohlenpreispolitik der Bergwerksdirektion. Sie weist zunächst darauf hin, daß die französische Bergverwaltung die notwendige Verbilligung der Kohlen und ebenso die notwendige Erhöhung der Bezüge der Grubenangestellten und -Arbeiter ablehnt mit der Begründung, die Saargruben liefern eine derartige Belastung nicht zu. Es ist an dieser Stelle wiederholt auf Grund der Uebergebnisse der Saargruben nachgewiesen worden, daß einmal die französische Grubenverwaltung aus den Saargruben eine wesentlich höhere Rente herauszuwirtschaften versucht, als es die preußische und bayerische Bergverwaltung tat, und daß zum anderen aus den Erträgnissen der Saargruben außerdem noch die Gelder ausgebracht werden sollen, die für die außerordentlich kostspielige französische Propaganda im Saargebiet erforderlich sind.

Zu diesem Thema macht die genannte Zeitung noch folgende Angaben:

Das Handelsbüro der französischen Grubenverwaltung unterhält neben seinem umfangreichen Apparate in Saarbrücken mit den Hunderten von Beamten noch etwa 15 außerhalb liegende Agenturen, an deren Spitze ebenfalls ein höherer Beamter steht, der einen Stab von Mitarbeitern hat. Diese sind dazu bestimmt, die Bestellungen der Großfirma nach Saarbrücken zu leiten oder sie in Sammellsendungen von ihrem Sitz aus an die Rundschau zu verteilen. Dieser durchaus unnötige und kostspielige Apparat kostet Hunderttausende. In Saarbrücken selbst sind die Büros getrennt, je nachdem ob sie Fett- oder Flammkohlenbestellungen an die Gruben vermitteln. Der Qualität nach kennt man Sorte A oder B.

Vor einigen Wochen hat man auf diesen Büros folgende „Neuerungen“ erfunden. Man ließ Schränke für jedes Büro machen wie ungefähr die Gifte und Arzneischubladen einer Apotheke. Diese teilte man in viele Fächer, rechts A- und links B-Qualität nach Sorten, Gruben und schließlich nach Agenturen getrennt ein. Für letztere ließ man die entsprechenden Fächer mit bunten Farben bemalen. Vor der Herstellung dieser Schränke ließ man zuerst Zeichnungen anfertigen und ließ sie, nachdem sie besprochen, verbessert und umgeändert waren, dem Chef der Schreinerei auf dem Hafen, einem höheren Beamten, der dieselben Funktionen ausübt, wie auf den Gruben der Meister in der Werkstatt, zustellen. Immerhin, die Schränke wurden endlich fertig und aufgestellt. Länge 7 Meter. Aber, o weh! Man entdeckte plötzlich, daß die Tiefe der Schränke falsch war und daß einige Zentimeter fehlten. Voller Empörung ließ man den Chef der Schreinerei kommen. Dieser nahm die Zeichnung und diese war — falsch.

Es ist bekannt, daß manche höhere Beamte des Service Commercial Abwechslung für ihr eintöniges Leben in Saarbrücken brauchen. Was Wunder, wenn sie öfters Dienstreisen machen nach der Schweiz usw. Die dortigen Agenturen müssen kontrolliert und die Kohlenfammelstellen oder Reexpeditionen im Saargebiet beliefert werden, könnten, es ist kaum auszudenken, Gaunerei treiben. So gondelt ein höherer Beamter eines Tages nach dem Saarbrücker Bahnhof, löste sich ein Billet 1. Klasse und fuhr per D-Zug nach Basel und ging zur dortigen Agentur. Natürlich mußte er dort auch etwas tun, denn sonst könnte dies aussehen, als habe er nur eine Vergnügungsreise für Schweizer Franken auf Kosten der Bergverwaltung machen wollen. Er wätterte also die aus dem Saargebiet kommenden Frachtbriefe durch, verglich die damit eingegangenen Avisen und plötzlich nahm sein Gesicht einen finsternen Ausdruck an: „Ha, habe ich dich endlich, du Lump, du Schieber!“, ein Frachtbrief und eine Wagenladung guter Qualitätskohlen fehlten. Was machen. Schweizer Franken dürfen nicht gescheut werden. Schleunigt eilt er zur Post, gibt schnell ein Telegramm an den Chef du Controle, einen gewesenen französischen Kommandanten, auf: „Sofort kommen, sehr dringend.“ Dieser mochte schon eine Vorahnung haben, denn er gönnte sich keine Zeit mehr und eilte ebenfalls mit D-Zug 1. Klasse nach Basel. Schnell war er dort über das Nötigste informiert. Es wurde über die zu ergreifenden Maßnahmen konferiert und man kam schließlich überein, den fliegenden Kontrolleur, seines Zeichens Champagnerreisender, der ja die Verteilung der Kohlen auf Grund des Versailler Vertrages zu überwachen hatte, telegraphisch aus Luxemburg herbeizurufen, wo er gerade auf Urlaub weilte. Dieser durfte neben seinem Gehalt von monatlich 1000 Frs. ohne Zugaben noch täglich 60 Frs. liquidieren, und nebenbei konnte er noch allerhand Champagner los werden. Er fuhr sofort nach Saarbrücken nach dem Büro und, o Jammer, dort lag ein drittes Telegramm aus Basel vor: „Sache aufgeklärt; kommen unnötig.“ Aber der redliche Mann weiß sich zu helfen und der Sekretär im Besitz des Telegramms muß schwiegen. So billig kommst du dein Lebtag nicht mehr nach Basel, möchte er sich gedacht haben und verschwunden war er. Allerhand Reisegelder waren ihm sicher. In der Gegend von Straßburg fuhren die Herrschaften aneinander vorbei. Dieser mit freudigem Gesicht nach Basel, und die anderen mit enttäuschten Mienen nach Saarbrücken. Was war nun geschehen? Ganz einfach. Von einer großen Sammellsendung Kohlen

hatte sich ein Wagen warm gelaufen und mußte unterwegs umgeladen werden. Das haben die im Fach erfahrenen Herrschaften nach vier Jahren noch nicht gewußt. In ihrem angeborenen Misstrauen gegen deutsche Beamte witterten sie Unehrlichkeit und Schieberei. Die Bergwerksdirektion ist durch die Telegramme und Dienstreisen um Tausende von Franken geschöpft worden.

So werden auf der Bergwerksdirektion die Kohlen verteuft. Den Gipfel aller Verhöhnung und Unwirtschaftlichkeit erhellt aus dem Umstand, daß die Bergwerksdirektion vom 1. Januar bis 31. August über eine halbe Million Wagenstandesbezahlt hat, die dadurch entstanden sind, daß die Zufuhr von Material und Grubenholz infolge mangelhafter Organisation so schlecht und unregelmäßig war, wobei man aber andererseits auf den Gruben an Leuten und Fuhrwerk sparte, um die Wagen rechtzeitig zu entleeren.

Kleine Tageschronik.

Einweihung des Erweiterungsneubaues des Saarbrücker Rathauses.

In Anwesenheit der Vorstände des Deutschen und des Preußischen Städetages sowie einer großen Anzahl von Ehrengästen — darunter der ausgewiesene ehemalige Saarbrücker Landrat, jetzige Regierungspräsidenten von Hildesheim, Dr. v. Hassett, und der ebenfalls ausgewiesene damalige Oberbürgermeister von Saarbrücken, Mangold und vieler Vertreter von Behörden, Organisationen, Korporationen, Wirtschaftsverbänden usw. (Die Regierungskommission hatte sich mit ihren französisch eingestellten Mitgliedern bekanntlich in den Tagen der Jahrtausendfeier im deutschen Saargebiet in die französische Luft geflüchtet), fand am 22. Juni die Einweihung des Erweiterungsbaues des Saarbrücker Rathauses statt. Die fortgesetzte Weiterentwicklung Saarbrückens, die durch das Versailler Diktat bedingte vermehrte kommunale Arbeit, die Erweiterung des Aufgabenkreises der Gemeinden unter diesen Diktatbestimmungen — wobei allerdings das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bei den bekannten politischen Absichten der Saarregierung wesentliche Einbuße erlitten hat — machte die Erweiterung des Rathauses dringend erforderlich. Es handelt sich um den Anbau eines Flügels. Die Durchführung des Planes war eine Arbeit von Jahren, oft schien sie zu scheitern an der Mängelhaftigkeit der Verhältnisse, an den ungeheuren Schwierigkeiten einer kriegerhaften Zeit, doch erzwang der Wille einer zielbewußten, arbeitsreudigen Bürgerlichkeit seine Vollendung. Entstanden in einer Zeit der Not trotz schwerster Lasten und größtem wirtschaftlichem Druck ist er ein Sinnbild der in unserem Gemeindeleben gebundenen vorwärtsstrebenden Kräfte, in seinem Stil, seiner Form Ausdruck des Geistes ihrer Bewohner, einfach und klar in seinen Grundzügen, schlicht und gediegen in feiner Auskleidung, unbügsam hart die Linien und doch sich hochreckend, hinausstrebend, wie der Geist des freiheitssuchenden Volkes an der Saar.

Die Teilnahme der Vorstände des Deutschen und Preußischen Städetages betonte sichtbar Zusammenhörigkeitsgefühl und Anteilnahme an den Geschicksen unserer Heimatstadt, wie es auch vom Vorsitzenden der Tagung, Oberbürgermeister Bühler, Dresden, in seiner Festrede zum Ausdruck gebracht wurde. Saarbrücken ist zwar einer anderen, von den deutschen Verhältnissen unabhängigen Regierung unterstellt, trotzdem bleibt es verwaltungstechnisch an dem Streben und Wirken seiner deutschen Schwestern interessiert, erlebt es ihre Erfolge und Misserfolge in dem Gefühle der Schicksalsverbundenheit mit, denn einst wird der Tag kommen, da es wieder in ihren Kreis treten wird, nicht getrennt durch die Bestimmungen einer landesfremden Regierung. In den Herzen der Saarbrücker wird der Tag der Einweihung des neuen Rathausflügels stets die Erinnerung wachrufen an die Tage, da das Gedächtnis an die 1000jährige Zugehörigkeit mit dem Deutschen Reich eine nie gesehene Begeisterung im ganzen Saargebiet aufflammen ließ, da das Treugelobnis eines einzigen Volkes hell in das Dunkel der Zeit der Bedrückung brach. In doppeltem Sinn wird daher die Betriebsübergabe dieses Baues ein Markstein bleiben, ein Markstein in der Geschichte der Entwicklung der Stadt Saarbrücken, ein Erinnerungszeichen an die gewaltigste Kundgebung der Vergangenheit.

Durch den Erweiterungsbau hat das Rathaus ein recht statliches Aussehen erhalten, dies um so mehr, als sich der Neubau in architektonischer Hinsicht knapp an das alte Bauwerk anschließt. In ihm sind gotische und barocke Stilelemente eng miteinander verschmolzen, und es treten teils runde, teils spitze Formen vereint auf. Eine breite Freitreppe, hohe Bodenfenster, ein weites, reichverziertes Portal, Ecktürme, Erker und Zinnen mit vorragenden Figuren einer guten Bildhauerkunst, der anstrebbende, massiv wirkende Rathaustrurm mit dem ihn umgebenden Freiballon charakterisieren den alten Bau, während der Neubau außer der reich gegliederten Fassade des 2 Meter vorspringenden Sitzungssaales und zwei Balkonen rechts und links desselben, die in schlanken Spitztürme endigen, einfacher wirkt und das Gepräge eines großen Bureaugebäudes trägt. Zweckmäßig hat man in ihm viele zerstreut in der Stadt liegende Aemter vereinigt, was für einen derartig großen Verwaltungsapparat notwendig geworden

war. Das gesamte Bauwerk nimmt eine Fläche von 2897 Quadratmeter ein und zieht sich von der Bogenstraße bis zur Kaltenbach- und Gerberstraße hin. Der alte Bau weist außer dem Kellergeschoss, 3 Stockwerke und ein Dachgeschoss auf, während der Neubau 4 Stockwerke hat. Weite Gänge laufen im Innern, hohe Hallen erbliden der Besucher neben gewaltigen Treppen mit mehreren Zugängen zu den oberen Räumlichkeiten. Der Sitzungssaal des Stadtparlaments hat eine Fläche von 150 Quadratmetern, wozu die mächtige Empore für die Zuhörer mit 56 Quadratmetern noch hinzukommt. Die Innenausstattung besteht aus feiner Stuckarbeit und eben solcher Holztafelung zur Abdämpfung des Schalles. Eine vornehme, aber doch schlichtere Ausstattung weisen die kleineren Sitzungssäle auf. Die Büros sind vor allen Dingen hell und in freundlichen Farben gehalten, dasselbe gilt auch von den Dezerenzimmern, die allerdings eine vornehme und ansprechende Ausstattung aufweisen. Im Neubau befinden sich drei Kommissionsitzungsräume von je 45, 56 und 94 Quadratmeter Flächeninhalt. Innen wie außen zeigt das Ganze eine gefällige Bauart und lenkt das Auge des fremden Besuchers auf sich. Im Erdgeschoss liegt der bekannte Ratskeller, welcher durch den Anbau eine Erweiterung von 256 Quadratmetern erfahren hat. Zu demselben führen zwei abwärts fallende Treppen. Die Ausstattung ist eine recht gelegene. Die Trinkstube zeigt Wandbilder von Saar, Rhein und Mosel mit vollständigem Unterton, das Restaurant dagegen ist von großer Vornehmheit und ein recht behaglicher Aufenthaltsort. In einer Tiefe von 4 Meter unter der Wassergrenze liegt der Heizkeller unter dem Hostrum. Im Kesselraum stehen 8 Heizkessel, dahinter befindet sich ein ansehnlicher Kots- und Vorratsraum. Die weitere Unterkellerung ist für neuere Registraturräume, Tresorzimmer, Druckerei, Waschküche, Trockenraum, Feuermelder und dergleichen vorgesehen. Man kann sagen, daß der Neubau eine sehr zweckdienliche Einrichtung erfahren hat und somit die Not der Stadt behoben worden ist. Als Architekt des Neubaues verdient Herr Baurat Dr. Ammer genannt zu werden. Die Bauausführung lag in den Händen der Firma Heinrich Sohnius-Saarbrücken. Eine Zeit, in der das Rathaus den ganzen Häuserkomplex bis zur Bahnhofstraße einnehmen wird, erleben wir wohl nicht mehr, das liegt noch in weiter Ferne. Bis dahin wird Saarbrücken ein beträchtliches Stück weitergeschritten sein, aber auch die politische Entwicklung, die dann hoffentlich der politischen Wahrheit und Gerechtigkeit zum Siege verholfen haben wird, so daß kein Fremdling wieder es wagen darf, nach deutschem Land und Volk ränkerisch die Hände auszustrecken!

Saarbrücken. Die Eisenbahnbetriebsämter Saarbrücken 1, Saarbrücken 2 und Homburg, sowie das Eisenbahnmaschinenamt Saarbrücken wurden mit Wirkung vom 20. Juli aufgelöst. Von diesem Zeitpunkt ab geht die Ausführung und Überwachung des Bahnunterhaltungs-, Bahnbewachungs- und Betriebsdienstes sowie die Ausführung und Überwachung des Maschinen- und Betriebswerkstattendienstes grundsätzlich auf die Eisenbahndirektion über. — Ein kleines Denkmal, das vielleicht die wenigsten unserer Leser kennen, ist der Erinnerungsstein, der hinter der früheren Artillerie-Kaserne (St. Arnual) zwischen Feldweg und Saar an der Stelle errichtet wurde, wo unsere Flieger, Leutnant Wenner und Unteroffizier Schlüter, am 14. Dezember 1915 den Tod fürs Vaterland starben. — Die Bautätigkeit der Stadt Saarbrücken hat in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1925 etwas zugenommen. Sie blieb jedoch hinter den gestellten Erwartungen zurück, da die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Baugelder bei der immer noch bestehenden schlechten Geldmarktlage anhielten. Bauscheine wurden 70 (gegen 34 im vorigen Vierteljahr), Baugenehmigungen 237 (gegen 211) erteilt. Fertiggestellt wurden 40 (29) Privatwohnhäuser mit 70 (50) Wohnungen, umfassend 394 (309) Wohnräume. Seitens der Baugenossenschaften (Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft) wurden 16 (85) Häuser mit 117 (173) Wohnungen fertiggestellt, umfassend 402 (704) Wohnräume.

Bischmisheim. Ein alter Kriegsveteran von 1870/71, der Landwirt Christian Tausend, wurde unter großer Beteiligung der Bürgerchaft am 7. Juli zu Grabe getragen. Ein trefflicher Mann, der still und ruhig seinen Lebensweg ging, ein lernender deutscher Mann, der mit allen Taten seines Herzens an seinem geliebten Vaterland hing, ist mit dem Verstorbenen aus unserer Reihen geschieden. Der im 77. Lebensjahr dahingeschiedene, eine treue Soldatenatur, hatte an der Belagerung von Straßburg teilgenommen, ebenso an den Kämpfen um Belfort und an acht weiteren Gefechten. Mit einigen Kameraden aus jener großen Zeit beteiligte sich Tausend vor kurzem noch an der Jahrtausendfeier in Saarbrücken.

Fechingen. Im Jubeljahr der tausendjährigen Zugehörigkeit unserer Saarheimat zum angestammten Vaterlande rüstet sich unsere alte evangelische Dorfgemeinde zu einem ebenso bedeutsamen wie seltenen Fest. Dreihundertfünfzig Jahre nach der Einführung der Reformation wird unser Ort wiederum zur eigenen Pfarrrei erhoben, durch gleichzeitige Einführung des Herrn Pfarrer Geuthe in sein hohes verantwortungsvolles Amt. Möge er bald die ihm anvertraute Gemeinde zu ihrer

deutschen Mutter zurückführen nach Jahren größter völkischer Not und bitterster Trennung.

Herrensohr. Seinen achtzigsten Geburtstag feierte der Pensionär Johann Bläsius von hier. Als Veteran von 1870–1871, und einer der ältesten Mitbürger unseres Dorfes, wandelt er noch in voller Gesundheit an Geist und Körper seinen Lebenspfad dahin.

Dudweiler. Vergiftet wurde durch Leuchtgas die Bergmannsfamilie Weber aus der Glitschstraße. Die Gasleitung war infolge Grubensenkung in Bruch geraten und das in der Wohnung aufsteigende Gas von der Familie eingeatmet worden. In bewußtlosem Zustand wurden Mann und Frau in das Sulzbacher Knapsackslazarett verbracht. — Im Saufang an dem Verbindungsweg Scheidterstraße — Escherhütte in der Nähe von Stuhlsachenhaus wurde ein aus dem Tann rieselndes Wässlein von der Wanderabteilung der Deutschen Jugendkraft gesetzt und am 1. Juli als „Eichendorff-Quelle“ bezeichnet. Wer von diesem wunderbaren Plätzchen aus seinen Blick zum nahen Bartenberg wendet und dann seine Schritte zum einzigen schönen Scheidertale lenkt, dem wird es sofort klar, warum die Bezeichnung Eichendorff-Quelle gewählt wurde. Berghangene Wälder, baumgekrönte Höhen, blumige Wiesen, reiche Fluren, das alles im Morgentau und Sonnenglanz, bei Sternenschimmer oder Mondenschein, bei Vogelsingen und Quellengemurmel. Das war Eichendorffs Welt, in die er seine fahrenden Schüler und seine schwierenden Jäger verlegt. Die Natur- und Wanderfreuden die sich in seinen Liedern stimmungsvoll verbreiten, sind es, uns den Dichter so liebenswürdig erscheinen lassen. Aus vertrauter Heimatstimmung, aus Liedern zu Wald und Feld, und nicht zuletzt aus lebendigem Vaterlandsgefühl — Eichendorff trat 1813 in Lützows Freikorps ein — sind sie alle geboren, seine tiefsten und innigsten Lieder: „Wem Gott will rechte Kunst erweisen“, „Durch Feld und Buchenhallen“, „Es schienen so golden die Sterne“, „Ich kam vom Walde hernieder“, „O Täler, o Höhen“ u. a. m. Und wer, der da oben steht und die buchengekrönte Höhe des massigen Bartenberges, wie hingezaubert vor sich sieht, dachte nicht an Eichendorffs herrliches Lied: „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben?“ Eine offizielle Einweihungsfeier wird zu Beginn des Frühherbstes stattfinden.

Ein an der französischen Schule beschäftigter Lehrer entwendete aus dieser eine Schreibmaschine und versuchte sie bei einem hiesigen Althändler zu veräußern. Da der rechtmäßige Erwerb der Schreibmaschine durch den Althändler bezweifelt wurde, erfolgte die Festnahme des Lehrers. Bei seiner Vernehmung gestand er ein, dieselbe in Sulzbach aus der französischen Schule, wo er beschäftigt war, in der Nacht zum 15. d. M. mittels Einstiegs entwendet zu haben. Der Lehrer wurde dem Amtsgericht zugeführt. — Am 17. Juli fiel an der Brücke auf der Schmelz ein etwa 3jähriges Mädchen in den Sulzbach. Ein hinzugekommener 11jähriger Junge sprang kurzerhand in das nasse Element und rettete das Kind vor dem Ertrinken.

Elversberg. Am 28. und 29. Juni unternahm die hiesige „Deutsche Jugendkraft“ eine Wanderung zum Niederwalddenkmal, die sich zu einer erhebenden Kundgebung des Deutschums an der Saar gestaltete. In geschlossener Kolonne wurde mit im Winde wehenden Wimpeln unter dem Gesange des Liedes „O Deutschland hoch in Ehren“ vor das Denkmal marschiert, das dann nach Absingen des Saarliedes von H. M. Luz besichtigt wurde. Ihren Höhepunkt aber erreichte die Begeisterung, als nach einer kurzen Ansprache unseres Präses, in der er darlegte, wie Rhein und Saar, Deutschland und Saarland in Treue fest verbunden seien, daß Saarlands Jugend bereit sei, selbst das Schwerste zu wagen für ihre geliebte deutsche Heimat, der Führer der Wanderung den Vorschlag mache, an den Herrn Reichspräsidenten ein Telegramm abzusenden und zur Erinnerung an diese denkwürdige, feierliche Stunde Schleifen in des Vaterlandes Farben an die Wimpel heftete. Donnernd erschallte dem deutschen Vaterlande ein dreifaches Hoch über die Höhen des Niederwaldes und den deutshesten aller Ströme, den herrlichen Rhein. Mit „Deutschland, Deutschland über alles“ aus frischer Jugendbrust, in das die Umstehenden begeistert einstimmten, stand die Heier ihr Ende. Nach dem Abstiege wurde in Rüdesheim folgendes Telegramm zur Post aufgegeben: „An des Rheines Strand zu Germanias Füßen schwören Saarjungymnisten den Eid der Treue.“ Inzwischen ist schon vom Büro des Reichspräsidenten eine Antwort eingetroffen: „Der Herr Reichspräsident lädt Ihnen für Ihr freundliches Begrüßungstelegramm seinen aufrichtigen Dank übermitteln.“ Die D. J. K. Elversberg darf mit Stolz zurückblicken auf diese Wanderung und zeitlebens wird sie in den Teilnehmern lebendig bleiben.

Friedrichsthal. Die hiesige Raiffeisenbank feierte am 26. Juli ihr silbernes Jubiläum. Im Jahre 1900 wurde sie von Pfarrer Föhr, 3. At. in Wehlen an der Mosel, gegründet als Spar- und Darlehnskasse von Friedrichsthal-Bildstock. Die Kasse hat in diesen 25 Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen und manches Gute im Orte gestiftet.

Heusweiler. In dem Wohnhause des Bürgermeistereiboten Schulz geriet am 20. Juli das auf dem Speicher lagernde Heu in

Brand. Dachgebälk und Futtervorräte sind ein Raub der Flammen geworden. Auch ist eine Decke eingestürzt. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Lebach. Vom Zug erschossen und lebensgefährlich verletzt wurde der 67 Jahre alte Nikolaus Johantgen. Der Verunglückte starb nach kurzer Zeit.

Eppelborn. In Eppelborn wurde einer Familie in der Bergstraße der 12. Junge geboren. — In dem Anwesen des Landwirts Andreas Leinenbach brach Feuer aus, das sofort auf das anstehende Nachbarhaus übergriff, so daß in kurzer Zeit beide Gebäude mit den darin befindlichen Futtervorräten in hellen Flammen standen und die Gefahr bestand, daß ein drittes anschließendes Gebäude von dem Feuer ergriffen würde. Die in einigen Minuten anrückende Freiwillige Feuerwehr Eppelborn sperrte kurz entschlossen mit zwei Schlauchleitungen den Brandherd ab und verhinderte somit das Übergreifen des Feuers auf die Wohngebäude der Nachbarhäuser, die auch gerettet wurden. Die ganze Nacht hindurch stand die Wehr im Kampf mit dem verheerenden Element und zur Stunde des Berichtes brennen immer noch die geprachten Heuvorräte. Ein verunglückter Wehrmann mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, während die sonstigen leichteren Verletzungen durch die der Wehr angegliederte Sanitätsmannschaft fachgemäß erledigt wurden. Vieh und Mobiliar wurde dank dem mutigen und tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr, deren einzelne Mitglieder hervorragendes leisteten, rettlos gerettet.

Dreisbach. Die hiesige katholische Pfarrkirche ist durch einen neuen Anbau bedeutend erweitert worden. Das Hauptgeschoss der Kirche ist durch den Umbau verlegt worden. Der Neuanbau kostete viel Geld und konnte nur durch den Opfergeist der Pfarrangehörigen ermöglicht werden.

Stennweiler. Kürzlich wurde hier ein französisches Flugzeug (Doppeldecker), welches von Mexiko nach Mainz fliegen wollte, infolge eines Defektes gezwungen, eine Notlandung vorzunehmen. Beim Landen geriet das Flugzeug in Brand und wurde bis auf den Eisenbestand eingeschmolzen. Der Führer ist verletzt, während der andere Insasse sich durch Abspringen mittels Fallschirm unbeschadet retten konnte.

Nalbach. Vom Blitz erschlagen wurde der Eisenbahnschaffner Eisenbarth von hier. Er war gerade im Stalle beschäftigt und wollte das Vieh füttern. Der Verstorbenen hinterläßt seine Frau und 6 Kinder. — Ein weiterer Blitzaufschlag ging auf einen Straßenbahnwagen nieder; hier wurde nur der Motor beschädigt. Der dritte schlug in einen Hausgang, den er durchfuhr, gerade an einem jungen Mann vorbei, der Unterkunft gesucht hatte.

Neunkirchen. Eine folgenschwere Gasexplosion gab es im Hause eines Bergmannes in der Ruhrtalstraße. Beim Anzünden von Papier entzündete sich in der Küche angesammeltes Gas und verursachte eine folgenschwere Explosion. Der Bergmann wurde am Kopf und an den Händen schwer verbrannt. Durch die Gewalt der Explosion wurde der Verzug von der Decke losgerissen, Tapeten, Gardinen und Wandbehänge fingen Feuer, das Fenster flog aus dem Rahmen usw. — Daß eine ganze Schulklasse den Unterricht schwänzt, dürfte in Neunkirchen eine Errungenschaft der Neuzeit sein. An vierzig Schüler einer Schreinerklasse der gewerblichen Fortbildungsschule verliehen morgens eigenmächtig die Klasse und unternahmen einen Ausflug in die Umgegend. Gegen 10 Uhr fanden sich die Herren Stifte wieder im Unterrichtszimmer ein. — Der „S.-Bl.-Ztg.“ wird mitgeteilt, daß der in der Stadtverordnetenversammlung vom 14. d. M. gefaßte Besluß, der einen Unterschied in der Entlohnung zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern macht, als gegen das Gesetz verstörend, beanstandet worden ist. — Die Bevölkerungszahl Neunkirchens betrug Ende Juni 40 536 (20 071 männl., 20 465 weibl.).

Wiebelskirchen. Der mit Kohlenfahnen beschäftigte pens. Bergmann Kloos stürzte infolge Abreißens des Absperrseiles die hohe Eisenbahnbrücke am Annaschacht 2 hinab. Der Bedauernswerte starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Ottweiler. Beim Baden ertrunken ist ein 16jähriger junger Mann von hier namens Biegel. Ein Herzschlag soll dem Leben des jungen Mannes ein Ende bereitet haben.

St. Wendel. Am 1. Juli ist in der Nähe des alten romanischen Städtchen St. Wendel auf sonniger Höhe in den Harzberger Höfen eine Kurpension zunächst für 12 Kurgäste eröffnet worden. Sie ist von St. Wendel zu Fuß in einer guten halben Stunde auf der Straße nach Winterbach zu erreichen. Auch besteht Autobusverbindung von und nach dem Bahnhof St. Wendel.

Tholey. Hier fand das 15. Feuerwehr-Verbandsfest des Kreises Ottweiler statt. Aus dem Bericht über den Stand des Feuerlöschwesens im Kreise Ottweiler. Aus diesem ist zu entnehmen, daß der Feuerwehrverband des Kreises Ottweiler am 1. Januar 1925 aus 42 Wehren mit 1908 Mann bestanden hat.

Saarbrücken. Die Einwohnerzahl der Stadt Saarbrücken ist im Monat Juni von 16 236 auf 16 298 gestiegen. Der 30 Jahre alte verheiratete Landwirt Reiter hantierte an einem in einen

Schraubstock gespannten Gewebe. Eine im Schloß sitzende Patrone explodierte und riß dem Mann den Schädel auseinander. Der Unvorsichtige war sofort tot.

Wallerfangen. Beim Baden ertrunken ist der 12 Jahre alte Sohn des Kraftwagenführers L. Pohl.

Körperich (Kreis Saarlouis). Von der Regierungskommission des Saargebietes und der Bischofs. Behörde in Trier ist für den Kirchenneubau der katholischen Pfarrvikarie Körperich eine Hausskollekte im Saargebiet genehmigt worden. Die Pfarrvikarie zählt 1100 Seelen, und zwar sind es nur Bergleute und Hüttenarbeiter. Seit der Abtrennung von der eine Stunde entfernt liegenden Mutterpfarrei hat die Gemeinde durch Ankauf eines Pfarrhauses und des Kirchenbauplatzes die größten Opfer auf sich genommen. Nun muß die Kirche gebaut werden. Aus eignen Mitteln kann es die Gemeinde nicht machen, sie ist auf die Wohltätigkeit und den Opfergeist hilfsbereiter Hände und Herzen angewiesen. Geldüberweisungen möge man auf Postscheck-Nr. 5044 beim Postscheckamt Saarbrücken einzahlen oder auf Postscheck-Nr. 35 547 beim Postscheckamt in Köln.

Mettlach. Das in der Nähe von den Landkreisen Saarlouis und Merzig im Bau befindliche Stauwerk macht gute Fortschritte. Die beiden Häuser, in denen die Maschinen usw. untergebracht werden, sind fertiggestellt. Das Stauwerk in der Saar erfordert im Bau noch Wochen, bis es vollendet ist. — In Steinbach, wo zwei Bauernhäuser stehen, ist eine Sommerwirtschaft eröffnet worden, die in Anbetracht der romantischen Lage einen reizenden Aufenthalt gewährt. Der Besitzer gedenkt durch einen Neubau eine Erholungsstätte zu gründen.

Losheim. Braundungslüft. Schwer heimgesucht wurde das auf dem Plateau des Hochwaldes schön gelegene Dörfchen Scheiden. In der Scheune des Landwirts Peter Marem brach aus ungeklärte Weise Feuer aus. Zum Unglück war der Wasserbehälter der Wasserleitung in Reparatur, so daß Wassermangel vorhanden war. Infolgedessen griff das Feuer schnell um sich und legte noch das Haus von Michel Müller und zum Teil das des Peter Schneider nieder. Die Wehren von Losheim, Bergen und Waldhölbach leisteten mit der Bürgerschaft des kleinen Dörfchens gute Dienste.

St. Ingbert. Ein Preisauftreiben zur Erlangung von Plänen und Entwürfen für ein modernes Gymnasiumsgebäude, das auf einem schönen Platz erstellt werden soll, hatte die Stadt St. Ingbert erlassen. Auf dieses Ausschreiben gingen 58 Entwürfe ein. Das Preisrichterkollegium entschied sich für folgende Entwürfe: 1. Preis: Diplom-Ingenieur Krieger & Stoll, Saarbrücken; 2. Preis: Architekt Moser in Helfbach bei Stuttgart; 3. Preis: Architekt Koeppen, Nürnberg. — Über das Vermögen des Sägewerksbesitzers Johann Dahlem ist das Konkursverfahren eröffnet worden, nachdem eine außergerichtliche Regelung nicht mehr möglich war. Der Betrieb liegt schon seit längerer Zeit still.

Mittelbergbach. Mit Hilfe des Direktors Schwein vom Ziegelwerk sowie des Herrn Dr. Fichtenmayer beabsichtigt der hiesige Pensionärverein im Bauernwald ein Erholungsheim zu bauen. Den alten verdienstreichen Leuten ist ein solches Waldheim nur zu wünschen.

Hassel. Die 22 Jahre alte Tochter des Bergmanns Unbehend geriet zwischen hier und Unterwürzbach so unglücklich unter einen mit Kohlen beladenen Wagen, daß sie schwere Verletzungen erlitt. Im Bergmannskrankenhaus ist das Mädchen gestorben.

Briesmengen-Bolchen. In der Bries ertrunken ist der etwa 13 Jahre alte Sohn der Kriegerswitwe Dier von hier. Der Ertrunkene begab sich mit einem Schulkameraden an die Bries. Dort bestiegen sie den festgebundenen Kahn, der zu Fischereizwecken verwendet wird. Der Kahn löste sich und die beiden Jungen sprangen aus dem Kahn heraus und stürzten in die Bries, die an dieser Stelle eine beträchtliche Tiefe hat. Der eine Junge konnte mit großer Mühe sein Leben retten, während der andere ertrank.

Personalnachrichten.

Bon der Eisenbahn. Verzeigt wurden: Eisenbahnobersekretäre a. p.: Max Stahl in Saarbrücken nach Bierbach; Karl Zurkisch nach Sulzbach, Gütervorsteher Pacholle nach Saarbrücken zur Hauptstelle, Eisenbahnoberinspektor Konrad Schneider vom Fahrplanausbureau nach der Zollgüterabfertigung Saarbrücken.

Bon der Schule. Verzeigt wurde Volksschullehrer Ludwig Müller von Ommersheim nach Mittelbergbach; zur Führung der erledigten Schultelle in Ommersheim erhielt Lehrer Steinmann, bisher Mittelbergbach, Anweisung. Als Nachfolger für die am 1. Juli in den Ruhestand getretenen Lehrer-veteranen Wein und Clemens in Dillingen, wurden die Lehrer Jungmann und Beder und Bernhard gewählt. Herr Jungmann ist ein geborener Bedinger. Herr Bernhard stammt aus Bachem. Die beiden Herren werden ihr Amt nach den Herbstferien antreten. — Verstorben ist Oberlehrerin Kath. Jemke in Bildstock, nachdem sie erst vor einem Jahre in den wohlverdienten Ruhestand getreten war. — In den Ruhestand getreten ist Lehrer Neuland in Emmersweiler.

Römische Personalnachrichten. Anweisung erhalten: Dr. Ernst Scherzer nach St. Ingbert, Franz Nikolaus nach Dautzweiler.

In den Ruhestand sind getreten: Oberregierungsrat Bastian in Saarbrücken, 70jährig, nach 52jähriger Dienstleistung und fast 25jähriger Leitung des Katasteramts 1 Saarbrücken; der in Saarbrücken wohlbekannte Rechnungsrat Gaertner, der über 25 Jahre im Dienste der Justiz tätig war. Bereits vor zwei Jahren hat Gaertner sein goldenes Dienstjubiläum gefeiert. Ferner trat in den Ruhestand die Hauptwachtmeisterin Boes von der Strafanstalt Saarbrücken.

Sein 50jähriges Staatsdienst-Jubiläum konnte vor einigen Wochen der älteste Beamte der Strafanstalt Saarbrücken, Justizoberwachtmeister Seifert, begehen.

Ehrung von Handwerkern. Die Handwerksammer Saarbrücken hat in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1925 an folgende Handwerker Ehrenurkunden verliehen: Zum 60jährigen Berufsjubiläum: Sattlermeister Wendelin Holzmann-Dudweiler und Schneidermeister Ludwig Hauß-Homburg; für mehr als 50jährige Berufstätigkeit: Klempner- und Installateurmeister Wilhelm Hanse-Neuschingen, Schuhmachermeister Friedrich Wilhelm Heinrich Raum en und Michel Wenzl zu Dudweiler, Michel Wagner-Gischbach, Schlossermeister Franz Helfenstein-Saarbrücken und Wilhelm Fried-Neunkirchen; zum 50jährigen Berufsjubiläum: Polsterer- und Dekorateurmeister Peter Denger-St. Ingbert, Schmiedemeister Christian Leibrock-Alstadt, Friedrich Russi-Limbach, und Fritz Rothhaar-Tägersburg, Stellmachermeister Michel Speicher-Engel zu Hüttingen und Johann Horne-Güchenbach; Schuhmachermeister Peter Marken, Christ Jeune Wein und Peter Beise-Dudweiler, Schlossermeister Jul. Arnroth und Georg Meiser zu Saarbrücken, Schneidermeister Valentin Moses und Franz Picot zu Homburg, Johann Scheller-Akweiler und Peter Leinen-Mettlach, Buchbindermeister Karl Jeger-Ensheim; für ununterbrochene 30jährige Tätigkeit in einem Handwerksbetriebe: Buchbinder Johann Hawener-Saarlovius; für ununterbrochene 25jährige Tätigkeit: Schriftschriften Niklaus Thiel-Neunkirchen, Schreiner Max Kleppel-Saarbrücken.

Ihre goldene Hochzeit konnten feiern die Eheleute Matthias Marx und Magdalena geb. Allerchen in Wemmetsweiler (77- und 74jährig), die Eheleute pens. Kohlenmesser Alois Herzmeyer und Katharina geb. Jungesblut in Heiligenwald (78- und 72jährig) und Fabrikteilhaber Niklaus Huffer-Fontaine in Fraulautern.

Geschäftsjubiläum. Die Buchhandlung Adolf Kitter im Stadtteil Burbach in der Wilhelmstraße konnte in diesen Tagen auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken.

Hohes Alter. In körperlicher und geistiger Frische feierte der Weckermeister Jonas Michel in Niedeldorf seinen 99. Geburtstag. Die Ehefrau war dem patriarchalischen Jubilar vor zwei Jahren nach der Feier der goldenen Hochzeit gestorben.

Todesfälle. Saarbrücken: Jakob Kramers, 60 Jahre, Hans Wahler, 26 Jahre, Philipp Reith, 82 Jahre, Victor Cohen, 46 Jahre, Paul Schnitzler, Bädermeister, 44 Jahre, Peter Gustav Kiefer, Klempner und Installateur, 40 Jahre, Adam Kilian, Heinrich Weis, Homöopath und Magnethopath, 60 Jahre Frau Wm. Ludwig Didis, Magdalena geb. Godel, 77 Jahre, Wm. Marg. Kilsburg, geb. Paul, 70½ Jahre, Julius Hauß, Polsterer, 27 Jahre, Jakob Orth, 40 Jahre, Frau Barbara Schneider, geb. Volzinger, 34 Jahre, Frau Maria Leidinger, geb. Fehl, 36 Jahre, Wm. Friedrich Kempf, Margarete geb. Leber, 66 Jahre, Frau Wm. J. M. Schwarz, Amalie geb. Schlegel, 69 Jahre, Christian Wilhelm Diener, 61 Jahre, Heinrich Budde, 69 Jahre, Ruth Ingeburg Gill, 13½ Jahre, Frau Ludwig Beer, Emilie geb. Huppert, 58 Jahre, Margarete Werbelow, Frau Josef Krampe, Maria, geb. Haag, 65 Jahre. — Brebach: Ludwig Wild, Hüttenmeister, 35½ Jahre. Scheidt: Christian Weber. Güdingen: Wilhelm Ziegler, Schmiedemeister, 76 Jahre 5 Mon. Fehingen: Frau August Lüdt, geb. Fries, Hebamme, 69 Jahre, Frau Wilhelm Kampf, Luise geb. Köst, 46½ Jahre. Herrensohr: Frau Wm. Konrad Krämer, Karoline geb. Feuerstoh, 58 Jahre, Heinrich Beder, Bohrer. Dudweiler: Eduard Frey, 62½ Jahre, Heinrich Teich, 35 Jahre. Neunkirchen: Dr. Paul Simon, Regierungs-Medizinalrat und Stabsarzt a. D., 36 Jahre. Wellesweiler: Hedwig Neufang, geb. Biehl, 21 Jahre. Heiligenwald: Frau Gastwirt Wil. Schmidt, Elisabeth geb. John, 35 Jahre. Mittelbergbach: Bernhard Karl Koch, 52 Jahre. Wustweiler: Johann Spaniol, 77 Jahre. St. Ingbert: Jakob Meyer Bergmann, 36 Jahre, Frau Lina Demetz, geb. Meyer. Völlingen: Ingenieur Martin Kaufmann Rudolf Gerstner, 51 Jahre. Bous: Willy Meinhner, 40 Jahre. Mettlach: Frau Amanda Meyer, geb. Heppes, 26 Jahre. Ottweiler: Kgl. Lokomotivführer a. D. Ludwig Wittner, 80 Jahre, Richard Büchel, 15 Jahre 10 Mon. Niedershausen: Mathilde Glogner, geb. Haas, 27 Jahre.

Hangard: Artur Schmidt, 6½ Jahre. Holzmühle: Simon Hönen, Straßenbahnhörer, 38 Jahre. Pisdorf: Frau Philipp Breininger, Barbara, geb. Lehner, 82 Jahre.

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Der Caritasverband Saarbrücken zu den unzureichenden Löhnen.

Der Caritasverband Saarbrücken hat an die Regierungskommission des Saargebietes eine Eingabe gerichtet, in der diese im Interesse tausender noideidender Arbeiterfamilien, insbesondere aus dem Bergarbeiter- und Hüttenarbeiterstande, auf die derzeitigen unhaltbaren Lohnverhältnisse und auf die Notwendigkeit einer sofortigen Revidierung und Erhöhung der Tariflöhne hingewiesen wird. Es heißt in der Eingabe u. a.: Die Teuerung ist in den letzten Wochen und Monaten ständig gestiegen, während die Löhne und Gehälter mit dieser Entwicklung keineswegs gleichen Schritt gehalten haben. Die Auswirkung tritt nachgerade derart scharf in Erscheinung, daß eine öffentliche Diskussion der Frage eingesetzt hat und auch wir uns veranlaßt sehen, die Regierungskommission um ihre geneigte Intervention zu bitten.

Wir müssen stets wieder feststellen daß bei den jetzigen Löhnen eine normale Lebensführung, vor allem der kinderreichen Familien sozusagen ausgeschlossen ist. Die Not ist vielfach schreiend groß geworden. Es fehlt meist nicht bloß am Rücksicht, sondern sogar an allem Notwendigen, an Kleidung und Nahrung, was besonders im Interesse des heranwachsenden Geschlechtes, der Klein- und Schulkinder tief zu beklagen ist, die bei Unterernährung sich den schlechtesten Krankheiten gegenüber unmöglich widerstandsfähig zeigen können. Ein armes Volk ist noch stets ein frisches Volk gewesen.

Aber außer auf diese mehr sozial-hygienischen Gesichtspunkte können wir es nicht unterlassen, auch auf die moralische Seite des Problems hinzuweisen. Es ist nicht zu verkennen, daß die in die Augen springende Ungerechtigkeit der augenblicklichen Lohnregelung — gemessen an der Teuerungsziffer — eine mäßige Erbitterung in weiten Volkskreisen, besonders in der Bergarbeiter- und Hüttenarbeiterchaft, hervorgerufen hat, die uns und jedem wahren Volksfreund Anlaß zur größten Besorgnis für eine gedeihliche und ruhige Fortentwicklung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens geben muß.

Zum Schluß wird die Bitte ausgesprochen, die Regierungskommission wolle ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß eine umgehende Revidierung der saarländischen Lohn- und Gehaltsregelung erfolge und daß insbesondere die auf der Bergwerksdirektion begonnenen Verhandlungen einen befriedigenden Verlauf nehmen.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Der Bund der Saarvereine an die Bevölkerung des Ruhrgebiets.

Die Geschäftsstelle des Bundes der „Saarvereine“ in Berlin veröffentlichte anlässlich der Ruhräumung folgenden Glückwunsch an die Bevölkerung des Ruhrgebiets:

Ihr Männer und Frauen von der Ruhr, Euch senden wir unsere heißesten Glückwünsche. Wir wissen, was Ihr in diesen zweieinhalb Jahren erduldet habt, wir wissen, was es heißt, der Freiheit, der bürgerlichen und selbst der elementarsten Menschenrechte beraubt zu sein durch fremde Militärmacht! Wir wissen es, denn was Ihr zweieinhalb Jahre erlitten habt, ist noch heute und für die nächste Zukunft das große Leid unserer Brüder und Schwestern im Saargebiet. Für sie kämpfen wir mit den freien Waffen des Geistes, damit auch ihnen bald dasselbe frohe Geläute der Glocken aller Kirchen die Stunde der deutschen Freiheit verkünde. Wir und unsere Freunde im Saargebiet sind bei Euch in dieser erhebenden Stunde. Denn nichts Herrlicheres gibt es für Menschen, als aus der sinnlosen Macht der Gewalt dem freien Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben zu sein. Wir grüßen Euch. Und wie wir in den dunklen Tagen die Ihr unter Fremdherrschaft erlitten habt, stets für Euch eingetreten sind, so gedenkt auch Ihr in den Tagen Eurer Freiheit der Brüder und Schwestern im Saargebiet, auf denen noch weiter die schwere Hand fremder Gewaltsherrschaft ruht. Gedenkt ihrer gerade heute, wo die Arbeiter des Saargebietes einen schweren Kampf um ihre Existenz führen, die durch die gewaltsam ihnen aufgezwungene Bezahlung ihres Lohnes in französischen Franken aufs schwerste bedroht sind. Gedenkt ihrer Not und helft mit, daß auch sie sich bald wieder der deutschen Freiheit erfreuen dürfen, wie Ihr selbst.

Der Vorstand des Bundes der Saarvereine.

Eine wichtige Sitzung des Beratungs- und Aussichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Vorstandes des „Bundes der Saarvereine“ fand am Samstag, dem 25. Juli, im preußischen Abgeordnetenhaus statt, an der etwa 20 Personen, darunter auch zwei Vertreter aus dem Saargebiet, teilnahmen. Der Vorsitzende des Beratungs- und Aussichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Bergassessor und Bergwerksdirektor a. D. Dröge, richtete bei Eröffnung der Sitzung einige Worte der Begrüßung an die Versammlung. Er bedauerte außerordentlich, daß er an der so glänzend verlaufenen V. Tagung in Hannover nicht habe teilnehmen können und sprach allen denen, die zu ihrem Gelingen beigetragen haben, seinen herzlichen Dank aus. Der Widerhall in der Presse habe bewiesen, daß man auf dem richtigen Wege sei, auf ihm müsse man, unverrückt das Ziel im Auge behaltend, vorwärts schreiten. Die Anerkennung, die die Arbeit des Bundes der Saarvereine und die seiner Geschäftsstelle findet, sei auch bei dem Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg zum Ausdruck gekommen. Aller Augen seien zurzeit auf das Saargebiet gerichtet, wo augenblicklich der Kampf der deutschen Bergarbeiter gegen ihre französischen Ausbeuter begonnen habe. Sodann ergriff der Leiter der Geschäftsstelle, Herr Verwaltungsdirektor Vogel, das Wort, um den Geschäfts- und Kassenbericht zu erstatten. Seinen kurzen und tiefen Darlegungen, die ein klares Bild von der überaus bedeutenden Arbeit der Geschäftsstelle ergaben, folgte die Versammlung mit größtem Interesse. Die Geschäftsberichterstattung zeigte in scharfem Umriß die große und bedeutende Aufgabe der Deutsch-erhaltung der Saar und aller damit verbundenen Fragen und ließ die unendlich mühevolle vielseitige, aber erfolgreiche Tätigkeit der Geschäftsstelle erkennen. Der Kassenbericht gibt einen genauen Überblick über die gesamten finanziellen Verhältnisse, zeigt aber gleichzeitig, wie unendlich schwer es ist, die nötigen Mittel für eine erfolgreiche und großzügige Arbeit zu erhalten. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß daher weitestgehende Unterstützung der Geschäftsstelle, hauptsächlich auch von Seiten der Ortsgruppen, unabdingt notwendig sei. Hierauf ließ der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Oberlandesgerichtsrat Andretz in Naumburg, noch einmal vor der Versammlung das Bild der bisher größten und was den Widerhall in der Presse und die Anerkennung der Regierungen des Reiches und der Länder zeigt, auch bei weitem eindrucksvollsten Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover erstehen und dankte noch einmal all denen, die zu dem Gelingen der Tagung beigetragen haben, aufs herzlichste. Dann trat man in die Besprechung über die bisherige Ausführung der Beschlüsse der V. Tagung des Bundes der Saarvereine ein. Zuerst behandelte man kurz die Eingabe an den Deutschen Städtetag. Sehr begrüßt wurde die erfreuliche Tatsache, daß die Eingabe an die Hochschulen und Universitäten so gute Erfolge gezeigt habe, wie aus dem bereitwilligen Eingehen auf die Vorschläge der Geschäftsstelle und aus zahlreichen Zuschriften von Professoren hervorgeht. Die Anregung zur Herausgabe einer Schriftenreihe über das Saargebiet fand größte Beachtung und ungeeilten Beifall. Die Eingabe an die Staatsrechts- und Völkerrechtslehrer Deutschlands, die wissenschaftliche Behandlung der Saarfragen betreffend, wurde als außländend und propagandistisch sehr wertvoll begrüßt. Bei der Behandlung der Eingabe an sämtliche politische Parteien wegen Berücksichtigung des Saargebiets bei Neuwahlen für die Reichs- und die Landtage, wurde immer wieder betont, wie wichtig und unabdingt notwendig ein ständiger Kontakt der Reichs- und Landtage mit der Saargebietbevölkerung sei. Dabei wurde mit Recht Klage darüber geführt, daß die Mitglieder des Landesrates des Saargebiets selbst von Angehörigen gleicher Fraktion der Reichs- und der Landtage nicht als voll angesehen wurden, obwohl doch gerade sie als Kämpfer in vorderster Front das größte Entgegenkommen erwarten könnten. Der Antrag des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. von Kraewel, den Ausdruck „Saarland“ zu vermeiden, wurde als wertvoll begrüßt und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und die Schriftleitung des „Saar-Freund“ wurden gebeten, sich die Durchführung des Antrages angelegen sein zu lassen. Den größten Teil der Sitzung nahm die Aussprache über die wirtschaftliche Notlage der Staatsbergbeamten, der Ruhegehaltsempfänger, der Knapp-schaftsinvaliden, der Kleinrentner usw., kurz der gesamten arbeitenden Bevölkerung des Saargebiets in Anspruch. Als Berichterstatter waren zwei Vertreter aus dem Saargebiet anwesend. Diese, selbst mitten im Wirtschafts- und politischen Leben des Saargebiets stehend, mit allen Fragen vollkommen vertraut, entwarfen zusammen mit Herrn Redakteur Ollmerkt-Fulda, der durch lange Tätigkeit im Saargebiet mit den dortigen Verhältnissen ebenfalls sehr vertraut ist, ein erschütterndes Bild von den augenblicklichen Zuständen im Saargebiet. Es war eine ungeheure Anklage gegen Frankreich, das mitten im Frieden auf Grund der größten Lüge, die die Geschichte kennt, der Lüge von den 150 000

Saarfranzosen, ferndeutsches Land knechtet, in den eingebenen Saargruben Raubbau bei geringer Entlohnung braver deutscher Bergleute treibt und die Bevölkerung durch offene Gewalt, geheime Ränke und durch tausend Lockungen zu sich herüberziehen will. Es war aber auch eine Anklage gegen den Völkerbund, der dies alles ruhig ansieht. Die gerechten Forderungen der Beamten an der Saar sind von den dortigen Gerichten abgelehnt worden. Bei fortschreitender Teuerung — bedingt durch den Sturz des französischen Franken — und nahezu gleichbleibenden Gehältern und geringen Löhnen sehen die Beamten und die Arbeiter mit ihren Familien Tagen bitterster Not entgegen. Dazu kommt der ungeheure moralische Druck, der auf ihnen allen lastet. Ständig in ihrer deutschen Gesinnung gekränkt, bespitzelt und immer in Gefahr, bei kleinstem Anlaß gemäßregelt zu werden, von ihren französischen Vorgesetzten großenteils dazu benutzt, deren unsinnige Anordnung deutschen Untergebenen gegenüber durchzuführen, bringt sie der Verzweiflung nahe. Hier müsse die deutsche Regierung eingreifen, ein Gefühl der Verlassenheit dürfe nicht austrommen bei diesen Kämpfern um die deutsche Scholle; auch finanziell müsse sich diese Hilfe auswirken, denn nichts vermürbe mehr als dauernde schwere wirtschaftliche Not. Bei den Bergarbeitern habe sich durch die Lohnpolitik der französischen Machthaber die Lage so zugespielt, daß für den 27. Juli der Streik beschlossen sei. Es wurde offen ausgesprochen, daß Frankreich diesen Streik provoziere, um die Bergarbeiter ins Unrecht zu setzen und selbst zum entscheidenden Schlag gegen die verhafteten großen deutschen Zentralorganisationen, die Gewerkschaften, ausholen zu können, die sich immer als scharfe Waffe in wirtschaftlichen Kämpfen, aber auch im Kampf um das Deutschtum an der Saar erwiesen hätten. Die Not sei groß im Saargebiet, jetzt aber gehe es der Katastrophe zu. — Im Zusammenhange mit diesen Ausführungen beschäftigte man sich dann mit dem Saarzollabkommen und der Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses im Reichstage zu demselben. Nachdem bekannt geworden war, daß in dem Auswärtigen Ausschuß gewisse Bedenken gegen das Abkommen bestehen, beschloß man sofort folgendes Telegramm an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses abzusenden: „Der Bund der Saarvereine bittet den Auswärtigen Ausschuß des Reichstags dringend, die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet zu genehmigen und mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Abkommens für das Wirtschaftsleben des Saargebiets und seine Zusammengehörigkeit mit Deutschland etwaige Bedenken zurückzustellen.“ Alle Redner, vor allem die aus dem Saargebiet, wiesen nochmals eindringlich auf die katastrophale Wirtschaftslage des Saargebiets, auf die zunehmende Verelendung der Arbeiter und auf den dadurch drohenden Bergarbeiteraustand hin und betonten die Notwendigkeit der Annahme des Zollabkommens, dessen Ablehnung den völligen Zusammenbruch des Saarwirtschaftslebens bedeute. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Frage der Erfassung der 1935 Abstimmungsberechtigten. Die über diesen Punkt gemachten Mitteilungen ließen klar erkennen, daß alles geschieht, was irgend möglich ist, um die deutsche Abstimmung zu sichern. Herr Rechtsanwalt Giersberg-Magdeburg zeigte dann in überzeugender Weise die Notwendigkeit der Auflösung der Saarfrage von den 150 000 Saarfranzosen in Verbindung mit der Kriegsschulübung, um so das Interesse weiter Volkskreise für diese Frage wachzurufen. Auch im Auslande, vor allem in Amerika, werde eine wahre Darstellung dieses unerhörten Betruges einen großen Eindruck hinterlassen. Dieser Weg sei geeignet, das Unrecht von Versailles in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit zu zeigen und dadurch wenn auch nicht die völlige, so doch teilweise Wiedergutmachung dieses Unrechts zu erreichen. Es wurde ferner beschlossen, auf der von Herrn Rechtsanwalt Giersberg-Magdeburg geschaffenen juristischen Grundlage weiter zu arbeiten, eine endgültige Entscheidung über die Rechtsgrundlage der Ausweisung von Saargebietseinswohnern durch den Landesrat des Saargebiets herbeizuführen zu lassen. Vor Schluß der Sitzung kam die Vorbereitung für die VI. Tagung des Bundes der Saarvereine in Frankfurt a. M. zur Sprache. Der Berichterstatter, Herr Verwaltungsdirektor Vogel, führte u. a. aus, daß die V. Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover, rein äußerlich gesehen, einen kaum zu überbietenden Höhepunkt erreicht habe. Die Frankfurter Tagung werde vielleicht nach außen hin weniger glanzvoll verlaufen, aber durch die erhoffte zahlreiche Beteiligung von Bewohnern des Saargebiets selbst werde sie dafür einen tieferen Inhalt haben. Auch sie soll ein Belebtheit der Treue und des engen Verbundenseins des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland sein. Hierauf schloß der Vorsitzende, Herr Bergassessor und Bergwerksdirektor a. D. Dröge, die Sitzung, nachdem er seiner Freude über ihren ausgezeichneten Verlauf Ausdruck gegeben hatte.

Un sähliche Ortsgruppen!

Unsere Ortsgruppen bitten wir hierdurch ganz ergebenst, in geeigneter Weise, besonders in der gesamten Presse, den bei der 5. Tagung des Bundes der Saarvereine in Hannover von Herrn Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel eingebrochenen und von der Vertreterversammlung einstimmig angenommenen Antrag, die Vermeidung der Ausdrücke „Saarland“, „Saarländer“, „Saarländisch“ usw. betreffen, in weiten Kreisen mit allen Kräften unterstützen zu wollen. Der betreffende Antrag lautet bekanntlich wie folgt:

Der Bund „Saarverein“ möge dahin wirken, daß dem staatsrechtlichen Charakter des Saargebiets im mündlichen und schriftlichen Ausdruck mehr als bisher Rechnung getragen, daß insbesondere dem Gebrauch der Ausdrücke „Saarland“, „Saarländer“ und „saarländisch“ entgegengetreten wird. In der Begründung wurde u. a. gesagt: Das Saargebiet ist kein „Land“ wie die jetzt als Länder bezeichneten Bundesstaaten, aus denen sich das Reich zusammensetzt; es ist lediglich ein Teil der preußischen Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz, auf dessen Verwaltung Deutschland für 15 Jahre hat verzichten müssen, dessen Staatshoheit (Souveränität) jedoch auch für diese Zeit bei ihm verblieben ist. Der Gebrauch des Wortes „Saarland“ und seiner Ableitungen erweckt aber und fördert die Vorstellung, als ob die Bevölkerung an der Saar ein deutscher Sonderstamm sei, und dessen Bildung den Wünschen der Bevölkerung entspreche. Es sei hierzu beispielweise darauf hingewiesen, daß Ravensteins vielverbreitete Reise-, Eisenbahn- und Verkehrskarte von Neu-Deutschland, die von dem Geheimen Rechnungsrat Schubert im Reichs-Eisenbahnamt gezeichnet ist, das Saargebiet sogar als „Saarstaat“ bezeichnet, zugleich ein Beweis ist, welche Unklarheit über die Saargebietsschwierigkeiten bis in die höchsten Verwaltungsstellen des Reiches hineinbesteht. Das französische „Saare“ und „Saarrois“ unterstützt in diesem Sinne bewußt die französischen Bestrebungen, das Saargebiet als ein räumlich und bevölkerungsmäßig in sich abgeschlossenes Ganze erscheinen zu lassen, das — in geeigneter Weise französiert — von Deutschland abgetrennt werden könnte. Dem französischen Annexionistenbehren sich auch auf diesem Wege entgegenzustellen, ist eine nicht unwesentliche Aufgabe des „Saarvereins“, der sich den Zusammenhang des Saargebiets mit dem deutschen Vaterlande aufrechtzuerhalten und zu stärken zum Ziele gesetzt hat. „Saarland“ läßt sich überall durch „Saargebiet“ ersetzen, „Saarländer“ durch „Bewohner des Saargebiets“, „Bevölkerung an der Saar“ und ähnliches; „saarländisch“ durch Bezeichnungen wie: statt „saarländische Industrie“, „saarländischer Bergbau“, „saarländisches Erzeugnis“ durch „Saar-Industrie“, „Industrie an der Saar“, „Saarbergbau“, „Erzeugnis der Saar-Industrie“, „saarländischer Beamter“ durch „Beamten im Saargebiet“ oder „des Saargebiets“ und so fort.

Wir selbst werden, so schwierig es auch immerhin sein wird, darauf achten, daß dieser sehr berechtigte Antrag durchgeführt wird.

Ortsgruppe Halle des Bundes der Saar-Vereine. Nachdem das Vereinsleben durch die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage etwas ins Stocken geraten war, fand am 9. Juli im Sitzungssaale des Oberbergamtes wieder eine Versammlung statt. Der Vorsitzende, Ingenieur Schumacher, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Versammlung gut besucht war, ein Beweis, daß das Interesse um unsere gute Sache doch noch wach ist. Er erstattete zunächst Bericht über die Bundestagung in Hannover. Im Anschluß daran führte unser Ehrenmitglied, Bergmann Cless, aus, daß der Eindruck der Bundestagung und der großen Kundgebung in Hannover ein ganz gewaltiger war und die Tagung wohl als die beste von allen bisher stattgefundenen zu verzeichnen ist. Das Vorstandsmitglied, Studientrat Dr. Koppell, machte Ausführungen über die Erweiterung des Ortsgruppennetzes bzw. wie die Saarfrage in weitere Kreise der Bevölkerung getragen werden kann. Nach seinen Ausführungen beschloß die Versammlung, mehr Fühlung zu nehmen mit den übrigen Vereinen, wie z. B. Gesang-Vereinen, Sport-Vereinen usw. Der Vorstand wurde beauftragt, mit diesen Vereinen in Verbindung zu treten, um es zu ermöglichen, in deren Monatsversammlungen Vorträge über das Saargebiet zu halten. Als Redner hierfür haben sich in dankenswerter Weise die Herren Collet und Dr. Koppell zur Verfügung gestellt. Wenn so eine Grundlage geschaffen ist, sollen die Vorträge auch auf die Umgebung von Halle ausgedehnt werden. Zur weiteren Auflösung soll auch die Presse mit herangezogen werden und zwar durch Artikel über das Saargebiet. Um den geselligen Verkehr unter den Landsleuten mehr wie bisher zu pflegen, wurde beschlossen, an jedem ersten Mittwoch im Monat im Restaurant „Pilsner“ einen „Heimatabend“ abzuhalten. — Die Verbreitung des „Saar-Freundes“ soll durch Auslegen in öffentlichen Lesehallen, Schulen, Universitäten, Hotels, Krankenhäusern, Wartezimmern von Aerzten usw. erreicht werden. Der Vorstand wird die nötigen Schritte unternehmen und hat teilweise schon gute Erfolge erzielt. Im Oktober soll eine größere Kundgebung in Halle stattfinden; der Vorstand wird der nächsten Versammlung berichten, in welchem Rahmen dieselbe gedacht ist. Dann

teilte der Vorstand noch mit, daß es ihm mit Unterstützung der hiesigen Schulverwaltung gelungen ist, Herrn Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin im September zu einem Vortrag vor Schülern der Volks- und höheren Schulen zu verpflichten. Ferner wurde bekanntgegeben, daß man eine Eingabe an den Magistrat gerichtet hat, worin gebeten wurde, bei Neubenennung von Straßen und Plätzen solche mit „Saarstraße“ oder „Saarplatz“ zu bezeichnen. Zwecks Führung einer Karte über alle diejenigen Personen, die im Jahre 1935 abstimmungsberechtigt sind und im Regierungsbezirk Merseburg und Umgebung ihren Wohnsitz haben, sollen Aufrufe in der Presse erlassen werden. Die Personalien sind bei dem Oberbergamt Halle anzugeben. Zum Schlusse wurden noch verschiedene Einladungen befürworteter Vereine zur Kenntnis gebracht mit der Bitte um Teilnahme an den Veranstaltungen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit Dankesworten an Herrn Bergbaupräsidenten Cless für die Bereitstellung des Sitzungszimmers, wo auch in Zukunft die Beratungen stattfinden, die Versammlung und bat, unsere Idee immer weiter zu verbreiten, um so der guten Sache zu dienen.

Über die Gründung einer Ortsgruppe des Bundes Saarverein in Cöthen-Anhalt wird uns geschrieben: Zu der am Mittwoch, den 8. Juli d. J. einberufenen Versammlung waren fast alle hier wohnenden Landsleute aus dem Saargebiet mit Frauen und einige Freunde der Saarangelegenheit erschienen. Nach eingehender Aussprache wurde zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten. Es wurden einstimmig gewählt Herr Barwick (vorher in Saarbrücken) zum 1. Vorsitzenden, Herr stud. ing. Steuer (vorher in Friedrichsthal) zum 2. Vorsitzenden, Herr Knauber (vorher in Merchweiler) zum Schriftführer. Herr stud. ing. Korn (vorher in Biebach) zum Kassenwart. Das Vereinslokal ist der Deutsche Kaiser. Vereinsabend ist jeden Mittwoch ab 8 Uhr, daselbst Gäste und Freunde herzlich willkommen. Anschriften sind zu richten an den 1. Vorsitzenden, Werner Barnick, Cöthen-Anh., Leopoldstr. 94, oder Schriftführer Ludwig Knauber, Cöthen-Anh., Franzstraße 21. Außer vorgenannter Gruppe besteht noch eine studentische Verbündung, die die Interessen der Studierenden aus dem Saargebiet regelt bzw. wahrt. Dessen Vorstand besteht aus den Reihen der Studierenden und zwar aus folgenden Herren: stud. ing. Schugl, 1. Vorsitzender, stud. ing. Lenz, 2. Vorsitzender, stud. ing. Korn, Kassenwart, cand. ing. Steuer, Leiter der wirtschaftlichen Vereinigung. Nachdem die Gründungsformalitäten erledigt waren, blieben die Landsleute noch ein Stündchen in trauter Saarweise zusammen. Besonderen Anteil am gemütlichen Teil haben unsere vortreffliche Hauskapelle (Vereinskappelle), Landsmann Weber, Gottschalk, Steuer und Bachelier durch Klavier- und Violinvorträge, sowie Gesänge und letzterer durch humorvolle Vorträge. In dieser Stunde fühlte man sich so richtig in die Heimat versetzt, denn es wurden die Heimatsprache und Sitten gebraucht. Um Mitternacht trennte man sich mit dem Gruß auf Wiedersehen „treu deutsch die Saar, immerdar“.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes der Saar-Vereine beteiligte sich am 5. Juli an dem Rhein- und Ruhrtag in Lechtz, der als Gedenkfeier für die tausendjährige Verbundenheit deutscher Kultur rechts und links des Rheins gedacht war.

Zur Freude aller Anwesenden sprach als Vertreter des Saargebiets Polizei-Inspektor Heinrich-Hannover, den deutschen Charakter des Saargebiets und der Saarbevölkerung betonend und das Bekenntnis ablegend, daß die Saarbevölkerung gewillt sei, auch nicht eine Handbreit deutsches Landes an unsere Feinde abzutreten. Begeisterung war die Antwort auf dieses Bekenntnis, die dann Br. Gottthauer ausdrücklich in den Schwur: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Mit dem machtvollen Gelang des Deutschlandliedes fand darauf die Kundgebung ihren würdigen Ausklang.

Die Ortsgruppe Darmstadt des Bundes der Saar-Vereine, hielt am 10. Juli bei Herrn Simon, Karlstraße, eine Vollversammlung ab, die sehr gut besucht war. Es haben sich viele neue Mitglieder angemeldet, um der echt deutschen Sache beizutreten. Es wurde einstimmig beschlossen, unseren Bayernkollegen am 19. Juli zur Seite zu stehen und mitzuholzen, ihr Fest zu verschönern. Herr Kollege Rett wurde gebeten, auch sein Können der Sache zur Verfügung zu stellen. Weiter wurde beschlossen, daß Herr Rett den Saarstollen (Bergwerksstollen) für den Festzug baut, der das Sinnbild der Saarlohnenindustrie darstellen soll. Die Mitglieder wurden gebeten, freie Quartiere dem Saar-Post- und Telegraphenverein, welcher am 1. August nach hier kommt und im Saalbau singt, zur Verfügung zu stellen. Zum Schlusse hielt Herr Tablion einen lehrreichen Vortrag über den Verein Selbsthilfe.

Gründungsversammlung des Saarvereins, Ortsgruppe Wehl. Das Saarland in Not! Von diesem Gedanken durchdrungen, fand unter zahlreicher Beteiligung der Saarländer und Freunde die Gründungsversammlung statt. Schon von Anfang an berichtete nach dem „Wehlarer Anzeiger“ lebhafte saarländische Geist. Landsmann Wall eröffnete die Versammlung, begrüßte mit warmen herzlichen Worten die Landsleute und legte in kurzen, klaren Zügen die Ziele des Saarvereins dar. Es wurde einstimmig der

Beispiel gesetzt, eine Ortsgruppe des Saarvereins zu gründen, deren Vorsitz auf allgemeinen Antrag Landsmann Thiele übernommen. Als Schriftführer wurde Landsmann Zimmermann, als Kassierer Landsmann Kammer einstimmig gewählt. — In fern-deutschem Sinn und vertrauter Heimatsprache führte der erste Vorsitzende die heutigen Verhältnisse des Saargebietes unter der Franzosenherrschaft vor Augen. Klär zeigte er das Ziel Frankreichs im Saargebiet. Nicht unerwähnt blieb bei dieser Gelegenheit die frankophile Bewegung im Saargebiet, der „Saarbund“. Das völkisch unvermischte reine deutsche Saarvölkchen hält trotz Lockungen und Gewaltmaßnahmen treu zu dem Mutterlande, von welchem es nicht gerufene freude Elemente getrennt haben, weshalb auch der Franzose sagt, daß die „Saarois-Prussen“ viel schlimmer seien als die Berliner Preußen. All der einseitig eingestellte Parteizankt trete hier zurück vor dem einmütigen Willen, sich das Deutschland nicht rauben zu lassen. Wir sind stolz darauf, wenn die Saarregierung behauptet, das Saarparkt sei ein Protestparlament, denn hier sind die einzigen vom Saarvolk gewählten deutschen Männer, deren Wünsche die Treuhänder-Regierung hören soll. Darum müssen wir unseren Brüdern und Schwestern an der Saar dankbar sein, und ihre große Treue mit der gleichen Gesinnung vergelten. Nur dadurch werden wir dem Saarvolk eine hilfreiche Stütze im schweren Kampfe um ihren heiligen Besitz sein, und nur dadurch können wir dazu beitragen, dieses heiß umstrittene Paradies der Industrie dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Als Dokument der deutschen Gesinnung der Saarländer wurde das bekannte Anschreiben unserer Vorfahren aus dem Jahre 1866 an die Bewohner Frankreichs in seine markanten Säcken wiedergegeben, in denen es u. a. heißt:

„Wir unsererseits sind durch und durch Deutsche. Wir halten fest an unserer Eigenart in Sprache und Sitte, in Gefühls- und Anschauungsweise, im öffentlichen wie im Familienleben. Wir hängen mit ganzem Herzen an unserem deutschen Vaterlande in seinen Leiden der Gegenwart, in seinen Hoffnungen auf die Zukunft, und unter den schweren Sorgen des Augenblicks ist unsere schwere Sorge die, von unserem Vaterlande losgerissen zu werden.“

Noch lebt in uns in ungeschwächter Kraft dasselbe Gefühl, welches bereits vor 50 Jahren die Bürger von St. Johann und Saarbrücken nicht ruhen ließ, bis sie alle Schwierigkeiten besiegt, und die Wiedervereinigung mit Deutschland durchgesetzt hatten.

Franzosen! Ihr habt oft die Welt in Staunen gezeigt durch unwiderstehliches Ungeheuer. Wir glauben mit nachhaltiger Jähigkeit und Ausdauer gerüstet zu sein und wir geloben hiermit mit Worten von Ehrenmännern vor Gott und den Menschen, daß wir, wenn uns ein widriges Geschick vorübergehend von unserem Vaterlande trennen sollte, mit der ganzen Jähigkeit und Ausdauer, deren der Deutsche fähig ist, an unserer Nationalität festhalten werden.

Franzosen! Wir wollen Deutsche bleiben. Zieht, um mit den Worten Eures Kaisers zu reden, einer scheinbaren Machtweiterung das wirkliche Glück vor: Mit Euren Nachbarn in gutem Einverständnis zu leben, indem Ihr deren Unabhängigkeit und Nationalität achtet.

Nur auf diesem Grunde kann eine echte Freundschaft, ein dauernder Friede erblühen, nur so können unsere beiden, im großen Herzen des Erdteils wohnenden Nationen ihre wahren Aufgaben lösen und zum Segen Europas, ja der Welt, die ersten Glieder des Bundes bilden, den Euer Dichter so begeistert besungen hat: Der heilige Allianz der Völker.“

So haben unsere Vorfahren gesprochen, die Zeit ist wiedergekehrt und die Last ruht nun auf die Schultern der Enkel. Wir wollen uns ihrer würdig zeigen und alles tun, was den Umständen nach gefordert wird; die Wiedervereinigung wird ein weiterer Denkstein in der deutschen Geschichte bilden.

Mit dem Aufruf an alle Landsleute, weiter zu werben, damit sich alle Saarländer und Freunde dem Saarverein anschließen, schloß der erste Vorsitzende seine Ausführungen.

Zum Vereinslokal wurde das Rathaus „Zum grünen Laub“ bestimmt, wo jeden Donnerstag abend gemütliche Zusammenkunft stattfindet, Auskünfte erteilt werden und das Nachrichtenblatt „Der Saarfreund“ aufliest. In der ersten Hälfte eines jeden Monats findet eine Versammlung statt, deren Zeitpunkt durch den „Wehlarer Anzeiger“ bekanntgegeben wird.

Die Ortsgruppe Köln a. Rh. hielt am 1. Juli eine Mitglieder-Versammlung im Rudolfsaal, Hahnenstr., ab. Gegen 9 Uhr eröffnete der erste Vorsitzende dieselbe mit einer kurzen Begrüßung der in stattlicher Anzahl erschienenen Mitglieder und Gäste. Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde der letzte Versammlungsbericht vorgelesen. Als Punkt 2 erstattete der erste Vorsitzende, Herr Baumüller, ausführlichen Bericht über die Bundestagung der Saarvereine Deutschlands am 6. und 7. Juni 1925 in Hannover. Unter Punkt 3 wurde die Jahrtausendfestlichkeit, die wie in der ersten Mitglieder-Versammlung vom 6. Mai 25 festgelegt, am 1. August 25 im Rudolfsaal stattfinden sollte, eingehend besprochen, insbesondere die Eintrittserhebung. Hierin wurde beschlossen, daß ein Eintritt erhoben werden soll, sondern, daß nur eine Festchrift im Saale an die Mitglieder und Gäste verkauft wird. Außerdem erklärten die anwesenden Mitglieder

sich sämtlich bereit, durch Geschenke zu einer Tombola nach Kräften beizusteuern. Die Aufstellung des Programms wurde dem Vorsitz und dem Festausschuss überlassen. Unter Punkt 4 verschiedenes sei besonders der Antrag auf Anfertigung einer Kartothek zwecks Abstimmung der Saarländer, die am 28. Juni 1919 noch im Saargebiet ansässig waren und im Jahre 1935 das 20. Lebensjahr erreichen.

Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Dortmund. Der geplante Ausflug erfreute sich nicht der erwarteten Beteiligung. Das Wetter war jedoch der Veranstaltung günstig. So wurde die Wanderung in fröhlicher Stimmung zu Ende geführt. Die Stimmung wurde gehoben durch die Kinderbelustigungen, wie Eierlaufen, Wetttrennen und dergl., an denen sich auch schließlich die älteren Herrschaften zum Gaudium der Zuschauer beteiligten. Auch die hinterher folgende Verlosung von kleinen Gegenständen, die von dem Saarverein wohlwollenden Firmen gestiftet waren, fand allgemein Beifall. Den musikalischen Teil hatten dankenswerter Weise die Geschwister Jehle übernommen, die auch noch zum Tanze auffielen, der den Schluss der Veranstaltung bildete. Herr Berkessel richtete noch einige kernige Worte an die Anwesenden, die er ermahnte, wie bisher die Saarvereinsache hochzuhalten und immer bei der Stange zu bleiben, damit wir sagen können, wenn die Abstimmung, wie vorauszusehen, glücklich zu Ende ist: „Wir haben unsre Pflicht getan, obwohl wir sehr viel Mühsame unter unseren Mitgliedern hatten.“ Gegen 9 Uhr wurde der Rückmarsch nach Hörde angetreten, von wo aus sich die Teilnehmer der Straßenbahn bedienten.

Der „Saarverein“ Ortsgruppe Stettin, e. V., hielt am 7. d. M. abends 8 Uhr, im Ratszaale des „Konzerthauses“ zu Stettin seine 3. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach Begrüßung der Erschienenen, darunter erfreulicherweise wiederum einer stattlichen Anzahl von Damen, gedachte der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Stegner, zunächst des Amtsantritts des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, ihm eine lange und gegebene Amtsleitung zum Wohle des Vaterlandes, insbesondere des Saargebietes, wünschend. Als dann berichtete er des näheren über den erhebenden Verlauf der am 6. und 7. Juni d. J. in Hannover abgehaltenen Bundestagung des „Saarverein“, woran als Vertreter der Stettiner Ortsgruppe Kaufmann Buchhardt als Beisitzer und der Vorsitzende selbst teilgenommen hatten, welch letzterer gelegentlich dieser Tagung in den Bundesvorstand gewählt worden ist. Der „Saarverein“ Ortsgruppe Stettin ist inzwischen in das Vereinsregister des Amtsgerichts Stettin eingetragen worden und genießt somit die Rechte einer juristischen Persönlichkeit. Zu den Kosten des von der Ortsgruppe Karlsruhe am 24. September 1925 daselbst veranstalteten Alemannisch-psälzisch-fränkischen Tages wurde ein Beitrag von 10 M. bewilligt. Aus bestimmten Gründen beschloß die Versammlung, einen Wechsel ihres Vereinslokals vorzunehmen; Diplom-Ingenieur Ehhardt wurde mit den erforderlichen Feststellungen betraut. Zum Schlusse wurden die Einzelheiten eines am 6. September d. J. gemeinsam mit der Rheinländervereinigung und dem Bunde der Süddeutschen zu veranstaltenden Sommervergnügen besprochen. Der „Saarverein“ Ortsgruppe Stettin hält bis auf weiteres seine Mitgliederversammlung am ersten Dienstag jeden Monats, 8½ Uhr abends, im „Konzerthaus“ am Königsplatz ab; außerdem tagt daselbst an dem auf den 15. jeden Monats folgenden Samstag ein Abendschoppen, zu dem Mitglieder und Gönner des Vereins herzlich eingeladen sind.

Gelegentlich der Rheinischen Jahrtausendfeier in Kiel sind vom Hochschulring Deutscher Art eine Reihe von Vorträgen veranstaltet worden über Rhein- und Saarfragen, unter denen an dieser Stelle besonders der zweite Vortrag, den der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel, am 15. Juli 1925 gehalten hat, erwähnt wird. In der Universitätsaula hatten sich außer den Studenten, welche in stattlicher Zahl erschienen waren, auch zahlreiche Zuhörer aus der Bürgerschaft Kiels eingefunden, die den Vortrag mit großem Interesse verfolgten. Die „Kielser Zeitung“ hat über diesen Vortrag u. a. folgendes berichtet: „Der Leiter des Saarvereins, Verwaltungsdirektor Vogel, entwarf in packenden Worten ein Bild seiner Heimat und deren Bewohner. Deutscher Geist und deutscher Fleiß haben dieses wichtige Industriegebiet geschaffen, in dem 80 000 Bergknappen die Bergarbeiter fördern, 30 000 Arbeiter in Hütten- und Eisenwerken arbeiten, in dem eine vielseitige Maschinenbau-, Glass- und Tonwarenindustrie, Handel und Gewerbe und eine gesunde Landwirtschaft blühen. 800 000 arbeitsfähige Menschen kämpfen hier um die Erhaltung ihres Volkstums. In einer tausendjährigen Geschichte ist das Saargebiet nur 68 Jahre und noch dazu in vier verschiedenen Zeiträumen unter französischer Herrschaft gewesen. 1918 hielten die Franzosen es wieder für angebracht, sich dieses blühenden Landes zu bemächtigen. Sofort protestierte die Bevölkerung des Saargebietes in folgender, an Wilson gerichteter Adresse: „Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung! Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefsten Unglücks mit unseren

deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben!" Trotz dieser öffentlichen Erklärung gelang es Clemenceau, Wilson und Lloyd George mit der Lüge von den 150 000 Saarzonen zu überrumpeln. Diese sollten eine Wiedervereinigung mit Frankreich wünschen — in Wirklichkeit gab es kaum ein Dutzend Franzosen. Das Saargebiet wurde durch das Versailler Diktat zwar nicht direkt an Frankreich, aber dem Völkerbunde ausgeliefert. Ferner fand in Bezug auf die Kohlegruben folgende Regelung statt: Deutschland verlor das unbeschränkte Eigentum. Die Gruben gingen ohne jede Schuld und Last in den Besitz Frankreichs über, das das Recht erhielt, sie auszubeuten, und zwar als Ertrag für die in Nordfrankreich zerstörten Grubenanlagen. Der Redner wies dann an der Regelung der Saarzoll-Frage die Unfünigkeit der Saarbestimmung im Versailler Diktat nach, und wie das einst blühende Industrie-Gebiet dem Ruin entgegengeführt werde. Er beleuchtete dann, wie Frankreich unter dem Schutz des Völkerbundes arbeitet, um im Jahre 1935 in den Besitz des Saargebietes zu gelangen. Saarwolt und deutsche Regierung könnten an den Verhältnissen so gut wie nichts ändern, da sie auf die Zusammenlegung der interalliierten Regierungskommission nicht den geringsten Einfluss haben. Der Redner zeigte dann, wie Frankreich im Interesse seiner Französisierungsbemühungen jede kulturelle Verbindung mit Deutschland unterbinden will und wie man versucht, den Saargebietbewohnern, die länger als 1 Jahr dem Saargebiet fernbleiben, ihr Heimatrecht zu nehmen usw. Trotz all diesen mehr oder weniger versteckten Annexionssuchen Frankreichs bzw. der von ihm beherrschten Regierungskommission die die größte Verleugnung der durch den Friedensvertrag übernommenen Treuhänderpflichten darstellen, ist das Saargebiet treudeutsch und wird es bleiben. Das zeigten auch die Landratswahlen außer eindrucksvolle, bei der sich 99 Prozent der Bevölkerung zu ihrem Deutschtum bekannten. Die Jahrestausendeier im Saargebiet sei die Abstimmung gewesen. In diesem einen Punkte steht die Gesamtbevölkerung einmütig zusammen. Es gibt kein Saarproblem, es gibt nur ein deutsches Saargebiet! Die Saar war, ist noch und wird deutsch bleiben.

Arbeitsgemeinschaft der Grenzland-, Kolonial- und Auslands-Deutschen, Bottrop. Am 5. ds. Mts. hielt die Arbeitsgemeinschaft im Vereinslokal Blömer ihre erste Sitzung nach fast dreijähriger Pause ab. Diese Sitzung war zugleich Generalversammlung. Sämtliche der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände waren durch Delegierte vertreten. Nach Bekanntgabe des Geschäftsberichtes entspann sich eine rege Debatte über Ziel und Zweck der Arbeitsgemeinschaft. Es wurden gleichzeitig in größeren Zügen die zu erfüllenden Aufgaben festgelegt. Sodann wurde der Vorstand neu gewählt und setzt sich dieser wie folgt zusammen: Herr P. Neumann, 1. Vorsitzender; Herr P. Hoff, 1. Schriftführer; beide wurden einstimmig wiedergewählt; Herr A. Kubis, 1. Kassierer; Herr St. Petersmann, 2. Vorsitzender; Herr F. Lüthenburger, 2. Schriftführer; Herr A. Prokes, 2. Kassierer; Frau Dahlmann und Herr R. Massing zu Kassenrevisoren. Zur Ergänzung der Richtlinien wurde beschlossen, daß hierzu die derzeitigen ersten Vorsitzenden der Verbände bzw. Ortsgruppen mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft zusammenkommen. In der allgemeinen Aussprache wurde besonderer Wert auf das seite und harmonische Zusammenarbeiten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft gelegt und von allen Vertretern ihre beste Mitarbeit zugesagt.

Wir begrüßen die Wiederaufnahme der Tätigkeit, da wir darin ein Zeichen für das wachsende Interesse weitester Volkskreise für die in der Arbeitsgemeinschaft behandelten Fragen und damit auch für die Saarfrage erblicken. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft liegt fast ausschließlich in den Händen von Mitgliedern unserer Ortsgruppe Bottrop. Ein Beweis für deren Rücksicht.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitgliederversammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund der Sparsache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich eingeladen. Der Saarbrüder Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt jeden Donnerstag abend im Henninger-Bräu, Gr. Eschersheimer Straße, nahe dem Schillerplatz. Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frankfurt a. M. usw. erteilt jederzeit gern die Geschäftsstelle Mainluststraße 2.

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 1

Königgräßer Straße 94 II als Einzelmitglieder oder bei den zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.

Ein neuer Weg zum Buchbesitz durch Schaffung von Lesegemeinschaften.

Von Regierungsrat Dr. Cromie.

Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu denken. Goethe.

Eine gute Bibliothek wird in Deutschland, dem Lande der „Dichter und Denker“, stets zu dem Stammbesitz weiter Volkskreise gehören, und man kann wohl selten ein deutsches Heim betreten, ohne dort einen mehr oder weniger reichhaltigen Bücherschrank vorzufinden. — Um mich richtig zu stellen, man könnte, denn es gab nach dem Kriege eine Zeit, die zu der traurigsten in der Geschichte des deutschen Buchhandels und der deutschen Literatur gehörte. Geistige Arbeit wurde fast überhaupt nicht mehr gewertet — konnte auch nicht gewertet werden, da die Not des Alltags alle anderen Sorgen überwältigte. Bücher wurden Edelsteine, ein dem gewöhnlichen Sterblichen und vor allem dem Beamten unerschwinglicher Besitz, während auf der anderen Seite die Verfasser hungerten. Diese Zustände, die als schlimmste Folge einer geistigen Verarmung und einer Einstellung weiter Schichten unseres Volkes auf die Notwendigkeit des täglichen Lebensbedarfs mit sich brachten, zerstörten auch zum großen Teil unsere deutschen Hausbibliotheken. Eine Bibliothek lebt nur weiter durch Wachstum, und dieses Wachstum hinwiederum ist bedingt von der Freude am schönen und guten Buch und der Möglichkeit, es zu beschaffen. Es erhebt sich daher, besonders für den Beamten, die dringende Frage, welche Wege er einschlagen kann, um in den Besitz billiger und guter Bücher zu kommen, d. h. welche Wege zur Senkung der Buchpreise eingeschlagen werden können.

Da es bei diesem Versuch von vornherein unmöglich ist, — vor allem ohne die Güte der Bücher herabzumindern — technische Ersparnisse in größerem Rahmen zu erzielen, und da bei den hohen Papier- und Lederpriisen sowie bei den festen Arbeitslöhnen der Herstellungspreis des einzelnen Bandes sich über ein gewisses Maß nicht herabdrücken läßt, kann man nur versuchen, die Gefahruntosten zu verringern und durch Normung und Stetigkeit des Buchablasses eine Verbilligung zu erzielen.

Auf diesem Grundsatz beruhen die zahlreichen, in den letzten Jahren entstandenen Buchgemeinschaften, die es sich zum Ziel gesetzt haben, billige und gute Bücher den weitesten Kreisen unseres Volkes zugänglich zu machen. Der rege Zuspruch, dessen sich die Gemeinschaften erfreuen, läßt die Gewissheit aufkommen, daß sie mit ihren Bestrebungen einen richtigen Weg beschritten haben.

Vorbild dieser Buchgemeinschaften sind die schon in der Vorkriegszeit entstandenen, in und nach dem Kriege zu hoher Blüte gekommenen Bühnenvereine. Diese Vereinigungen haben es im Theaterbetriebe erreicht, ihren Mitgliedern gute Schauspiel- und Opernvorstellungen zu niedrigen Preisen zu bieten. Auf der anderen Seite haben die Theaterbesitzer ihre Häuser diesen Gemeinschaften gern zur Verfügung gestellt, vor allem, weil der gezielte Absatz größerer Mengen von Plätzen und die dadurch gesetzte Gewähr einer im voraus zu berechnenden, sicheren Kasse einnahme die Ausschaltung einer Verlustprämie möglich macht, und daher der einzelne Platz billiger abgegeben werden konnte. Es lag somit nahe, diese im Theaterbetriebe gemachten Erfahrungen auch für den Buchbezug zu verwerben.

Waren früher solche Pläne vielleicht theoretisch erörtert worden, so brachte die Geldentwertung und die damit verbundene Verarmung geistig aufstrebender Schichten, die bisher zu den wesentlichsten Buchbeschaffern gehörten, in Deutschland den Stein ins Rollen. Es entstand zunächst der Volksverband der Bücherfreunde, der zum ersten Male eine Lesergemeinschaft um sich scharte, die gegen regelmäßige Zahlung von Beiträgen vierteljährlich ein Buch kostenlos erhielt. Der Volksverband der Bücherfreunde konnte auf diesem Wege seinen Mitgliedern inhaltlich hochwertige Bücher für einen geringen Mitgliedsbeitrag abgeben.

Er verteilt an seine sämtlichen Mitglieder vierteljährlich einen Band, den diese abnehmen müssen! Neben dieser sogenannten Zwangsreihe führt er eine Auswahlreihe von Büchern, die unabhängig von dieser seitens der Mitglieder frei bezogen werden kann. Bestehen bleibt hierneben aber die Verpflichtung zur Abnahme des vierteljährlich zur Verteilung gelangenden Bandes. Ob diese Beschränkung der freien Buchauswahl trotz der an sich wertvollen Zwangsreihe des Volksverbandes der Bücherfreunde vom Standpunkt des Buchliebhabers richtig ist, erscheint mir jedoch immerhin fraglich.

Hier geht ein anderes gleichartiges Unternehmen, die Deutsche Buchgemeinschaft Berlin SW 61, Teltower Straße 29, einen m. E. entscheidenden Schritt weiter. Sie hebt als einzige dieser Lesergemeinschaften, jede zwangsweise Abnahme von Bänden auf und gibt ihren Mitgliedern die Auswahl eine Jahresreihe von etwa 50 Bänden vollständig frei. Die Bände, die sämtlich in Halbleder künstlerisch gebunden und auf gutem holdfreien Papier hergestellt sind, besitzen einen Einheitspreis. Jedes Mitglied der Deutschen Buchgemeinschaft kann aus den Erscheinungen des Jahres, unter denen sich neben Goethe, Heine, der Droste-Hülshoff, Dickens, Flaubert, Lagerlöf, Wilde, Dostojewsky usw. auch Werke lebender Autoren (Klabund, Eulenberg, Weismantel) Werke philosophischen, wissenschaftlichen und kunstgeschichtlichen Inhalts befinden, das ihm zusagende auswählen und vierteljährlich 1, 2

oder 3 Bücher beziehen, wobei mit dem Mitgliedsbeitrag (3,60 M., 7 M. und 10,20 M.) der Preis für das Buch und dessen postfreie Zustellung abgegolten ist. Außerdem geht allen Mitgliedern völlig kostenfrei eine zweimal im Monat erscheinende Zeitschrift „Das Zeitungsbuch“ zu, die unpolitischen Lesestoff für jedenmann enthält, zu ihren Mitarbeitern die ersten Schriftsteller zählt und neben in sich abgeschlossenen Novellen, Erzählungen, Plaudereien jeder Art, auch Humor und Rätselrede bringt.

Diese neue Gemeinschaft erscheint vorbildlich. Sie vereinigt die Vorteile des Verlages und seiner literarischen Möglichkeiten mit einer ganz neuen, auf Gemeinschaftlichkeit beruhenden Verhandart. Durch ihre zusammenhängende Gliederung — Vereinigung von Druckerei, Verlag und Versand in einer Hand — ist sie imstande, übermäßige Zwischengewinne auszuschalten und kann andererseits, da ihre Voraussetzung ein bestimmter Abnehmerstamm ist, die Preise für das einzelne Buch wesentlich herabmindern. Durch enge Fühlung mit den einzelnen Mitgliedern kann weiterhin die literarische Leitung der Deutschen Buchgemeinschaft wenigstens zum Teil auch bei Auswahl der Buchreihe die dem Verleger sonst erwachsenden Verlustprämien ausschalten oder doch vermindern, zumal da die Leistung der Deutschen Buchgemeinschaft durch einen sachverständigen literarischen Beirat maßgeblich bestimmt wird, dessen besondere Aufgabe darin besteht, die Richtlinien der Buchherstellung der Deutschen Buchgemeinschaft festzulegen.

Und der Vorteil für den Buchliebhaber?

Er kann als Mitglied der Deutschen Buchgemeinschaft die in seiner Bibliothek fehlenden und seinen geistigen Anforderungen entsprechenden Bände aus einer jährlich sich vergrößernden Auswahlreihe frei auswählen. Er hat noch den Vorteil, sich bei dieser Auswahl nicht durch geldliche Bedenken beeinflussen zu lassen, da sämtliche Bände gleichen Preises sind; er hat im übrigen durch den vierteljährlich einzuzahlenden Beitrag die Möglichkeit eines regelmäßigen Bezuges und einer stetigen Erweiterung seines Buchbestandes.

Bücher sind nicht Luxusartikel, zur besonderen Freude weniger Wohlhabender bestimmt, sie sollen Bildungsmittel aller Kreise unseres Volkes sein! Die Kultur eines Volkes hängt wesentlich davon ab, daß das einzelne Glied der Volksgemeinschaft die Möglichkeit hat, neben seiner rein beruflichen Tätigkeit die Zeit seiner Erholung bei der Lektüre eines guten Buches zu verbringen und im geistigen Verkehr mit den großen Dichtern Deutschlands und des Auslandes sich selbst fortzubilden. Die Erhöhung des Erwerbs guter Bücher in der Kriegs- und Nachkriegszeit ist zum großen Teil schuld an der Veräußerlichung unseres heutigen Lebens und deren allenthalb fühlbaren Folgen. Man muß hoffen, daß zahlreiche Deutsche von dem neuen Wege des Buchbezuges durch die Lesegemeinschaften Gebrauch machen. Es wird ihnen sicher zur Freude und zum Vorteil gereichen; und die Buchgemeinschaften brauchen diesen Zustrom neuer Freunde! Sie beruhen in ihrer Voraussetzung auf einer geschlossenen, sich stetig vergrößernden Leserschaft; einem Freundeskreise, der in enger Zusammenarbeit mit ihnen sich handeln an dem Ausbau der Buchauswahl beteiligt, hierdurch die Gefahrenpesen vermindert und durch geregelten Bezug mittelbar und unmittelbar das einzelne Buch verbilligt.

Das gute Buch ins Volk zu tragen und seinen Erwerb weitesten Kreisen zu ermöglichen, ist der Leitgedanke der Buchgemeinschaften, man soll sich über diesen Versuch freuen, am geistigen Wiederaufbau Deutschlands mitzuholzen und die Bemühungen auch praktisch zum eignen und zum Wohle unseres Volles tatkräftig unterstützen!

Ausgezeichnete photographische Aufnahmen

von der

5. Tagung des Bundes der Saarvereine, verbunden mit einer großen Saarkundgebung anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande in Hannover am 6. und 7. Juni 1925

hat unser Landsmann Hermann Stumm in Goslar gemacht. Von den aufgenommenen Veranstaltungen sind zu nennen: Die öffentliche Versammlung im „Luisenhof“ am Sonnabend, dem 6. Juni 1925; der Festzug und das gemütliche Zusammensein in der Stadthalle nach dem Festessen am Sonntag, dem 7. Juni 1925. Am selben Tage sind verschiedene Gruppenaufnahmen gemacht worden, so von dem Saarbrücker Eisenbahngesangverein, von den Bergleuten, von dem Frühschoppen bei Knickerbeker am Montag, dem 8. Juni 1925, u. a. m. Die Aufnahmen, die wirklich vorzüglich gelungen sind, sind zu beziehen durch Hermann Stumm, Photographische Kunsthändlung, Goslar a. Harz.



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund der Saarvereine wissen muß
 sagt das von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin herausgegebene **Merkblatt mit Bildern und Karte des Saargebiets.**

Die Sache des Bundes der Saarvereine muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders soll und muß Mitglied des Bundes der Saarvereine oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund der Saarvereine sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
 Fernspr.: Luisow 3249 Königgräßer Straße 94 Fernspr.: Luisow 3249

Im
Verlag
 der
Saarbrücker
Landes - Zeitung

sind erschienen:

Die Geschichte des Saargebietes. Von Prof. Dr. h. c. Ruppersberg. Interessante Zusammenfassung der geschichtlichen Entwicklung des Saargebietes von den Anfängen der Kelten- und Römerzeiten bis in unsere Tage hinein, mit zahlreichen Illustrationen. Das schöne Land an der Saar. Von Kunstmaler H. Keuth. Ein Bilderwerk voll hoher Schönheit und inniger Naturfreude, in dem das Herz der Saarheimat schlägt. Mettlach, die Abtei, ihr Gründer u. ihre Geschichte. Von C. Conrad. Mettlach. Blieskastel und sein Gnadenbild. Von Hermann Josef Becker. Interessante, lebhafte Schildierung der geschichtlichen und religiösen Begebenheiten der bekannten Gnadenstätte zu Gräfenthal und der Heiligkreuzkapelle zu Blieskastel. Klämpe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar. Von Karl Alfred Gabel. Umfang 200 Seiten. Lohnpolitik und Produktionsergiebigkeit im preußisch-fürstlichen Saarkohlenbergbau. Von Paul Georg Quirin, Doktor der Staatswissenschaften. St. Ingbert und seine Vergangenheit. Eine geschichtliche Heimatkunde. Von Studienrat Wolfgang Krämer. Die Eisenbahn-Güterfrachten im Saargebiet. Universelles Nachschlagewerk von größter Bedeutung. Von Otto Schmidt-Schulde	<small>Goldmark</small> 15.— 9.— 1,90 1,50 1,50 2,50 12,50 9.— Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch die Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G. Saarbrücken 3 Rathausplatz 5
--	---

Ernst Giesler & Co., Kom.-Ges.

(Inh. Fritz Huber)

Kreuztal, Krs. Siegen

Blecharbeiten aller Art
Verzinkte und lackierte Blechwaren
Baugeräte · Schiebkarren
landwirtschaftliche Geräte · verbleite Eiszellen
usw.

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11,
Königgräßer Straße 94ⁿ, zum Preise von 1,— M.
zu beziehen.

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant
„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1
statt.

J. A.:
Ingenieur V. Labbé. Musiklehrer A. Röller.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedenk- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schlußberungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Beitaufen, saarländische Anecdote, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwerte literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Kindeskinder. Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt 3,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräßer Straße 94ⁿ.

Wer kann

Ingenieur

(Saarländer) 26 J., verh., Abs. d. Techn. Mittweida, m. 4½ jähr. Werkst. u. 1½ jähr. Büropaxis u. la Zeugnissen, z. St. in ungekündiger Stellung als Wirtsch.-Ing., m. beratender Tätigkeit i. Sachsen, zu einer Stellung als

Betriebs-Ingenieur

in mittlerer Fabrik Mitteldeutschlands verhelfen?
Angebote unter X. X. an die Exp. d. Bl.

Das Blatt aller Rheinländer!



Hausnummerzeitung für den breitkreis drückenden Verlag

Rheinischer Beobachter, Berlin SW 11, Postfach 1000

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertreibt der „Rheinische Beobachter“ kräftig die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte nur 50 Pf.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großeberen-Straße 17.

Die illustrierte Monatsschrift

Elsaß-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsaßer u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsaß-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbewußtem Leben Kraft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturrell politisch interessierten sei die Lektüre dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“

„Preußische Jahrbücher“: „Die Monatsschrift versucht die Stammesinteressen dieses ferndeutschen Landes in zäher Verteidigung und gewandtem Angriff — unwohl Tendenzen abhält, große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsißische Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temeswar, Rumänien): „mustermäßig geleitete Hefte ... Sowohl die politischen Aussüsse wie das übrige der Hefte ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50. Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken, Schweiz 10 schw. Franken, übriges Ausland 2 amerit. Dollar. Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin M. 30. Postscheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 108799.

Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigenen Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsaß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von
70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Rödersstr. 12.